

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

MONATSHEFTE FÜR
DEUTSCHES AUSLANDS - WISSEN
XXII. JAHRGANG 1951

9

SEPTEMBER 1951

Muß in der Politik die Ideologie vorherrschen?

Harthenstein: Ideologische oder realistische Politik?

Boehling: Welchen Weg geht China?

Das Grundgesetz der chinesischen Volksrepublik

Schucht: Das Land der Götter
Mit zwei Kartenskizzen

Euler: Argentinien's Nöte

*

BERICHTE 7 Kartenskizzen • **SCHRIFTTUM** • **FREIE AUSSPRACHE**

KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG

VERLAGSORT HEIDELBERG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift WELTPOLITIK und WELTWIRTSCHAFT

Monatshefte für deutsches Auslandswissen

SCHRIFTFÜHRUNG

H a m b u r g : Professor Dr. K. H. Pfeffer

Heidelberg: Kurt Vowinckel

Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I, (F. 355814)

Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36, (F. 4093)

Manuskripte: an Schriftleitung Hamburg · *Buchzusendungen*: an Schriftleitung Heidelberg

Für unverlangte Zusendungen keine Gewähr

XXII. JAHRGANG . HEFT 9 . JAHRGANG 1951

Harthenstein: <i>Ideologische oder realistische Politik?</i>	533
Boehling: <i>Welchen Weg geht China?</i>	539
<i>Das gemeinsame Programm der politischen Beratungsversammlung des chinesischen Volkes. Übersetzt von W. Franke</i>	549
Schucht: <i>Das Land der Götter / Augenzeugenbericht aus Pakistan und Kaschmir</i> ..	557
Euler: <i>Argentinien's Nöte</i>	565

BERICHTE 568

Österreich / Danzig / Nigerien / USA / Samoa / Großbritannien / Sowjetunion / Polen / Tschechoslowakei / Ungarn / Rumänien / Bulgarien / Ägypten / Korea / Ekuador

AUS DEM SCHRIFTTUM

Mueller: <i>Dialektisches Denken und geistige Überlieferung in China</i>	581
Wenck: <i>Das moderne Japan als Forschungsaufgabe</i>	587

FREIE AUSSPRACHE

Zur Senatsuntersuchung über General MacArthurs Entlassung

Saunders	589
Lahart	591
Strauss/Mayer	593
Simon: <i>Wünscht General Eisenhower wirklich keine Hessen?</i>	594
Predöhl: <i>Zum Gedächtnis von Bernhard Harms</i>	595

PREIS DES HEFTES: DM 2.30

Vierteljahresbezug: Ausgabe A Mit Inhaltsverzeichnis und Register DM 6.35

Ausgabe B Ohne Inhaltsverzeichnis und Register DM 6.—

Studienbezug (Nur auf Hörerkarte) DM 4.—

Zu allen Dauerbezugspreisen: Zustellgebühr DM —,15 vierteljährlich

Jahrgang in Leinen gebunden DM 30.— / Register einzeln: DM 2.—

Postscheckkonto: Kurt Vowinkel Verlag, Ludwigshafen 12461 · Bankkonto: Allgemeine Bankgesellschaft, Filiale Heidelberg

MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. HORST BOEHLING / Schongau, Obb., Lechtörstr. 18
 War bis 1950 als Diplomat und Hochschullehrer in China

Dr. H. A. EULER / Tucumán 974 — Argentinien
 Korrespondent deutscher Zeitungen

Prof. Dr. WOLFGANG FRANKE
 Hamburg-Altona, Flottbeker Chaussee 93
 Professor für Sinologie an der Universität Hamburg, bis
 1950 Hochschullehrer in China

SEVER FRUNCEA / Anschrift über die Schriftleitung
 Mitarbeiter der rumänischen Zeitschrift „Patria“

Dr. WILHELM HARTHENSTEIN
 Anschrift über die Schriftleitung
 Politischer Mitarbeiter der Wochenschrift „Das Ganze
 Deutschland“

EDWARD J. LAHART
 1408-A E. Grand Avenue, Albuquerque, M.M. — USA

Dr. HERBERT MUELLER
 Hamburg-Othmarschen, Cranachstraße 19
 Chinakorrespondent der „Frankfurter Zeitung“ und des
 DNB bis 1945, aus China 1947 zurückgekehrt

Prof. Dr. ANDREAS PREDÖHL
 Professor der Nationalökonomie an der Universität Kiel

REV. J. B. SAUNDERS / 3 Holywell, Oxford
 Pfarrer an der anglikanischen Universitätskirche S. Mary
 the Virgin's

ELISABETH SCHUCHT / Hamburg 20, Heilwigstr. 99
 Auslandkorrespondentin, Mai 1951 aus Pakistan zurück-
 gekehrt

GÜNTHER SIMON / Anschrift über die Schriftleitung

CARL STRAUSS / Salum bei Laax, Graubünden

Dr. GÜNTHER WENCK / Hamburg 13, Bornplatz 2, Seminar
 für Sprache und Kultur Japans, Dozent für Japanologie
 an der Universität Hamburg.

Ideologische oder realistische Politik?

Eine der wenigen ernsthafteren Veröffentlichungen im westlichen Lager über die Person und das Werk Mao Tse-tungs (Robert Payne: Mao Tse-tung, Krüger-Verlag, 1951) enthält in ihrem Vorwort einen Rechtfertigungsversuch: „Ich bin mir im klaren darüber, daß eine Neigung besteht, jedes Interesse an den historischen Ursprüngen des chinesischen Kommunismus zu verurteilen. Sie überhaupt zu erörtern, könnte nach einem Verrat an den demokratischen Prinzipien aussehen“.

Diese Präambel zum Werk eines Sachkenners mag als „Imprimatur demokratischer Orthodoxie“ erscheinen. Das Vorwort Paynes läßt erkennen, daß er seine Darstellung in einen Raum hineingestellt sieht, der seine politische Entscheidung bis in die letzten Konsequenzen hinein getroffen hat und die sich daraus ergebenden Wertungen höher stellt als die vorbehaltlose Zusammenstellung, Auswertung und Erörterung von Fakten. Ein solcher Hinweis deutet an, daß sich die politische Wissenschaft einer Scholastizierung nähert, wie sie die Abendländische Welt seit der Renaissance überwunden zu haben glaubt. Die Politische Wissenschaft beginnt damit, sich nach „höchsten Werten“ zu orientieren, die sie einer Staatstheologie und einer Theologisierung des Politischen überhaupt in die Arme zu treiben droht.

Ideologische Politik der USA

Der Erste Weltkrieg hat gezeigt, daß Amerika — trotz seines Rufes für Sachlichkeit — bei den politischen Belastungen eines modernen Krieges auf eine Ideologisierung des Kampfes und eine Diffamierung des Feindes nicht verzichtet. Damals vertrat es die These, der Kampf gegen Deutschland sei ein Kampf gegen Barbaren und Halbmenschen. Weil der Dackel als Symbol des Deutschen galt, konnte sich in größeren Städten kein Mensch mit einem Dackelhund in der Öffentlichkeit zeigen, ohne Mißhelligkeiten ausgesetzt zu sein.

Die Neigung zur Ideologisierung und Moralisierung eines Konflikts mag in den USA auf den Puritanismus zurückgehen. Die Puritaner wollten eine bessere Welt und eine christliche Lebensordnung aufbauen. Deshalb sucht sowohl die amerikanische Innenpolitik als auch die Außenpolitik fast stets nach einer christlich-moralischen Rechtfertigung, wobei als besonders prägnantes Beispiel Abraham Lincolns Moralisierung des Krieges der Nordstaaten gegen die Südstaaten erwähnt werden mag.

Aus diesem Stil Amerikas erklärt sich auch das Verhalten gegenüber Deutschland nach der Kapitulation von 1945: Während trotz aller ideologischen Bindungen die verantwortlichen Leiter der sowjetischen Außenpolitik beim Zusammenbruch Deutschlands daran festhielten, alles zu fordern und durchzusetzen, was der Sicherung des für ihr Land günstigen Kriegsendes, — besonders der vollständigen Entmilitarisierung des europäischen Glacis vor den Toren der Sowjetunion, — diente, führten die Amerikaner eine nachhaltige Ketzerverfolgung gegen „Antidemokraten“ belangloser Größenordnung durch, ohne auch nur entfernt nach dem realpolitischen Sinn der großangelegten Aktion zu fragen. Hier offenbart sich ein grundlegender Unterschied im Verhältnis von politischer Ideologie und praktischer Politik zwischen der Westlichen und Östlichen Hemisphäre. Die USA erhoben ihre politischen Thesen zum Dogma und handelten ohne weitere Überprüfung auch

dann danach, als die militärische Kraft des Nationalsozialismus zusammengebrochen war und die veränderte politische Situation eine Neuorientierung hätte erwarten lassen können.

Amerika wäre jetzt an der Reihe gewesen, das ideologische Ruder um 180° herumreißen zu müssen, so wie es Stalin am 22. Juni 1941 tat, als die „große, befreundete deutsche Nation“ über Nacht in den „faschistischen Weltfeind Nr. 1“ zurückverwandelt wurde. Die politische Einsicht, die Ex-Präsident Herbert Hoover in die Formel faßte, daß Amerika mit der Niederkämpfung Deutschlands und Japans die Wälle selber niedergerissen habe, die Europa und Ostasien vor der Expansion der Sowjets schützten, wäre einem nüchternen Denken bereits am 8. Mai 1945 zugänglich gewesen. Amerika aber klammerte sich an seine im Krieg aufgebaute Ideologie und mußte erfahren, daß eine zur politischen Theologie gesteigerte Moralisierung des politischen Handelns auf ein sehr schwieriges Parkett führen kann. Das politische Dogma wird zu einem Hemmnis, wenn die wechselnde Lage undoktrinäres Verhalten fordert. Amerika hat die deutsche Wehrmacht moralisch und rechtlich so wie die NSDAP behandelt und sich damit in der Frage der deutschen Wiederaufrüstung selbst die Hände gefesselt.

Massenlenkung durch Ideologie und Theologie

Die gewaltenteilende Demokratie der USA muß, — besonders in ihrer Fortentwicklung zur Massendemokratie, — infolge der Liberalität ihrer Regierungsmaximen eine gewisse Trägheit und Eigengesetzlichkeit der Öffentlichen Meinung in Rechnung stellen, während es die totalitäre Sowjetunion in der Steuerung der Öffentlichen Meinung zu einer Meisterschaft gebracht hat, die auch die Staatsideologie über das ökonomische Dogma hinaus einer politischen Dialektik untertan macht. Während die Demokratie noch mit eigengesetzlichen Erscheinungen des politischen Massenbewußtseins rechnen muß, scheint festzustehen, daß in der Sowjetunion das Eigengewicht des politischen Bewußtseins der breiten Masse zu einer *quantité négligeable* zusammengeschrunpft ist, die sich spielend jedem politischen Manöver des Partei- und Regierungsapparates anpassen läßt. Parallel hiermit ist eine Wandlung von der eruptiv-revolutionären Energie zu einer politischen Statik eingetreten. So intensiv die ideologische Verbrämung der Sowjetpolitik sein mag, ihre Maßnahmen sind realpolitische Dispositionen zweckrationalen Stils.

Moderne Massenstaaten gleich welcher Verfassungsstruktur können anscheinend auf eine Moralisierung und Ideologisierung des Politischen nicht verzichten. Ihr entscheidendes Problem ist offenbar die Frage, wie man eine Methodik entwickelt, mit deren Hilfe man sich dieses zweischneidigen Führungsmittels bedienen kann, ohne daß bei einer veränderten politischen Lage durch die vorher verbreitete und geförderte Ideologie der Regierung die Hände gebunden werden. Das bequemste, aber zweifellos skrupelloseste Verfahren liegt in dem prinzipiellen Abrücken einer Staatsführung von den inhaltlichen Werten ihrer Staatsethik, indem sie die Staatsethik zur bloßen Technik der seelischen Menschenführung herabwürdigt. Europa und die Westliche Welt müßten sich selber aufgeben, wenn sie den Kampf gegen eine derartige Methode aufgeben wollten.

Während Deutschland seit dem Hohen Mittelalter ein Zentrum des Kampfes gegen die Theologisierung des Politischen gewesen ist und während die Reformation auf der Grundlage der Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit die moderne säkularisierte Ordnung geschaffen hat, mag Amerika wohl in der Sicherung und Verbreitung dieser Grundfreiheiten die Rechtfertigung für seine demokratische Mission sehen, — aber es hat sich nicht als strenger Hüter der in diesem Zusammenhang notwendigen Enttheologisierung des

Politischen bewährt. Gewiß, die modernen Grund- und Freiheitsrechte sind bereits mehr als ein Jahrzehnt vor der Französischen Revolution in den Neu-Englandstaaten geltendes Verfassungsrecht geworden und hätten ohne den amerikanischen Vorgang in dieser Form wahrscheinlich überhaupt nicht Eingang in die europäischen und außereuropäischen demokratischen Verfassungen gefunden.* Dennoch hat sich in Amerika die Moralisierung des Politischen als die stärkere Macht erwiesen.

Die Moralisierung der Politik erreicht sehr rasch das Optimum ihrer Entwicklungsmöglichkeiten, weil die allgemein-menschliche Moral nie zur Rechtfertigung des variierenden Gruppenegoismus politischer Gebilde dienen kann. Weicht der moralisch begründete Gruppenegoismus von der allgemein-menschlichen Moral ab, so kann der damit drohenden Gefahr der Spaltung der öffentlichen Moral nur durch Überhöhung des Ethos zur Staatsideologie oder Staatstheologie entgegengewirkt werden, und die Endstation dieser Entwicklung muß die Theologisierung des Politischen mit allen ihren Konsequenzen sein. Auch eine freiheitliche Demokratie ist gegen eine solche Entwicklung nicht immun, weil sie sich, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, der Ideologie als Massenführungsmittel bedienen muß.

Wohin dieser Prozeß führt, wenn die politische Scholastik nicht als solche erkannt und gezügelt wird, ist von der Sowjetunion vorexerziert worden. Sie hat den Marxismus zum ausschließlichen politischen Dogma erklärt, die Weltpolitik in einen fortschreitenden Verwirklichungsprozeß der durch den Marxismus verkündeten Heilslehre umgedeutet und den Lenker des Staates zu einem mit letzter Autorität ausgestatteten Theologen und Schriftgelehrten gemacht, womit auf säkularisierter Basis die Vereinigung der weltlichen und geistlichen Gewalt wie im Byzantinismus Ostroms wiederhergestellt worden ist.

Die Konsequenzen eines säkularisierten Staatskirchentums sind bekannt. Der Staatslenker und erste Staatsdogmatiker wird zum Wahrer der reinen Lehre; er übernimmt neben den rechtlichen und disziplinaren Herrschaftsmitteln auch noch die obersten Befugnisse der geistigen Kontrolle und der Seelenführung und kann mit ihrer Hilfe die letzten Möglichkeiten der totalitären Diktatur ausschöpfen.

Der Herrschafts- und Regierungsstil des Bolschewismus weist erstaunliche Parallelen zu den politisch intensivsten Abschnitten des byzantinischen Staatskirchentums auf. Es bedeutet kein Sakrileg, wenn in diesem Zusammenhang auch auf die autokratischste Epoche der römischen Kirche hingewiesen wird. Man ist über die Inhaltsähnlichkeit mehrerer, die Rechtgläubigkeit betreffender Bullen der Päpste Gregor VII. und Innozenz III. zur Frage der Ketzerverfolgung mit bestimmten Erlassen Stalins über die Ausrottung des Trotzkismus überrascht. Und wenn sich Josef Dschugaschwili „der Stahlharte“ (eben *Stalin*) nennen läßt, tut er den gleichen Schritt wie der Mönch Hildebrand, der als Papst zu „Gregor“ wurde.

Entscheidung zwischen politischer Theologie und Freiheit

Wer nicht durch ein politisches Glaubensbekenntnis „rückhaltlos“ gebunden ist, wird davon ausgehen müssen, daß die Entscheidung zwischen der Östlichen und der Westlichen Hemisphäre noch nicht gefallen ist. Der Ausgang der Auseinandersetzung zwischen Washington und Moskau wird davon abhängen, welche der beiden

* Vgl. hierzu die Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Staatsrechtler Georg Jellinek: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Ein Beitrag zur modernen Verfassungsgeschichte. 4. Aufl. 1919, und dem Franzosen E. Boutmy: La déclaration des droits de l'homme et du citoyen, Annales des sciences politiques, t. XVII., 1902 p. 425—443

Weltmächte vorbehaltlos das politisch und militärisch Richtige tut oder welche den oder die entscheidenden Fehler macht.

Sicherlich gehört es zum richtigen politischen Handeln, daß man in wechselnden Situationen die Handlungsfreiheit der aktiven Regierungspolitik wahrte. Das läßt sich dadurch erreichen, daß man durch eine folgerichtige Entideologisierung der Regierungsmaschinerie jede Möglichkeit des zweckmäßigen politischen Handelns für die aktive Regierungspolitik offen hält, — wie es Moskau tut, — oder aber dadurch, daß man dem Prinzip der vorbehaltlosen Entideologisierung des politischen Handelns überhaupt bis in die letzten Konsequenzen hinein treu bleibt und auf jede Konzession zugunsten des gegenteiligen Prinzips verzichtet.

Da in einem Kampf ums Ganze, — mag er nun mit Mitteln des Kalten oder Heißen Krieges geführt werden —, Raum und Zeit eine ausschlaggebende Rolle spielen, muß diese Entscheidung über die politische Methodik jetzt fallen, weil ein Wechsel des Standpunktes im Laufe der Auseinandersetzung nur unter schwersten taktischen oder sogar operativen Einbußen möglich ist. Wer die politische Theologie als Waffe nicht souverän beherrscht, wird sich damit selbst schlagen. Kein Amerikaner, der sich eine ressentimentfreie politische Einstellung gewahrt hat, wird an der Tatsache vorübergehen können, daß die Politik der amerikanischen Regierung gegenüber Deutschland in den Jahren nach 1945 einen *test case* geschaffen hat, der zu gründlichstem politischem Nachdenken Anlaß geben sollte. In der Entscheidung zwischen ideologischer und realistischer Politik gibt es kein Sowohl-Als Auch, sondern nur ein Entweder-Oder, besonders dann, wenn einem Gemeinwesen die technischen Möglichkeiten der weltanschaulich-propagandistischen Massenführung, wie sie ein totalitärer Einparteienstaat einzusetzen pflegt, nicht zur Verfügung stehen, weil sich eine rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratie ihrer nicht bedienen kann, ohne sich selbst aufzugeben.

Wird in einer freiheitlichen Demokratie die Erörterung eines historischen Faktums aus propagandistischen oder demagogischen Erwägungen allein mit der Begründung unterbunden, schon eine bloße Erwähnung könne der Propagandastrategie des Gegners dienen, dann ist die Geistesfreiheit als Prinzip aufgehoben. Es wird dann sinnlos, für die Geistesfreiheit zu kämpfen, welches Banner auch immer man hissen mag!

Es sei einmal der Fall gesetzt, die Sowjetunion erstrebe wirklich die Weltherrschaft. Die Bolschewistische Partei lehrt jedenfalls, der Sieg des Kommunismus komme von selbst, weil die Kommunistische Partei der Sowjetunion allein den Stein der sozialen Weisheit entdeckt habe und deshalb allein richtig zu handeln verstehe. Ist diese Lehre von der Automatik richtig, so ist der Sieg des Kommunismus nur dadurch aufzuhalten, daß sich in anderen Bereichen der Welt eine andere und bessere Lehre durchsetzt. Diese Auseinandersetzung gleitet ab in den Streit um die richtigere Heilslehre und wird in abstrakter Form zum Religionsgespräch, dessen politische Aktualität gering ist.

Politisch interessant wird die Betrachtung erst unter der zweiten ebenfalls denkbaren Voraussetzung, daß der Sieg des Kommunismus nicht automatisch erfolge, der Wille zur Herrschaft der Kommunisten aber trotzdem ein politisches Faktum bleibe. Muß eine nur vorgetäuschte Automatik des Ablaufs erst durch politische Aktivität geschaffen werden, so erzwingt der Wille zur Herrschaft den ersten Schritt in der Arena des politischen Handelns. Ist dieser Schritt getan, so vollzieht sich an dem Handelnden das unausweichliche Gesetz, nach dem nichts in der politischen und militärischen Auseinandersetzung dem

eigenen Handeln ein stärkeres Maß an Unfreiheit aufzwingt als die Verwirklichung des Entschlusses zur ersten Aktion.

Die Kenntnis dieser Zusammenhänge nötigt die Sowjetunion zur Vorsicht. Die praktische Anwendung der Lehre vom dialektischen Materialismus kann nur bedeuten, daß sich die „Macht der siegreichen Revolution“ davor warnen läßt, Erfolge durch eigenes Handeln provozieren zu wollen. „Die Weltrevolution muß automatisch kommen, sie muß reif sein, sie verwirklicht ihre Ziele von selbst.“ Es ist der Glaube des bolschewistischen Marxismus, für die herannahende Weltrevolution nicht mehr zu sein als ein Geburtshelfer. Der Stalinismus beachtet die sich aus diesen Einsichten ergebenden Schlußfolgerungen sorgfältig, wenn er auch die Methode unter dem Gesichtspunkt „zunächst Sozialismus in einem Lande“ variiert haben mag. Insoweit ist der dialektische Materialismus ein echter Katedchismus zur Lehre vom erfolgreichen politischen Handeln. Der Kreml wird deshalb den ersten Schritt zur falschen Zeit und am falschen Ort nicht tun.

Die entscheidende politische Aufgabe des Westens bleibt es daher, die mögliche Automatik des kommunistischen Sieges unmöglich zu machen. Hier hat die westliche Politik dann auch sofort festen Boden unter den Füßen: Der dialektische Materialismus wird in einer Welt echter sozialer Befriedung niemals zum Tragen kommen.

Wird der Kommunistischen Revolution auf diese Weise materiell der Boden entzogen, so bleibt als letzte Chance die politische und militärische Aktion im offensiven Sinn.

Konstruktive Politik statt Psychologischer Kriegführung

Man kann den Sowjets nur dann Gelegenheit geben, vor aller Welt das wahre Gesicht ihrer Weltherrschaftspläne zu zeigen, wenn die Westliche Welt mit ungebrochener Folgerichtigkeit die bessere Ordnung aufbaut und die freien Nationen in ihrem eigenen Kreise jede Weltherrschaftsbestrebung und imperialistische Ausbeutung anderer Völker aus politischem Prinzip restlos überwinden. Halt gebietet dem Bolschewismus nur das unerbittliche und entschlossene Nein der gesamten freien Welt — nicht aus Hoffnung auf, sondern aus Erfahrung mit und Wissen um die bessere Ordnung. Das ist niemals durch Propaganda und Organisation zu erreichen, sondern nur durch die Kraft einer echten moralischen Überlegenheit, die ihrerseits getragen werden muß durch die objektiv bessere politische und soziale Ordnung der Westlichen Welt.

Da sich ein Dritter Weltkrieg nicht in der Form eines Kesseltreibens der gesamten mobilisierten Welt gegen die westlichen Länder Eurasiens zwischen Ural und Elbe oder Ural und Atlantik abspielen könnte, sondern sich in der Auseinandersetzung der politischen, militärischen, organisatorischen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zweier Kontinentalblöcke vollziehen müßte, würde die Moral der Kämpfer in einem ganz anderen Ausmaß in die Waagschale der Entscheidung geworfen werden als im Zweiten Weltkrieg. Strategische Chancen finden sich auf beiden Seiten. Es besteht ein Gleichgewicht, das eine schnelle Entscheidung unwahrscheinlich macht. Ein Dritter Weltkrieg müßte mit Rücksicht auf die Aufhebung des Atombombenmonopols durch die Moral der Kämpfer entschieden werden. Die Kampfmoral wird in dem Krieg verbraucht werden wie Munition und Treibstoff, und ihr Potential ist eine feste Größe, das bereits vor Ausbruch der Kampfhandlungen in seinem Wert beurteilt werden kann. Damit erlangt das politische Ergebnis des Zweiten Weltkrieges eine wichtigere Bedeutung als die militärische. Die Chancen für eine den Sieg bringende Überlegenheit sind von der

Erfüllung zweier Voraussetzungen abhängig, die ausschlaggebender sein dürften als Qualität und Quantität des bereitgestellten Kriegsmaterials:

1. Es muß den beherrschenden Kräften der Westlichen Welt gelingen, das von der kommunistischen Lehre proklamierte Ziel des weltweiten sozialen Wohlstandes schneller und besser zu verwirklichen, als es dem Kreml in seinem Machtbereich möglich ist.
2. Amerika muß seine gesamte politische Kraft auf dieses Ziel konzentrieren. Es kann die politische Bereitschaft der Welt nur dann schaffen, wenn es seinen nationalen Egoismus als politisches Prinzip überwindet, den Imperialismus, der sich aus seiner Vormachtstellung leicht ergeben kann, perhorresziert, sich mit seiner gewachsenen Stellung eines *primus inter pares* in einer freien Völkerfamilie zufrieden gibt und sein politisches Handeln nicht an der Macht, sondern mit allen Konsequenzen an der Aufgabe orientiert.

Man mag die Chancen eines Dritten Weltkrieges beurteilen, wie man will, das eine steht fest: er würde dem bloßen Vortäuschen moralischer Werte in aller Kürze ein Ende bereiten. Der Entschluß zum Kampf gegen den Bolschewismus wird zuerst in den Herzen der Völker entschieden. Er kann sich nur ergeben aus der Überzeugung, daß man die bessere politische Ordnung vertritt. Hat die Westliche Welt die bessere politische Ordnung nicht, so wird ein Dritter Weltkrieg trotz Atombomben und materieller Rüstung nicht mehr sein als die Vollstreckung des Todesurteils an demjenigen, der bereits vor Ausbruch der Kampfhandlungen politisch unterlegen war.

Hier wird die Aufgabe offenbar, die der freien Welt gestellt ist: Fakten zu schaffen, die einen von der Sowjetunion angezettelten Weltkrieg aus politischen Gründen zu einem aussichtslosen Unternehmen machen müssen. Neben dieser Aufgabe ist die Aufrüstung nicht mehr als ein erster Schutz gegen Überrumpelung. Den politischen Sieg vermag sie niemals zu tragen, und nur um den politischen Sieg würde in einem Dritten Weltkrieg gekämpft werden.

Wer im westlichen Lager den Kommunismus mit der Begründung ablehnt, er halte den Wohlfahrtsstaat mit einer optimalen sozialen Gleichberechtigung aller Bürger für unerwünscht, schafft bereits eine Voraussetzung für die politische Niederlage der eigenen Sache. Das politische Programm kann nur sein: das von der Sowjetunion proklamierte Ziel der Befreiung aller Menschen von Not, Unterdrückung und Unfreiheit mit dem ungeheuren Potential des Westens schneller und wirkungsvoller durchzuführen, als es dem Bolschewismus möglich wäre. Militärische Rüstung ist notwendig; sie ist jedoch ohne Verwirklichung politischer, vor allem sozialpolitischer Ziele ein Teig ohne Hefe. Militärische Rüstung schafft vielleicht die Möglichkeit eines Sieges durch die fürchterlichste Vernichtung, die je die Weltgeschichte gekannt hat; aber erst die erfolgreiche Durchführung eines positiven Programms schafft die Voraussetzung für eine Überlegenheit und politische Stärke, die so groß ist, daß ein Dritter Weltkrieg für die Gegenseite sinnlos wird. Nur wer die Wurzel des Übels beseitigt, das zum Bolschewismus führte, kann den Anspruch erheben, Träger einer besseren Weltordnung zu sein.

HORST BOEHLING

Welchen Weg geht China?

Widersprechende Berichte

Es ist merkwürdig, daß die Beurteilung des heutigen Chinas zu ganz verschiedenen Ergebnissen führt. Man liest etwa in einem Aufsatz¹, die chinesischen Kommunisten seien „eine von Moskau völlig unabhängige eigenrevolutionäre Bewegung“, in einem anderen², sie seien „gehorsame Jünger Moskaus“. Beide Aufsätze stammen von Augenzeugen, die kürzlich aus China zurückkehrten.

Die Pekingener Regierung ist noch ziemlich jung; ihr Kurs ist daher nicht für jeden ohne weiteres erkennbar. Nachrichten von jenseits des „Bambusvorhanges“ sind lückenhaft, und ihre Auswahl ist manchmal irreführend. Im heutigen China gibt es noch viele Institutionen aus alter Zeit. Aber man sollte, wenn man das Neue China betrachtet, nicht vorwiegend das an Nachrichten auswählen, was die konservativen Züge zeigt, sondern was die neue Regierung an Neuem geschaffen hat und schaffen will. Und nicht zuletzt findet man gewisse Denkfehler bei der Beurteilung, deren schwerster wohl ist, daß man aus der bewußt schrittweisen Anwendung des Kommunismus folgern will, die Chinesen steuerten nicht auf ein kommunistisches Endziel hin.

Für einen neutralen Beobachter der Vorgänge von 1949 und 1950 wäre es verfehlt, den Kommunismus in China mit dem der heutigen Sowjetunion zu vergleichen, um dann zu dem Schluß zu kommen, die chinesischen Kommunisten seien keine Kommunisten. Es handelt sich um zeitlich ganz verschiedene Entwicklungsphasen. Ebenso verfehlt ist es, die 30 Jahre alte kommunistische Bewegung in China mit allgemein gehaltenen Sätzen in Bausch und Bogen zu beurteilen, sondern man muß zwei Hauptphasen unterscheiden: die Zeit vor der Regierungsübernahme und die Zeit nachher.

Der Kommunismus der „Kampfzeit“

Die Zeit vor der Regierungsübernahme der Kommunisten wies in der Tat viele eigenständige Züge auf. Ihre Bewegung hatte, während sie noch als „Rebellen“ in der Provinz oder später als Sonderregierung in Yenan saßen, in vielem ein typisch-chinesisches, vorwiegend militärisches und ländliches Äußeres. Noch keine große Stadt war in ihren Händen. Die Revolution wurde von der Roten Armee mit Hilfe der Bauernschaft vorwärtsgetragen. Im Gegensatz zu westlichen Ländern hatten die großen politischen Parteien im damaligen China stehende Heere hinter sich, und es war bezeichnend, daß jeder Zoll Boden militärisch erobert oder, wie es in der kommunistischen Terminologie heißt, „befreit“ wurde. Während das Militär den Hauptstoß führte, war die soziale Revolution der Bauernschaft das treibende Element. Landreformen und die Einrichtung von „Sowjets“ wurden

¹ Zeitschrift für Geopolitik, 1951, Heft 1, S. 31 ff. — ² Christ und Welt Nr. 7 vom 15. 2. 1951.

früh aus den Roten Gebieten berichtet. Noch heute hat der chinesische Kommunismus in mancher Hinsicht bäuerliche Züge beibehalten.

Und doch darf man nicht die rein kommunistischen Tendenzen, die sich damals schon klar zeigten, übersehen. Die Geschichte hat es merkwürdigerweise so gefügt, daß sich die „proletarische Revolution“ in zwei großen Ländern vollzog, die zu etwa neun Zehnteln Agrarstaaten mit rückständiger Landwirtschaft waren und die eigentlich marxistische Voraussetzung eines zahlreichen Proletariats nicht besaßen. Eine Reihe von Rezepten aus der Frühzeit des russischen Kommunismus war daher für die Chinesen durchaus brauchbar: etwa die langsame Durchführung der Landreform; denn auch die Russen haben sich bis zur Durchführung des Kolchosensystems über ein Jahrzehnt Zeit gelassen. Die chinesischen Kommunisten waren mit einer kurzen Unterbrechung Mitglied der Internationale, die ihnen laufend Direktiven gab. Wenn Moskaus Beziehungen zu den Chinesen auch zu manchen Zeiten locker waren — etwa so, wie heute zu den in Südostasien operierenden Gruppen, — so waren sie doch immer vorhanden, zum mindesten ideenmäßig. Die Lektüre des von Mao Tse-tung verfaßten Buches über die „Neue Demokratie“, das heute zur Bibel des chinesischen Kommunismus geworden ist, läßt das deutlich erkennen, wenn auch das Buch eine graduelle Anwendung des Kommunismus als Ziel erklärt. Mit Recht charakterisiert man es als ein „marxistisch-leninistisches Lehrbuch, das zur Unterstützung der These von einer allmählichen Revolution verfaßt wurde“.³

Als Tschiang Kai-schek 1936 von meuternden Truppen in Hsian gefangengenommen wurde, setzten sich die Führer der chinesischen Roten Truppen für seine Befreiung ein. Wie kam es, daß sie ihren Todfeind freiließen, der sie zehn Jahre lang bitter bekämpft und ihre Armee bis auf kleine Teile aufgerieben hatte? Selbst wenn man annimmt, daß man Tschiang in erster Linie (dies war eine der Hauptforderungen der Meuterer) zum Kampfe gegen Japan zwingen wollte, blieb ein psychologischer Rest dunkel. Molotow sagte 1944 dem amerikanischen Botschafter für China: „Durch unsere moralische und politische Unterstützung kam er frei“.⁴ Wenn Moskau auch zuweilen die Bedeutung der chinesischen Kommunisten (vielleicht mit Absicht) bagatellisiert hat, so ist dies doch einer der eklatantesten Fälle, wo sie dem Kreml gehorsam folgten.

Es kommt auch nicht so sehr darauf an, was Moskau über sie dachte, sondern wie weit sie sich nach Moskau ausrichteten. Dies taten sie in ihrem damals bescheidenen Rahmen fast immer. Auch die Schwenkungen der Internationale machten sie gehorsam mit. Nachdem 1935 auf dem 7. Weltkongreß der Komintern offiziell die Politik einer „Gemeinsamen Front“ ausgegeben war, bequemten sie sich schlecht und recht zu einer Volksfront mit der Regierung, wie es auch die Kommunisten in anderen Ländern taten. Berichte, deren Urteil die chinesischen Kommunisten „harmlose nationale Landreformer“ nennt, stammen bezeichnenderweise aus dieser Volksfrontzeit. Bemerkenswert ist aber, daß gerade damals Mao Tse-tung mit besonders großer Verehrung von Stalin sprach und daß seine Fahne ein rotes Tuch mit Hammer und Sichel war. Gerade während der Volksfrontzeit gingen die Kom-

³ Robert Payne, *Mao Tse-tung, Ruler of Red China*, New York 1950, S. 240. (Deutsche Ausgabe).

⁴ Amerikanisches China-Weißbuch 1949. Äußerung Molotows zu Patrick Hurley in Moskau im August 1944.

munisten daran, sich nicht nur militärisch zu konsolidieren und räumlich auszu-dehnen, sondern ihre marxistische Lehre den Bauern und Arbeitern weiter Gebiete zu predigen. Damals schulten sie schon ihre politische Kerntruppe. Begriffe wie Klassenkampf, Diktatur des Proletariats, unbedingte Anerkennung der Parteiführung und die Weltrevolution waren ihnen durchaus geläufiges Gedankengut. Wer politische Reden, Flugblätter und ihre sonstige Literatur verfolgte, konnte nur zu der Auffassung gelangen, daß sie bei aller chinesischen Eigenart linientreue Kommunisten waren. Daß sie ihren Kommunismus nicht voll betätigen konnten, lag an der Beschränktheit des Gebietes und der Mittel, an der Inanspruchnahme durch den Kampf gegen Japan und das ständige Auf-der-Hut-sein vor den Truppen Tschiang Kai-scheks. Daß sie sich vorgenommen hatten, den Kommunismus auf China langsam anzuwenden, zeugte nur von Klugheit, bewies aber kein Abgehen vom vorgezeichneten Wege und besagte nichts über das Endziel. Wenn man ferner die Lebensläufe führender lokaler Persönlichkeiten aus den damaligen Roten Gebieten näher betrachtet, so wird man immerhin erstaunt sein, wie viele eine Richtung nach Rußland aufweisen.⁵

Es sei zugegeben, daß die biedereren Landleute von Yenan eines gewissen Lokalkolorits nicht entbehrten. Sie mauserten sich aber. Als die russischen Truppen die Mandschurei verließen und ihnen die geräumten Gebiete und japanischen Waffen zuschanzten, segelten sie immer mehr im Fahrwasser Moskaus. Nach dem Scheitern der Vermittlungsaktion des Generals Marshall witterten sie vollends Morgenluft und schwenkten seit Januar 1947 offen auf die Linie der Sowjet-Außenpolitik ein. Hierzu gehörte besonders ihre stark vertretene „antiimperialistische“ und antiamerikanische Einstellung. Die harmlosen „nationalen Landreformer“ erzielten dann beachtliche, die ganze Welt in Erstaunen setzende militärische Erfolge mit einer gut ausgebildeten und politisch gründlich geschulten Armee: Am 31. Januar 1949 fiel Peking, am 23. April 1949 Nanking, am 27. Mai 1949 Schanghai; der Widerstand in Süddchina brach schnell zusammen. Am 1. Oktober 1949 wurde in Peking die Volksrepublik proklamiert.

Volksdemokratische Fassade und kommunistischer Hintergrund

Die in Peking verkündete Volksregierung ist dem Namen nach eine Koalitionsregierung. Die Kommunisten schlossen eine Allianz mit Kräften, die sie zur Zeit noch benötigen. Für ein so rückständiges Land wie China ist eine solche Übergangszeit besonders erforderlich, und daß sie nur als Übergangszeit gedacht ist, hat Mao bei vielen Gelegenheiten offen verkündet. Diese Taktik entspringt nicht allein seinem praktischen Sinn, sondern man befolgt hier zugleich die Losung Lenins: „Die Kommunistische Internationale soll eine zeitweise Verständigung, vielleicht sogar eine Allianz, mit der bürgerlichen Demokratie eingehen“.

In der im September 1950 zunächst zusammentretenden Beratenden Politischen Volksversammlung waren andere, kleinere Parteien und Gruppen vertreten; ihre Bedeutung war jedoch in Anbetracht der tatsächlichen Machtverhältnisse nur

⁵ Vgl. etwa Claire and William Band, *Two Years with the Chinese Communists*, Yale University Press 1948.

nominell. Die Versammlung stellte am 29. September 1949 einstimmig für Regierung und Volk bindende Richtlinien (eine Art Grundgesetz) auf. Es wurde eine „Demokratische Einheitsfront“ gebildet, zu der auch bürgerliche Gruppen gehören durften. Diese Einheitsfront basierte, wie ausdrücklich im gleichen Satz gesagt wurde, auf dem Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, die gleichsam das Fundament bildeten, und wurde von der Arbeiterklasse geführt. „Denn,“ sagte Mao schon in seiner Erklärung über die Demokratische Diktatur des Volkes vom Juli 1949, „die Führung durch die Arbeiterklasse ist notwendig, weil nur sie am weitblickendsten, gerechtesten und selbstlosesten ist.“ Diese Struktur wird übrigens auch durch die chinesische Flagge symbolisiert, die auf rotem Tuch einen großen und vier kleine gelbe Sowjetsterne zeigt: Der große Stern versinnbildlicht das Proletariat, das die anderen Gruppen führt. Die Kommunistische Partei wird nicht namentlich genannt, obwohl sie der stärkste Machtfaktor ist und hinter allem steht.

An diesem „Grundgesetz“ ist die Verschiebung des Schwergewichts vom Bauernstand zur Arbeiterklasse bemerkenswert. Mao ist in seiner „Neuen Demokratie“ von 1940 noch subtiler, und das Buch ist äußerst geschickt geschrieben. Es hinterläßt bei einem demokratischen Leser den Eindruck eines demokratischen, bei einem kommunistischen Leser den eines marxistischen Werkes. Die „Neue Demokratie“ ist aber durchaus nicht Maos letztes Wort, und in der Praxis seit der Machtübernahme verschwindet allmählich das Doppelgesicht. Auch seine Erklärungen werden härter; eine brutale Offenheit der Sprache fällt auf. Die Vorrangstellung der Arbeiterklasse wird nun überall verkündet.

Wie man beobachten konnte, entsprach die Praxis durchaus dieser Wandlung. Die Partei lenkte alles, bis hinab zu den kleinsten Zellen. Andersdenkende wurden nur geduldet, wenn sie die Parteilinie einhielten. Zugleich hatte man die Hand am Puls des Volkes, dessen Sympathie man unbedingt gewinnen wollte. War, wie etwa in der Frage der Steuererhebung, die Schraube überdreht, so wurde sie etwas zurückgeschraubt. In langen und häufigen Versammlungen wurde jeder in der Illusion gehalten, er könne beim Staatsgeschehen mitwirken; die Abstimmungen fielen jedoch meist nach Wunsch der Vorsitzenden aus.

Ein neuer Geist war bemerkbar. Zielbewußt, ernst, humorlos und von einer Mission beseelt erschienen die Funktionäre. Mit Begeisterung brachte man Opfer: zeichnete etwa einen unverhältnismäßig großen Geldbetrag bei der „Siegesanleihe“ oder nahm einen schlechten Posten, fern in der Provinz, an. Jungen und Mädchen aus guten Familien drängten sich zur Armee und ihren Hilfskorps. Seelische Regungen, gefühlsmäßige Erwägungen auf nichtpolitischem Gebiete fanden ein taubes Ohr. Der Einzelne hatte zu leiden — für die Allgemeinheit. Die Arbeiterklasse erhielt viele kleine Vergünstigungen, direkt oder indirekt durch die Gewerkschaften und Genossenschaften. Volkshospitäler wurden überall eingerichtet; ihre Ausstattung war äußerst bescheiden, aber die Mehrheit der Armen hatte das Gefühl, daß die Regierung zum ersten Male etwas für sie tat.

Kartothek und Schulung

Alle wurden nun irgendwie registriert und organisiert. China lebt heute im Zeitalter der Kartothek. Selbst gute Kenner des Landes hätten nicht geglaubt, daß die Chinesen so übergründliche Bürokraten sein könnten. Die organisierten Massen werden sodann zum Marschieren gebracht. Bei den Riesenaufmärschen in Schanghai im Jahre 1949 und 1950 (Tag der Roten Armee, Jahrestag der Russischen Revolution, Jahrestag der Einnahme Schanghais) sah man etwa zwei Millionen in Uniform auf den Beinen, vorwiegend das Proletariat. Ein Wald von roten Fahnen bedeckte die Straßen. Auf dem Bund standen große Transparente von Mao und Stalin, deren Bilder von fast jeder Gruppe im Zuge mitgetragen wurden. Die Ordnung war gut.

Ein puritanischer Geist ist zu beobachten. Luxus wird schon im Grundgesetz (Artikel 18) verdammt. Utilitarismus ist Trumpf. Kleidung und Physiognomie ändern sich. Uniformen oder der sogenannte „Lenin-Anzug“ beherrschen das Straßenbild. Man sieht den Gesichtern an, ob der Betreffende politisch geschult ist. Außerdem hört man jedem an, ob er an der Schulung teilgenommen hat, da sprachlich eine ganz neue Terminologie verwendet wird. Ein antibürgerlicher Geist zieht ein. Man gibt sich bewußt formlos. Bei offiziellen Veranstaltungen behält der Redner die Mütze auf dem Kopf, die Hände in der Tasche und die Zigarette im Mund. Das Spucken in der Öffentlichkeit nimmt wieder in erschreckender Weise zu.

Die politische Schulung setzte nach der Machtübernahme sofort mit Hochdruck ein. Bei den Zusammenkünften muß sich jeder äußern. Man führt Protokoll. Besondere Aufmerksamkeit wird der Schulung der Jugend geschenkt. Die Bibliothek einer Universität in Nanking blieb monatelang geschlossen, damit man sich ausschließlich dem Studium des Marxismus widmen konnte. In einer Universität in Schanghai hielt man die Studenten an, die Studentinnen „durch Zuneigung politisch zu bekehren“. Die Veröffentlichung des amerikanischen China-Weißbuches entfesselte einen Sturm der Entrüstung. In allen Gruppen besprach man die angeblichen Hauptthesen und widerlegte sie; Protestresolutionen wurden angenommen und veröffentlicht, die Gruppen selbst mit Spruchbändern photographiert. Bei der Schulung übt man zuerst im kleinen Kreise, später öffentlich „Selbstkritik“. Zuweilen sind „Reuebekenntnisse“ abzulegen. In Nanking mußten einige Universitätsprofessoren vor einem Zwölf-Männer-Tribunal ein politisches Reuebekenntnis ablegen, zu dem sie kurzfristig zitiert wurden. Ihre Äußerungen erschienen am nächsten Tage in der Presse. In den Zeitungen sieht man täglich „Entschuldigungen“ für irgendwelche Verstöße gegen die neue soziale Ordnung. Wer sich bei diesen Dingen ausschließt, wird als „nichtfortschrittlich“ gebrandmarkt. Allmählich nimmt man die Sätze des Marxismus wie Glaubenssätze an, und besonders bei der Jugend hat die Schulung großen Erfolg.

Schulung und Propaganda sind eng miteinander verwoben. Spruchbänder, Lautsprecher und Volksredner wiederholen immer wieder die gleichen Schlagworte, die übermäßig vereinfacht und dem einfachsten Geiste verständlich sind. Die Presse enthält vorwiegend Propaganda und kaum internationale Nachrichten. Die Zahl der Zeitungen wird reduziert, ihr äußeres Gesicht ist auffallend ähnlich. Tass-

Nachrichten überwiegen. Die englische *North China Daily News* bestand zwar noch (gegen ihren Wunsch) bis zum 1. April 1951, mußte aber chinesisches Nachrichtenmaterial bringen. Chinesische Blätter drucken viele Artikel über die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten ab, von denen die Chinesen oft nicht wissen, wo sie liegen. Die Aufsätze behandeln Aufbaupläne, Aktivistenauszeichnungen, Aufdeckung irgendeines Korruptionsskandals und dgl. Zuerst liest sie das Volk widerwillig; allmählich gewöhnt es sich daran, zumal es keine andere Presse gibt.

Die Polizei wird verstärkt und heißt jetzt „Amt für öffentliche Ordnung“. Eine Überwachung des einzelnen setzt ein. Bei Polizeibesuchen in der Wohnung fragt man nach Herkunft, politischer Vergangenheit, Einkommen und politischer Einstellung. Auf allen Ämtern und für alle Berufe sind zahlreiche Fragebogen auszufüllen. An den Straßen wurden eine Zeitlang Briefkästen für öffentliche Denunziationen aufgestellt. Zwecks genauer Kontrolle der einzelnen wird seine Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Ausländer überwacht man besonders streng. Alle haben persönlich auf der Polizei zu erscheinen, ausführliche Fragebogen auszufüllen und über ihre Person mündlich Auskunft zu geben. Aufenthaltsgenehmigungen für China werden nur befristet erteilt. Jede noch so kurze Fahrt mit der Eisenbahn erfordert einen schriftlichen Antrag bei der Polizei (mit Lichtbildern) und eine schriftliche Genehmigung, die aber nur in dringenden Fällen erteilt wird. Ausländer im heutigen China sind an ihre Wohnplätze gebannt. Kopfschüttelnd fragen sich die Angehörigen vieler Nationen, warum man in ihren Ländern die Chinesen ungehindert reisen läßt.

Die Ämter sitzen voll von Uniformierten in Gelb und Blau. Der Kollektivismus benötigt zur Erfassung der Massen einen Riesenapparat. Der Funktionär bekommt wenig Gehalt, dafür aber meist freie Wohnung (mit anderen zusammen) und freie Verpflegung; nach einigen Jahren einen Füllfederhalter, nach weiteren Jahren eine Armbanduhr als Geschenk vom Staat. Gehaltsabbau oder verlängerte Arbeitszeit mit anschließenden langen Schulungsabenden müssen freudig hingenommen werden. Viele sehen ermüdet und unterernährt aus. Sie leben in Gruppen, denken in Gruppen. Wie die Studenten und andere organisationsmäßig zusammengefaßte Gruppen hält man sie in Spannung. Ab und zu wird in einem Betrieb ein Fall von Korruption „entdeckt“ und zur Abschreckung gebrandmarkt.

Den Funktionären impft man das Mißtrauen gegenüber Fremden ein. In einer Dienstanweisung der Polizei heißt es, daß „die Fremden streng und gerecht, aber mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung“ zu behandeln seien. Parteimitglieder müssen für Unterredungen mit Fremden die Genehmigung der vorgesetzten Parteibehörde einholen. Berichte von Ausländern, die mit hohen kommunistischen Funktionären gesprochen haben wollen, sind daher recht unglaubwürdig; derartige Fälle sind äußerst selten. Häufig dagegen sind Fälle, wo Funktionäre ihre ausländischen Freunde, selbst wenn diese früher in Yenan waren, heute nicht mehr kennen wollen. Bei jeder Unterredung mit einem Ausländer sitzt ein Dritter dabei, der protokolliert; eine Unterredung unter vier Augen mit einem Parteimitglied ist für einen Ausländer so gut wie unmöglich.

Das Klassenbewußtsein wird geweckt, der Klassenhaß geschürt. Durch die Landreformen und die starke Besteuerung sind viele Familien arm geworden. Viele

junge Leute werden Soldat oder Arbeiter. Manche wandern aufs Land ab. Das Volk, dessen Mittelstand durch Krieg, Bürgerkrieg und Inflation schon stark nach unten abgesunken ist, wird immer weiter nivelliert. Das liegt durchaus in der Absicht der Regierung.

Staatwirtschaft im Werden

In der Wirtschaftspolitik gibt es zwar manche Kompromisse, die sich aber nur aus der augenblicklichen Lage Chinas erklären. Die Industrie soll unter allen Umständen weiter arbeiten, daher behält man zunächst Industrielle im Dienst. Reiche, nach Hongkong geflohene Chinesen ermuntert man zur Rückkehr. Gleichzeitig aber trifft eine rigorose Steuerpolitik die Besitzenden. Man erhebt hohe Grundsteuern, Mietsteuern, Umsatzsteuern, Steuern für eingelagerte Waren usw.; hinzukommt im Jahre 1950 eine starke Belastung durch die „Siegesanleihe“. Bei der Siegesanleihe erwartet man besonders hohe Beiträge von Kreisen, die „bisher für die Revolution keinen unmittelbaren Beitrag geleistet haben“. Viele Firmen, Hotels, Restaurants müssen schließen. Der Stand der Kaufleute wird erheblich reduziert. „Wozu sollen wir auch all diese Kaufleute ernähren?“ verkündet man bei der politischen Schulung.

Auf dem Lande und in den Betrieben strebt man nach „Steigerung der Produktion“. Die Löhne erhöht man jedoch nicht. „Helden der Arbeit“ werden gewählt, Aktivistenabzeichen verliehen. Für „schlechte Betriebe“ liest man oft Entschuldigungen in der Presse. In den Städten und auf dem Lande bilden sich Genossenschaften. Die Tendenz zur Verstaatlichung ist auf vielen Gebieten zu beobachten. Banken, Industrie- und Handelsunternehmen, die so groß sind, daß sie nicht von Einzelpersonen geleitet werden können, sollen verstaatlicht werden. Einige Zweige der Industrie verlegt man — wohl mehr aus strategischen als aus wirtschaftlichen Gründen — von Mittelchina nach Norden, wobei man über Härten, die sich für die Arbeiter und ihre Familien ergeben, hinweggeht. Opposition von Arbeitern in Schanghai, die nicht nach der Mandschurei mitgehen wollen, erstickt man im Keime.

Der Außenhandel wird allmählich auf drei große Außenhandelsstellen (Tientsin, Schanghai, Kanton) übergelenkt. Ausländische Firmen werden zwar geduldet, aber streng überwacht. Die Grundeinstellung ihnen gegenüber ist nicht freundlich, da sie als „kapitalistisch“ und „imperialistisch“ gelten. Selbst eine Liquidierung ist erschwert, da für chinesische Arbeiter oder Angestellte hohe Abfindungssummen zu zahlen sind. Manche ausländische Firmen sind daher gezwungen, unter Verlust weiterzuarbeiten. Ausländisches Kapital, mit dem besonders angelsächsische Kreise glaubten, die Kommunisten ködern zu können, verschmäht man, selbst wenn „eine vorübergehende Verarmung“ in Kauf zu nehmen sei. „Es ist ein kindischer Gedanke, daß wir die finanzielle Hilfe Englands oder Amerikas brauchen,“ verkündete Mao im Juli 1949. „Zur Zeit sind die herrschenden Klassen in Amerika und England noch Imperialisten. Vorausgesetzt daß diese Länder bereit wären, uns in Zukunft Anleihen zu geben, was wäre der Grund? Die Kapitalisten dieser Länder wollen Geld verdienen, die Bankiers Zinsen haben, um ihre eigene Krise zu erleichtern. International gesehen gehören wir zur antiimperialistischen Front, geführt von der Sowjetunion, und wir können wahre und freundschaftliche Hilfe nur von dieser Seite her erhoffen.“

Klassenkultur

Im Erziehungswesen und in der Wissenschaft macht sich krasser Utilitarismus breit. Alles ist vom marxistischen Blickpunkt zu sehen. Es gibt nur noch eine „klassenbedingte Wissenschaft“. Auf den Universitäten erfolgt sofort eine Ausrichtung der Lehrpläne, die vor allem zu „vereinfachen“ sind. Die Lehrmethode soll „volksverbunden“ sein. Nachdruck liegt auf den Naturwissenschaften. Der Konfuzianismus wird geächtet, alte Literatur nur noch in kleinen Gruppen studiert, deren Studenten keine Zukunftsaussichten haben und allmählich den Mut verlieren. Wer Konfuzius zitiert, gilt als „nichtfortschrittlich“ und macht sich lächerlich, obgleich sich im privaten Leben noch vieles nach klassischen Vorbildern richtet. Die Universitäten haben keine Rektoren mehr, nur noch Vorsitz einer Verwaltungskomitees. An der zweiten Stelle sitzt ein Student (Mitglied der KP), der oft dem Vorsitz Anweisungen gibt. Die Studenten sind auch in allen anderen Ausschüssen vertreten, haben Einsicht in die Finanzen und können Professoren selbst während des Semesters ablehnen. Die Partei entsendet außerdem besondere Kommissare an die Universitäten. Englisch ist wahlfrei; nur wenige wählen es. Russisch ist Pflichtfach für die Studenten der Abteilung für Fremde Sprachen und Wahlfach für die übrigen; viele wählen es. Man gründet große „Revolutionsakademien“, bei denen die politische Schulung im Vordergrund steht. Zu den Pflichtvorlesungen gehören auf allen Universitäten: Neue Demokratie, dialektischer Materialismus und marxistische Wirtschaftspolitik. Bei den Aufnahmeprüfungen ist ein bestimmter Prozentsatz von Arbeitern und Bauern zu immatrikulieren. Auf den Mittelschulen wird in den ersten drei Jahren keine Fremdsprache gelehrt, später können die Schüler zwischen Englisch und Russisch wählen. Besondere Aufmerksamkeit schenkt man der politischen Schulung der Professoren und Lehrer, da sie im Grunde als bürgerlich und damit als „politisch unzuverlässig“ gelten. Immer wieder überprüft man ihre Lebensläufe und frühere politische Betätigung; oft werden sie unter Bedrohung ihrer Existenz in die Parteilinie gezwungen. Manche haben ein halbes oder ganzes Jahr in einem Schulungslager in Sutschau zu verbringen; für besonders „schwere Fälle“ gibt es ein strengeres Lager in Peking. Die Professoren gehörten zuerst dem Vierten Stand an, wurden aber 1950, soweit sie an staatlichen Universitäten lehrten, in den Arbeiterstand befördert und durften Gewerkschaften gründen, was große Freude unter ihnen auslöste. Die Studenten sind zum großen Teil im Jugendkorps (das radikale Tendenzen hat) straff organisiert.

Literatur sieht man nur als wertvoll an, wenn sie Beziehung zum Marxismus hat. Das moderne Theater steht im Dienste der Propaganda und politischen Volks-erziehung. Das berühmteste und unendlich oft aufgeführte Stück ist das „Weißhaarige Mädchen“: Ein reicher Grundbesitzer behandelt eine Dienerin unmenschlich hart; sein Sohn schwängert sie. Das Mädchen flieht in eine Höhle und gebiert hier ein Kind. Ihr Haar wird vor Kummer weiß. Die Rote Armee befreit sie. Der Grundbesitzer wird vor Gericht gestellt (bei dieser Szene schreit das Publikum gewöhnlich: „Tötet ihn! Tötet ihn!“) und wird auf der Bühne (in manchen Fassungen hinter der Bühne) totgeschlagen. Ein anderes Stück, vom „Kleinen Faultier“, liefert das Spottwort für alle, die sich nicht eifrig ihrer Arbeit widmen.

Die Religion tut man mit dem marxistischen Satz ab, sie sei „das Krankheits-symptom einer absterbenden Gesellschaftsschicht“. Offiziell gewährt man zwar Religionsfreiheit; in der Praxis sieht es aber anders aus, denn die Parteiorgane betreiben im Volk antireligiöse Propaganda. Wer seine Kinder zum Gottesdienst schickt, bekommt vorgeworfen, daß er ihnen keine Glaubensfreiheit lasse.

Die gläubigen Buddhisten sind sicher keine Kommunisten; in ihren Schriften wird der Materialismus aufs schärfste abgelehnt. Das Rote Regime hat die buddhistischen Organisationen bisher bestehen lassen, hat den Klöstern allerdings ihre reichen Ländereien genommen und sie für mildtätige Hilfsaktionen in seine Dienste eingespannt. Den Konfuzianismus lehnt man scharf ab. Alles was Konfuzius geschrieben oder überliefert habe, sei durch die feudalistische Brille gesehen. Auch an den alten chinesischen Kaisern läßt man kein gutes Haar und strebt nach einer neuen, klassenbedingten Geschichtsauffassung. Die chinesischen Mohammedaner läßt man auffälligerweise in Ruhe, obwohl Islam und marxistischer Materialismus schlechterdings unvereinbar sind. Doch benötigt man wohl den Nationalismus der mohammedanischen Gruppen (besonders im Nahen Osten) als Vorspann für kommunistische Endzwecke und möchte sie offenbar zur Zeit nicht kränken.

Die christliche Kirche hat eine besonders schwierige Stellung, da sie durch die Missionen nach China kam und schon deshalb als „Agent des Imperialismus“ verschrien ist. Viele kirchliche Organisationen sind bereits vom Staat übernommen worden; andere mußten wegen hoher Steuerlasten freiwillig aufgegeben werden. Die Deutsche Kirche in Schanghai ist vom Militär für politische Versammlungen besetzt und wird für den Gottesdienst nur am Sonntagmorgen freigegeben. Für Missionare ist in China kein Arbeitsfeld mehr; jedes Schiff trägt Missionare von China fort.

Sowjetische Berater

Auch unmittelbarer sowjetrussischer Einfluß macht sich bemerkbar. Auffällig war 1950 die große Zahl russischer „Berater“ in Mittel- und Nordchina, die meist in Zivil gingen. Es erfolgte der schnelle Ausbau einer wirksamen Luftabwehr mit Radargeräten und die Anlegung von zahlreichen Flugplätzen. Düsenjäger polterten durch die Luft. Die Küstenbatterien in der Jangtsemündung wurden eingeschossen. Unter den ersten russischen Lieferungen war Papier. Die Menge russisch inspirierter Literatur ist erstaunlich groß. In zahlreichen, neuerrichteten Buchläden findet man eine reiche Auswahl von Abhandlungen über Marxismus, Neue Demokratie, Soziologie, neuartige Geschichtsbetrachtung und sonstige marxistische Themen. Übersetzungen sowjetischer Bücher sind ständig im Anwachsen. Im Rundfunk und in vielen Betrieben gibt es russische Sprachkurse. Mitglieder des Sowjetisch-Chinesischen Freundschaftsbundes haben Preisermäßigungen in Kinos und im Theater. Russische Filmberichter sind bei allen wichtigen Anlässen vertreten. In den Läden erscheinen überall russische Aufschriften. Durch Schanghai rollten mehrmals Lastautos mit sowjetisch uniformiertem Personal. Villen außerhalb der Stadt mußten für russisches Bodenpersonal der Flugplätze geräumt werden. Russen in Uniform legten Telephonleitungen. Sämtliche Fenster des Generalkonsulats der Sowjetunion sind nachts hell erleuchtet. Sowjetische Kulturdelegationen und

russische Gastprofessoren erscheinen. Verschiedene internationale Tagungen in Schanghai wurden unter sowjetischer Aegide abgehalten. Die Witwe Sun Yat-sens, die in der Regierung einen hohen Posten bekleidet, spielt in russischen Kreisen eine große Rolle.

Augenzeugen gegen künstlichen Nebel

Es sind hier einige Tatsachen angeführt worden, um auch demjenigen, der nicht Augenzeuge der letzten Jahre in China war, ein ungefähres Bild zu geben.⁶ Er wird unschwer eine Schablone erkennen, die auch über anderen Ländern des Ostens liegt. Gewiß stehen sich Altes und Neues noch vielfach schroff gegenüber, und besonders auf kulturellem Gebiet, in Sitten und Gebräuchen zehrt China noch weitgehend vom alten Fett. Doch darf die Schnelligkeit der neuen Entwicklung nicht übersehen werden.

Im alten Riesenreiche China scheint vieles lange zu ruhen, bis die Entwicklung eines Tages ruckweise vorwärts geht. Was sich jetzt vollzieht, ist ein gewaltiger Sprung fort vom Überkommenen und in eine Richtung, zu der das bisherige Bild unserer Vorstellungen nicht mehr paßt. Millionen von Chinesen sind gleichsam aus einem Schlafe aufgeweckt worden und werden sich plötzlich sozialer, nationaler und internationaler Aufgaben bewußt. Ihre zahllosen Kräfte werden zielbewußt in eine große Maschinerie eingespannt. Dazu wird ihnen ein Glaube vermittelt: selbst der einfachste Soldat in Korea glaubt, für die Weltbefreiung zu kämpfen. Das romantische Bild von China, wie es Lin Yü-tang so geschickt zu präsentieren verstand oder wie es Pearl S. Buck in so liebenswürdiger Weise malte, stimmt nicht mehr. Es ist nicht endgültig, aber doch weitgehend dahin. Auch moderne Bücher wie etwa die Biographie Mao Tse-tungs von Robert Payne sind leicht irreführend, da die Entwicklung der letzten Jahre unberücksichtigt bleibt.

Von den ersten gemäßigten Proklamationen der Regierung in Peking vor rund zwei Jahren bis zu den öffentlichen Massenhinrichtungen der letzten Monate geht ein gerader, kompromißloser Weg. Das Regime von Peking ist seinem Wesen nach kompromißlos, und es wäre falsch, es dem Westen irgendwie schmackhaft machen zu wollen. Es ist weit besser, die Tatsachen so in Rechnung zu stellen, wie sie sind.

China ist zur Zeit auf marxistisch-leninistischem Wege. Ob es das Endziel je erreichen wird, ist noch nicht abzusehen. Was man aber bis jetzt mit Sicherheit in Rechnung stellen kann, ist die Entschlossenheit der Pekingener Machthaber, diesen Weg geradlinig bis zu Ende zu gehen.

Jede Verharmlosung der heutigen Vorgänge ist für den Westen gefährlich, mag sie noch so sehr von persönlichen oder politischen Motiven geleitet sein oder der rücksichtsvollen Absicht entspringen, vielen nicht das romantische Bild zu nehmen, das sie haben oder so gern von China haben möchten. Diese Verharmlosung könnte eines Tages zu unangenehmen Überraschungen führen, wie die Vorgänge in Korea in gewissem Ausmaße bereits gezeigt haben. Es wäre zugleich eine künstliche Nebelwand, die der Westen selbst aufbaut und in deren Schutze der chinesische Kommunismus unbemerkt weiter erstarkt.

⁶ Vgl. auch Derk Bodde. *Peking Diary 1949, A Year of Revolution*, New York 1950, mit viel Tatsachenmaterial und richtigen Bewertungen.

Das gemeinsame Programm der politischen Beratungsversammlung des chinesischen Volkes

Angenommen bei der ersten Vollsitzung der Politischen Beratungsversammlung
des Chinesischen Volkes am 29. September 1949

Übersetzt von WOLFGANG FRANKE

Das nachfolgende Programm bildet eine Art Grundgesetz der neuen Chinesischen Volksrepublik. Angesichts der politischen Doktrin, auf die sich die Chinesische Volksrepublik gründet, sind manche Artikel nur cum grano salis richtig zu verstehen. Ferner ist zu beachten, daß in China von alters her dem geschriebenen Worte eines Programms bei weitem nicht die wörtliche Bedeutung zukommt wie im Abendlande. Trotz dieser Einschränkungen ist das Programm aber doch ein Dokument von hervorragender Wichtigkeit, wenn man die Grundlagen der Politik des neuen China verstehen will.

Präambel

Der große Sieg des chinesischen Volksbefreiungskrieges und der Volksrevolution hat die Epoche der Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus in China zu Ende gebracht.¹ Das chinesische Volk hat die Stellung des Unterdrückten mit der des Herrn einer neuen Gesellschaft und eines neuen Reiches vertauscht und hat die Republik der demokratischen Volksdiktatur an die Stelle der reaktionären Kuomintang-Herrschaft gesetzt, die in einer feudalistischen, faschistischen und Kompradors-Diktatur² bestand. Die chinesische demokratische Volksdiktatur ist die politische Herrschaft der demokratischen Volkseinheitsfront der Klassen der Arbeiter, der Bauern, der Kleinbürger, der nationalen Bourgeoisie und sonstiger patriotischer demokratischer Elemente Chinas, gegründet auf die Union von Arbeitern und Bauern unter Führung der Arbeiterklasse. Die Politische Beratungsversammlung des Chinesischen Volkes, die gebildet ist aus den Abgeordneten der Kommunistischen Partei Chinas, aller demokratischen Parteien, aller Volks-Körperschaften, aller Reichsteile, der Volksbefreiungsarmee, aller nationalen Minoritäten, der Auslandschinesen sowie anderer patriotischer demokratischer Elemente, ist die Organisationsform der demokratischen Volkseinheitsfront. Die Politische Beratungsversammlung vertritt den Willen des ganzen Volkes, erklärt die Begründung der Chinesischen Volksrepublik, und organisiert des Volkes eigene zentrale Regierung. Die Politische Beratungsversammlung des Chinesischen Volkes billigt einstimmig die Neue Demokratie, d. h. die Volksdemokratie, als die politische Grundlage zur Errichtung der Chinesischen Volksrepublik, und setzt das folgende Gemeinsame Programm fest, dem alle an der Politischen Beratungsversammlung des Volkes teilnehmenden Einheiten, alle Volksregierungen und das Volk des ganzen Reiches in gleicher Weise zu folgen haben.

¹ In der Terminologie der Chinesischen Revolution werden unter „Imperialismus“ alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorrechte, Interessen und Unternehmen von Ausländern in China verstanden. „Feudalismus“ wird die herkömmliche soziale Struktur Chinas, insbesondere auf dem Lande, genannt. Vor allem sind die herkömmlichen Lebensgewohnheiten der Landbesitzerklasse gemeint. Einen Feudalismus, wie man ihn aus der abendländischen Geschichte kennt, gibt es in China schon seit fast zwei Jahrtausenden nicht mehr. Als „bürokratischer Kapitalismus“ werden einmal rein theoretisch die von der Kuomintang-Regierung getätigten wirtschaftlichen und finanziellen Unternehmen bezeichnet, dann aber auch ganz allgemein die korrupten und habgierigen Beamten, die ihr Amt zu allen erdenklichen Kapital-Geschäften und Schiebungen ausnutzten.

² Unter „Komprador“ versteht man den leitenden chinesischen Angestellten einer ausländischen Firma in China, über den sämtliche Geschäfte mit Chinesen gehen. Ihm kommt so im chinesisch-ausländischen Geschäftsverkehr große Bedeutung zu.

1. Abschnitt: Grundlinien.

1. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik ist der Staat der Neuen Demokratie, d. h. der Volksdemokratie; sie verwirklicht die demokratische Volksdiktatur unter Führung der Arbeiterklasse, gegründet auf die Union von Arbeitern und Bauern, mit Zusammenschluß aller demokratischen Klassen und aller Nationalitäten innerhalb des Reiches; sie tritt dem Imperialismus, dem Feudalismus und dem bürokratischen Kapitalismus entgegen und kämpft für Selbständigkeit, Demokratie, Frieden, Einheit und Macht Chinas.

2. Artikel: Die Zentrale Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik hat die Verantwortung dafür zu tragen, daß der Volksbefreiungskrieg bis zum Ende durchgeführt, das ganze Reichsgebiet Chinas befreit und die Einigung Chinas vollendet wird.

3. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik hat alle Vorrechte der imperialistischen Länder in China zu beseitigen, das Kapital korrupter Beamter zu beschlagnahmen und in Staatseigentum zu verwandeln; sie hat planmäßig das System des feudalen und halbfeudalen³ Eigentums am Grund und Boden in ein System des bauerlichen Eigentums am Grund und Boden zu überführen, das öffentliche Eigentum des Staates und das Eigentum der Genossenschaften zu schützen. Sie hat die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, der Bauern, der Kleinbürger und der nationalen Bourgeoisie und ihr Privateigentum zu schützen, die neudemokratische Volkswirtschaft zu propagieren und mit sicheren Schritten den Agrarstaat in einen Industriestaat zu verwandeln.

4. Artikel: Das Volk⁴ der Chinesischen Volksrepublik hat gemäß den Gesetzen das aktive und passive Wahlrecht.

5. Artikel: Das Volk der Chinesischen Volksrepublik genießt Freiheit des Denkens, der Rede, der Publikation, der Versammlung, der Vereinigung, der Korrespondenz, des menschlichen Körpers, der Siedlung, des Umzugs, der Religion und der Demonstration.

6. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik schafft die feudalistische Einrichtung der Freiheitsbeschränkung für Frauen ab. Die Frauen haben auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und erzieherischen sowie sozialen Lebens gleiche Rechte wie die Männer. Männer und Frauen genießen Freiheit der Eheschließung.

7. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik hat jede gegenrevolutionäre Aktivität zu unterdrücken sowie alle gegenrevolutionären Kriegerverbrecher der mit dem Imperialismus konspirierenden, landesverräterischen, sich der Sache der Volksdemokratie widersetzen den Kuomintang und die anderen unverbesserlich gegenrevolutionären Rädelsführer streng zu bestrafen. Die reaktionären Elemente, feudalen Grundbesitzer, korrupten Beamten-Kapitalisten im allgemeinen sollen nach ihrer Entwaffnung und der Beseitigung ihrer Vorrechte rechtsgemäß so lange als notwendig ihrer politischen Rechte verlustig gehen. Zugleich aber soll ihnen eine Möglichkeit zum Erwerb ihres Lebensunterhalts gegeben werden, und sie sollen angehalten werden, durch körperliche Arbeit sich umzubilden, um neue Menschen zu werden. Wenn sie ihre gegenrevolutionäre Tätigkeit fortsetzen, müssen sie einer strengen Strafe unterworfen werden.

8. Artikel: Alle Bürger⁴ der Chinesischen Volksrepublik haben die Pflicht, das Vaterland zu verteidigen, dem Gesetze zu folgen, die Arbeitsdisziplin zu wahren, das öffentliche Eigentum zu schützen, öffentliche Dienste und Militärdienst zu leisten sowie Steuer zu zahlen.

9. Artikel: Alle Nationalitäten innerhalb der Chinesischen Volksrepublik haben die gleichen Rechte und Pflichten.

10. Artikel: Die bewaffnete Macht der Chinesischen Volksrepublik, d. h. die Volksbefreiungsarmee, die Volkstruppen für die öffentliche Sicherheit und die Volkspolizei, gehört dem Volke. Ihre Aufgabe ist es, die Selbständigkeit und die Integrität der territorialen Souveränität Chinas sowie den Erfolg der chinesischen Volksrevolution und alle dem Gesetze gemäßen Rechte und Interessen zu schützen. Die Zentrale Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik soll bemüht sein, die bewaffnete Macht des Volkes zu festigen und zu stärken, damit sie erfolgreich ihre Aufgaben erfüllen kann.

³ Bezieht sich auf das Land, das die Besitzer nicht selbst bebauen und bewirtschaften sondern an einzelne Bauern verpachten. Als Pacht wird vom Bauern ein Teil der Ernte (oft 50 Prozent und mehr) gezahlt.

⁴ Zu beachten ist der Unterschied zwischen „Volk“ (chinesisch *jen-min*) und „Bürger“ (chinesisch *kuo-min*).

11. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik schließt sich zusammen mit allen fried- und freiheitliebenden Ländern und Völkern der Welt, vor allem mit der Sowjetunion sowie mit allen volksdemokratischen Ländern und allen unterdrückten Völkern. Sie steht in der Front für internationalen Frieden und Demokratie und tritt zusammen mit ihr dem Eindringen des Imperialismus entgegen, um einen dauerhaften Frieden in der Welt zu garantieren.

2. Abschnitt: Regierungsorgane.

12. Artikel: Die staatliche Regierungsgewalt der Chinesischen Volksrepublik liegt in den Händen des Volkes. Die Organe zur Ausübung der staatlichen Regierungsgewalt sind die Abgeordnetenversammlungen des Volkes und die Volksregierungen in allen Instanzen. Die Abgeordnetenversammlungen des Volkes werden in allen Instanzen vom Volke auf dem Wege der allgemeinen Wahl gebildet. Die Abgeordnetenversammlungen des Volkes wählen die Volksregierungen ihrer Instanz. In der Zeit, wo die Abgeordnetenversammlungen des Volkes nicht zusammentreten, sind die Volksregierungen aller Instanzen die die Regierungsgewalt ausübenden Organe.

Das höchste staatliche Regierungsorgan ist die Abgeordnetenversammlung des gesamten Volkes. In der Zeit, wo die Abgeordnetenversammlung des gesamten Volkes nicht zusammentritt, ist die Zentrale Volksregierung das höchste die staatliche Regierungsgewalt ausübende Organ.

13. Artikel: Die Politische Beratungsversammlung des Chinesischen Volkes ist die Organisationsform der volksdemokratischen Einheitsfront. Die Bestandteile dieser Organisation sollen bestehen aus Vertretern der Arbeiterklasse, der Bauernklasse, der Revolutions-soldaten, der Intellektuellen, des Kleinbürgertums, der nationalen Bourgeoisie, der nationalen Minderheiten, der Auslandschinesen und der sonstigen patriotischen, demokratischen Elemente.

Bevor die Abgeordnetenversammlung des gesamten Volkes durch allgemeine Wahl zusammenberufen ist, nimmt die Vollversammlung der Politischen Beratungsversammlung des Chinesischen Volkes ihre Befugnisse wahr, setzt das Gesetz zur Bildung der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik fest, wählt den zentralen Volksregierungsausschuß der Chinesischen Volksrepublik und überträgt ihm die Befugnisse zur Ausübung der Staatsgewalt.

Nachdem die Abgeordnetenversammlung des gesamten Volkes durch allgemeine Wahl zusammenberufen ist, kann die Politische Beratungsversammlung des Chinesischen Volkes hinsichtlich grundlegender Pläne zum staatlichen Aufbau und sonstiger wichtiger Maßnahmen der Abgeordnetenversammlung des gesamten Volkes oder der Zentralen Volksregierung Vorschläge machen.

14. Artikel: In allen von der Volksbefreiungsarmee neu befreiten Gebieten ist einheitlich die Militärverwaltung durchzuführen, und die reaktionären Kuomintang-Regierungsorgane sind aufzulösen. Die Zentrale Volksregierung oder die Militärorgane an der Front ernennen Persönlichkeiten, die die Militärverwaltungskommissionen und die lokalen Volksregierungen organisieren, das Volk zur Aufrichtung der revolutionären Ordnung anleiten, alle gegenrevolutionäre Aktivität unterdrücken und gegebenenfalls die Abgeordnetenversammlungen des Volkes aller Stände zusammenberufen.

Bevor die durch allgemeine Wahl gebildeten lokalen Abgeordnetenversammlungen des Volkes zusammenberufen sind, nehmen die lokalen Abgeordnetenversammlungen des Volkes aller Stände nach und nach ihre Befugnisse wahr.

Die Dauer der Militärverwaltung wird von der Zentralen Volksregierung nach der militärischen und politischen Lage des betreffenden Gebietes bestimmt.

In Gebieten, wo die militärischen Operationen vollkommen abgeschlossen sind, die Agrarreform restlos durchgeführt und das Volk aller Stände hinreichend organisiert ist, ist die allgemeine Wahl durchzuführen, und die lokalen Abgeordnetenversammlungen des Volkes sind einzuberufen.

15. Artikel: Die Regierungsorgane aller Instanzen führen das Prinzip der demokratischen Konzentration durch. Ihr Hauptgrundsatz ist: Die Abgeordnetenversammlungen des

Volkes sind dem Volke verantwortlich und berichten ihm über ihre Arbeit. Die Ausschüsse der Volksregierungen sind den Abgeordnetenversammlungen des Volkes verantwortlich und berichten ihm über ihre Arbeit. Innerhalb der Abgeordnetenversammlungen des Volkes und der Ausschüsse der Volksregierungen hat sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen. Die Volksregierungen aller Instanzen werden von den jeweils höheren Instanzen ernannt und haben sich ihnen zu fügen. Alle lokalen Volksregierungen des ganzen Reiches haben sich der Zentralen Volksregierung zu fügen.

16. Artikel: Die Abgrenzung der Befugnisse der Zentralen Volksregierung und der lokalen Volksregierungen ist nach der Beschaffenheit der betreffenden Sachgebiete von dem Ausschuß der Zentralen Volksregierung durch Rechtsverordnung festzulegen im Interesse sowohl der Einheit des Reiches wie auch der verschiedenen Gebiete.

17. Artikel: Alle das Volk unterdrückenden Gesetze und Rechtsverordnungen sowie das Justizwesen der reaktionären Kuomintang-Regierung sind abzuschaffen; das Volk beschützende Gesetze und Rechtsverordnungen sind festzusetzen, und ein Volksjustizwesen ist zu errichten.

18. Artikel: Alle staatlichen Organe der Chinesischen Volksrepublik haben sich einer unbestechlichen, schlichten, dem Volke dienenden Amtsführung im Sinne der Revolution zu befleißigen. Korruption ist streng zu bestrafen, Verschwendung zu verbieten, und der Geist eines sich von den Volksmassen absondernden Beamtentums ist zu verwerfen.

19. Artikel: Innerhalb der Volksregierungen aller Instanzen von Stadt oder Kreis aufwärts ist ein Volkskontrollorgan einzurichten, das zu überwachen hat, ob die staatlichen Organe aller Instanzen und die verschiedenen Beamten ihre Amtspflicht erfüllen, und das unter ihnen rechtswidrig oder pflichtvergessen handelnde Organe und Einzelpersonen zur Anzeige zu bringen hat.

Einzelpersonen und Volkskörperschaften haben das Recht, bei den Volkskontrollorganen oder den Volksjustizorganen jedes rechtswidrige und pflichtvergessene Verhalten eines staatlichen Organes oder eines Beamten zur Anzeige zu bringen.

3. Abschnitt: Militärwesen.

20. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik stellt eine einheitliche Armee auf, sie besteht aus der Volksbefreiungsarmee und den Volkstruppen für die öffentliche Sicherheit; sie stehen unter dem Kommando der revolutionären Volksmilitärkommission der Zentralen Volksregierung, die Führung, System, Einteilung und Disziplin in einheitlicher Weise durchführt.

21. Artikel: Für die Volksbefreiungsarmee und die Volkstruppen für die öffentliche Sicherheit gelten die Grundsätze der „Einheit von Offizieren und Mannschaften“ und der „Einheit von Militär und Volk“; ein politisches Schulungswesen ist einzurichten, um Stabs-offiziere wie Frontsoldaten in revolutionärem und patriotischem Geiste zu schulen.

22. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik hat zur Verstärkung der Landesverteidigung die Modernisierung der Landtruppen zu intensivieren und eine Luftwaffe sowie eine Marine aufzustellen.

23. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik führt das Volksheer-System durch zur Aufrechterhaltung der lokalen Ordnung und als Grundlage der nationalen Mobilisierung; sie bereitet ferner zu gegebener Zeit die Durchführung der allgemeinen Militärdienstpflicht vor.

24. Artikel: Die Soldaten der Chinesischen Volksrepublik haben in Friedenszeiten, sofern dadurch ihre militärischen Aufgaben nicht beeinträchtigt werden, planmäßig an der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion teilzunehmen, um beim nationalen Aufbau mitzuwirken.

25. Artikel: Die Familienangehörigen der für die Revolution gefallenen Helden und der Revolutionssoldaten, deren Lebensunterhalt in Frage gestellt ist, sind von Staat und Gesellschaft mit Vorzug zu behandeln. Die Invaliden und ausgeschiedenen Soldaten des Revolutionskrieges sind von der Volksregierung in geeigneter Weise zu versorgen, so daß sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen können.

4. Abschnitt: Wirtschaftspolitik.

26. Artikel: Das Grundprinzip des wirtschaftlichen Aufbaus der Chinesischen Volksrepublik besteht in einer Politik gleichmäßiger Berücksichtigung der Interessen von Privatpersonen und Allgemeinheit, Arbeit und Kapital, gegenseitiger Unterstützung von Stadt und Land, sowie des Warenaustausches zwischen China und dem Ausland, um dergestalt das Ziel einer Steigerung der Produktion und des Wohlstandes der Wirtschaft zu erreichen. Die staats-eigene Wirtschaft, die Genossenschaftswirtschaft, die Wirtschaft der Bauern und Handwerker, gleich ob es sich um Einzel- oder Gemeinschaftsbetriebe handelt, sowie die privat- und staatskapitalistische Wirtschaft sollen vom Staat unter den Gesichtspunkten: Betriebsumfang, Rohstoffzuteilung, Absatzmärkte, Arbeitsbedingungen, technische Ausstattung, Finanz- und Währungspolitik einander angeglichen werden, damit alle Elemente der sozialen Wirtschaft unter der Leitung der staatseigenen Wirtschaft im Wege der Arbeitsteilung und Zusammenarbeit ihren eigenen Platz einnehmen, um auf diese Weise die Entfaltung der gesamten Sozialwirtschaft zu begünstigen.

27. Artikel: Die Agrarreform ist eine notwendige Voraussetzung für die Ausdehnung der Produktionskraft und die nationale Industrialisierung. In allen Gebieten, wo die Agrarreform bereits durchgeführt ist, ist das Eigentumsrecht der Bauern an dem erhaltenen Land zu garantieren. Überall dort, wo die Agrarreform noch nicht durchgeführt ist, sind die Massen der Bauern in Bewegung zu setzen, Bauern-Körperschaften zu gründen und, indem der Prozeß der Ausrottung von Banditen und üblen Gewalttätern, der Herabsetzung von Pacht und Zinsen sowie der Landverteilung durchlaufen wird, ist dafür zu sorgen, daß der Bebauer des Feldes sein Land zu eigen hat.

28. Artikel: Die staatseigene Wirtschaft ist eine sozialistische Wirtschaft. Alle Unternehmen, die lebenswichtige Interessen der Wirtschaft des Staates berühren und geeignet sind, den Lebensunterhalt der Nation maßgeblich zu beeinflussen, sollen ausnahmslos einheitlich vom Staat betrieben werden. Alle Hilfsquellen und Unternehmen, die dem Staat gehören, sind öffentliches Vermögen der Gesamtheit des Volkes, dienen der Entwicklung der Produktion in der Volksrepublik, sind die maßgebende materielle Grundlage einer blühenden Wirtschaft, die richtunggebende Kraft der gesamten Sozialwirtschaft.

29. Artikel: Die Genossenschaftswirtschaft ist eine halbsozialistische Wirtschaft und ein wichtiger Organisationsteil der gesamten Volkswirtschaft. Die Volksregierung soll die Entwicklung der Genossenschaften unterstützen und sie mit Vorzug behandeln.

30. Artikel: Privatwirtschaftliche Unternehmen, die für die nationale Wirtschaft und das Leben des Volkes von Nutzen sind, sollen von der Regierung in ihrer wirtschaftlichen Aktivität ermutigt und in ihrer Entwicklung unterstützt werden.

31. Artikel: Die auf der Zusammenarbeit von staatlichem und privatem Kapital beruhende Wirtschaft ist eine staatskapitalistische Wirtschaft. Unter notwendigen und möglichen Bedingungen ist die Entwicklung des Privatkapitals in Richtung zum Staatskapitalismus zu ermutigen, wie z. B. die Aufarbeitung für staatliche Unternehmen, die Bildung gemischt-wirtschaftlicher Betriebe, pachtweise betriebener staatlicher Unternehmen, Erschließung natürlicher Hilfsquellen des Staates usw.

32. Artikel: In den staatseigenen Betrieben soll während der jetzigen Periode das Prinzip der Beteiligung der Arbeiter an der Produktionskontrolle durchgeführt werden im Sinn der Einrichtung von Kontrollausschüssen, die der Leitung des Fabrikmanagers unterstehen.

In privat betriebenen Unternehmen ist zur Verwirklichung des Grundsatzes „Profit sowohl für die Arbeit wie für das Kapital“ von den Gewerkschaften als Vertretern der Arbeiter und Angestellten mit den Kapitalinhabern ein Kollektivvertrag festzusetzen. In öffentlichen wie privaten Unternehmen ist sofort allgemein die acht- bis zehnstündige Arbeitszeit durchzuführen; besondere Umstände werden bei der Regelung entsprechend berücksichtigt. Die Volksregierung hat den Verhältnissen bei den verschiedenen Unternehmen in den verschiedenen Gegenden entsprechend einen Mindestlohn zu bestimmen. Schritt für Schritt ist ein Arbeiter-Versicherungswesen durchzuführen. Die besonderen Belange von jugendlichen und weiblichen Arbeitern sind zu wahren. Ein Aufsichtssystem für Fabriken und Bergwerke ist durchzuführen, um die Sicherheits- und Hygienevorkehrungen in den Fabriken und Bergwerken zu verbessern.

33. Artikel: Die Zentrale Volksregierung hat für baldige Festsetzung eines allgemeinen Planes zur Wiederherstellung und Entwicklung aller wichtigen öffentlichen und privaten Wirtschaftszweige im ganzen Lande Sorge zu tragen, die Zuständigkeiten von Zentral- und Lokalbehörden in bezug auf Arbeitsteilung und Zusammenarbeit beim Wirtschaftsaufbau abzugrenzen, und die verschiedenen zentralen und lokalen Wirtschaftszweige zu gegenseitiger Zusammenarbeit einheitlich einander anzupassen. Die verschiedenen zentralen und lokalen Wirtschaftszweige sollen unter der einheitlichen Leitung der Zentralen Volksregierung ihre Initiative und Aktivität entfalten.

34. Artikel: Land-, Forst-, Fischerei- und Weidewirtschaft betreffend: In allen Gebieten, wo die Agrarreform bereits vollständig durchgeführt ist, soll die Volksregierung die Bauern und alle Arbeitskräfte, die Landwirtschaft betreiben können, organisieren mit der hauptsächlichen Aufgabe, die landwirtschaftliche Produktion und ihre Nebengewerbe zu entwickeln; ferner soll sie die Bauern anleiten, schrittweise nach eigener Wahl und aus gegenseitigem Interesse genossenschaftliche Formen beliebiger Art für Arbeit, gegenseitige Hilfe und Produktion zu finden. In den neu befreiten Gebieten soll jeder Schritt der Agrarreform mit der Wiederbelebung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion verbunden sein. Die Volksregierung soll einem nationalen Plan und den Lebensbedürfnissen des Volkes entsprechend bemüht sein, in kürzester Frist die Produktionshöhe der Vorkriegszeit an Getreide, Industrie-Rohstoffen und Exportgütern wiederherzustellen und zu überschreiten. Besondere Beachtung sollen finden: Ausbau der Wassernutzung, Vorkehrungen gegen Überschwemmungen und Dürre, Wiederherstellung und Entwicklung des Zugviehstandes, Vermehrung der Düngemittel, Verbesserung der landwirtschaftlichen Geräte und Saaten, Verhütung von Schäden durch Krankheiten und Insekten, Hilfe bei Naturkatastrophen und Hungersnöten, sowie planmäßige Kolonisation.

Der Waldbestand ist zu schützen, und die Forstwirtschaft ist planmäßig zu entwickeln.

Die Fischgründe längs der Küsten sind zu schützen, und die Fischerei ist zu entwickeln.

Die Viehzucht ist zu schützen und zu entwickeln; Viehseuchen sind zu verhüten.

35. Artikel: Die Industrie betreffend: Als wichtigster Punkt zu gelten hat die planmäßige, allmähliche Wiederherstellung und Entwicklung der Schwerindustrie, also der Bergwerke, der Eisen- und Stahlindustrie, der Kraftwerke, Maschinenbau-Werke, Werke für elektrische Geräte, der wichtigsten chemischen Industrie usw., damit eine Grundlage für die nationale Industrialisierung geschaffen wird. Gleichzeitig sind die Webindustrie sowie die übrigen für die Lebenshaltung der Nation nützlichen Leichtindustrien wiederherzustellen und zu vermehren, um den Bedarf des Volkes für den täglichen Gebrauch zu decken.

36. Artikel: Das Verkehrswesen betreffend: Unbedingt notwendig ist die schnelle Wiederherstellung und der schrittweise Neubau von Eisenbahnen und Straßen, die Ausbaggerung von Flußläufen, Ausdehnung des Wassertransportes, Verbesserung und Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens sowie die planmäßige, schrittweise Herstellung aller Arten von Verkehrsmitteln und die Schaffung einer zivilen Luftfahrt.

37. Artikel: Den Handel betreffend: Jeder legale öffentliche und private Handel ist zu schützen. Eine Außenhandelskontrolle ist durchzuführen, und Maßnahmen zum Schutze des Handels sind zu treffen. Im Rahmen des nationalen einheitlichen Wirtschaftsplanes ist Freiheit des Binnenhandels durchzuführen, aber gegen einen den Markt störenden, spekulierenden Handel sind strenge Maßregeln zu ergreifen. Die Organe des staatlich betriebenen Handels sind verantwortlich für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage, die Stabilisierung der Preise und die Hilfe für das Genossenschaftswesen des Volkes. Die Volksregierung hat die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Volk zum Sparen zu ermuntern, die Überweisungen von Auslandschinesen zu erleichtern, den sozialen Kapitalumlauf zu leiten und für den Lebensunterhalt der Nation ungenutztes Geschäftskapital in Industrie und anderen produktiven Unternehmungen anzulegen.

38. Artikel: Die Genossenschaften betreffend: Die Entwicklung von Genossenschaftsunternehmungen des ausgedehnten arbeitenden Volkes mit dem Grundsatz der Freiwilligkeit ist anzuregen und zu unterstützen. In Städten und Dörfern sind Ein- und Verkaufs-Genossenschaften, Produktions- und Transportgenossenschaften zu organisieren; in den Fabriken, Behörden und Schulen zu allererst Konsum-Genossenschaften.

39. Artikel: Das Geldwesen betreffend: Das Geldwesen hat unter strenger Kontrolle des Staates zu stehen. Das Recht der Währungsausgabe gehört dem Staate. Der Umlauf ausländischer Währung im Lande ist verboten. Geschäfte mit ausländischen Wechseln, ausländischer Währung sowie mit Gold und Silber sind von den staatlichen Banken zu besorgen. Private Geldgeschäfte gesetzmäßiger Unternehmungen sind der Aufsicht und Anleitung des Staates unterworfen. Alle Geschäfte, die Währungsspekulation oder Zerstörung der staatlichen Währung bezwecken, sind strengstens zu bestrafen.

40. Artikel: Die Finanzverwaltung betreffend: Für den Staatshaushalt ist ein Budget-System einzurichten, die Bereiche der zentralen und lokalen Finanzverwaltung sind abzugrenzen, Vereinfachung und Sparsamkeit sind durchzusetzen. Allmählich sind die finanziellen Einnahmen und Ausgaben miteinander ins Gleichgewicht zu bringen, und ein staatliches Produktionskapital ist anzusammeln.

Für die Steuerpolitik des Staates hat die Sicherstellung der Finanzierung des Revolutionskrieges sowie die Berücksichtigung der Erfordernisse für die Wiederherstellung und Entwicklung der Produktion und für den staatlichen Aufbau als Grundlage zu dienen. Das Steuerwesen ist zu vereinfachen und eine gerechte Verteilung der Lasten ist durchzuführen.

5. Abschnitt: Kultur- und Erziehungspolitik.

41. Artikel: Kultur und Erziehung in der Chinesischen Volksrepublik sind neudemokratisch, d. h. national, wissenschaftlich und volkssnah. Die Kultur- und Erziehungsarbeit der Volksregierungen hat als ihre wesentlichen Aufgaben die Hebung des Kulturniveaus des Volkes, die Ausbildung von Kräften für den nationalen Aufbau, die Austreibung der feudalistischen, faschistischen und Kompradorsgedanken und die Ausbreitung des Gedankens für den Dienst am Volke.

42. Artikel: Die Liebe zu Vaterland, Volk, Arbeit, Wissenschaft und die Sorge für das öffentliche Eigentum sind anzuregen, so daß sie zu allgemeinen Tugenden des ganzen Volkes der Chinesischen Volksrepublik werden.

43. Artikel: Zur Entwicklung der Naturwissenschaften sind besondere Anstrengungen zu machen, um den Aufbau von Industrie, Landwirtschaft und Landesverteidigung zu dienen. Wissenschaftliche Entdeckungen und Erfindungen sind zu belohnen und wissenschaftliche Erkenntnisse allgemein zu verbreiten.

44. Artikel: Die Erforschung und Erklärung von Geschichte, Wirtschaft, Politik sowie von kulturellen und zwischenstaatlichen Angelegenheiten soll an Hand einer wissenschaftlichen Geschichtsauffassung⁵ geschehen. Hervorragende Werke auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften sind zu belohnen.

45. Artikel: Literatur und Kunst sind in den Dienst des Volkes zu stellen, sie sollen das politische Bewußtsein des Volkes anregen und seinen Arbeitseifer anspornen. Hervorragende literarische und künstlerische Werke sind zu belohnen. Theater- und Filmunternehmungen des Volkes sind zu fördern.

46. Artikel: Die Erziehungsmethode der Chinesischen Volksrepublik besteht in der Einheit von Theorie und Praxis. Die Volksregierung hat planmäßig und stufenweise das alte Erziehungswesen, Erziehungsinhalt und Erziehungsmethode umzubilden.

47. Artikel: Die allgemeine Schulbildung ist planmäßig und schrittweise durchzuführen, Mittel- und Hochschulbildung ist zu erweitern, technische Bildung ist zu betonen. Fortbildung der Schaffenden neben ihrem Beruf und die Bildung der amtierenden Kaders⁶ ist zu erweitern, die jungen und alten Intellektuellen sollen eine revolutionäre politische Schulung erhalten, damit sie den ausgedehnten Erfordernissen der revolutionären Arbeit und der nationalen Aufbauarbeit entsprechen können.

48. Artikel: Die Leibesübungen sind zu fördern. Hygienische, medizinische und pharmazeutische Unternehmungen sind auszudehnen. Schutz der Gesundheit von Müttern, Säuglingen und Kindern ist zu beachten.

⁵ Gemeint ist hier der historische Materialismus.

⁶ Chinesisch *kan-pu*. Die Bezeichnung wird ohne genaue Begrenzung angewandt für alle politisch Geschulten. Nur ein kleiner Teil der *kan-pu* ist Mitglied der Kommunistischen Partei.

49. Artikel: Die Freiheit, Nachrichten wahrheitsgemäß bekanntzumachen, ist zu schützen. Der Mißbrauch der Presse zu Verbreitung von Verleumdungen, zur Schädigung der Interessen von Staat und Volk und zur Erregung eines Weltkrieges ist zu verbieten. Die Einrichtung von Volkssendestationen ist zu fördern. Auf die Veröffentlichung dem Volke nützlicher, gemeinverständlicher Bücher und Zeitschriften ist besonderer Wert zu legen.

6. Abschnitt: Nationalitätenpolitik.

50. Artikel: Alle Nationalitäten innerhalb der Chinesischen Volksrepublik sind gleichberechtigt. Sie sollen sich zusammenschließen und einander beistehen, sich dem Imperialismus und den Volksfeinden innerhalb jeder Nationalität widersetzen, um die Chinesische Volksrepublik zu einer großen Familie zu machen, wo alle Nationalitäten in Liebe und Freundschaft zusammenarbeiten. Herrenvolk-Prinzip und engherziger Nationalismus sind zu verdammen, Diskriminierung der Nationalitäten untereinander sowie Handlungen, die zur Unterdrückung oder Aufteilung nationaler Gruppen dienen, sind verboten.

51. Artikel: In den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten ist die lokale nationale Selbstverwaltung durchzuführen; je nach der Bevölkerungszahl der betreffenden Nationalität und ihrer räumlichen Ausdehnung sind verschiedene Organe der nationalen Selbstverwaltung zu errichten. In Gegenden, wo verschiedene Nationalitäten durcheinander wohnen, und in Gebieten mit nationaler Selbstverwaltung soll jede Nationalität in den betreffenden Regierungsorganen eine entsprechende Quote von Abgeordneten haben.

52. Artikel: Alle nationalen Minderheiten innerhalb der Chinesischen Volksrepublik haben das Recht, nach dem einheitlichen staatlichen Militärsystem in die Volksbefreiungsarmee einzutreten und lokale Volkstruppen für die öffentliche Sicherheit zu organisieren.

53. Artikel: Alle nationalen Minderheiten haben die Freiheit, ihre eigene Sprache und Schrift zu entwickeln, ihre Sitten und Gebräuche sowie ihre Religion zu bewahren oder zu ändern. Die Volksregierungen sollen den Volksmassen aller nationalen Minderheiten helfen, ihre politische, wirtschaftliche, kulturelle und erzieherische Aufbauarbeit zu entfalten.

7. Abschnitt: Außenpolitik.

54. Artikel: Grundsatz der Außenpolitik der Chinesischen Volksrepublik ist es, die Selbständigkeit, Freiheit und Integrität der territorialen Souveränität Chinas zu schützen, für einen internationalen dauerhaften Frieden und die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern aller Länder zu sorgen und der Angriffs- und Kriegspolitik der Imperialisten Widerstand zu leisten.

55. Artikel: Alle von der Kuomintang-Regierung mit fremden Regierungen geschlossenen Verträge und Abkommen sind von der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik einer Prüfung zu unterziehen und je nach ihrem Inhalt anzuerkennen, zu verwerfen, abzuändern oder neu abzuschließen.

56. Artikel: Mit allen ausländischen Regierungen, die ihre Beziehungen zu der reaktionären Kuomintang abbrechen und der Chinesischen Volksrepublik gegenüber eine freundschaftliche Haltung annehmen, kann die Zentrale Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik auf gleichberechtigter, die wechselseitigen Interessen wählender, die territoriale Souveränität respektierender Grundlage verhandeln und diplomatische Beziehungen herstellen.

57. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik kann auf gleichberechtigter und die wechselseitigen Interessen wählender Grundlage mit allen ausländischen Regierungen und Völkern die Handelsbeziehungen wiederaufnehmen und ausdehnen.

58. Artikel: Die Zentrale Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik soll ihre ganze Kraft dafür einsetzen, die rechtmäßigen Interessen der Auslandschinesen zu schützen.

59. Artikel: Die Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik gewährt den die Gesetze befolgenden Ausländern in China ihren Schutz.

60. Artikel: Die Chinesische Volksrepublik soll Ausländern das Aufenthaltsrecht gewähren, die für die Interessen des Volkes eintreten, am Kampf für Frieden und Volksherrschaft teilnehmen, deswegen von ihren Regierungen verfolgt werden und in China Schutz suchen.

ELISABETH SCHUCHT

Das Land der Götter

Augenzeugenbericht aus Pakistan und Kaschmir

Teilung des Kontinents — Streit um Kaschmir

Kaschmir ist etwa so groß wie Frankreich. Es liegt mitten im Himalaja. Tibet begrenzt es im Osten. Im Süden stößt es an Indien und Pakistan, im Westen berührt es Afghanistan und im Norden Sinkiang. Die afghanische Grenze ist nur

kurz. Jenseits eines afghanischen Gebietsstreifens reicht Sowjetisch-Turkestan nahe an Kaschmir heran.

Kaschmir hat wiederholt die Rolle eines Bollwerks gegen eindringende Eroberer gespielt. Im Jahre 1846 wurde das Hochgebirgsland von den Engländern an den Urgroßvater des letzten Maharadscha verkauft. Er beherrschte ein Land von etwa vier Millionen Mohammedanern.



Nachdem vor vier Jahren der große Subkontinent Indien in zwei Teile gespalten worden war: die „Indische Union“, kurz „Indien“ genannt, und in den mohammedanischen Staat Pakistan, konnte eine Einigung über die politische Zukunft Kaschmirs nicht erzielt werden. Schließlich stürmten Tausende von Pathanen, afghanischen Kriegern von der Nordwestgrenze Pakistans, in das Land. Sie zogen sengend, mordend, plündernd den Jhelum-Fluß entlang, nichts verschonend. Ein blutiges Massaker begann mit Speeren, Äxten und eigens angefertigten Gewehren. Die Regierung Pakistans, des erst wenige Wochen vorher gegründeten Staates, hatte die größte Mühe, diesen „Heiligen Krieg“ zu steuern, und setzte eigene Truppen ein.

Der Hindufürst wandte sich darauf an Indien, und Ministerpräsident Nehru sandte Flugzeuge mit indischen Truppen. Es zeigte sich bald, daß die militärische Macht der beiden Staaten in Kaschmir ungefähr gleich stark war. Wohl kam es zu Gefechten, aber nicht zu einer militärischen Entscheidung. Schließlich wurde von einer Kommission der Vereinten Nationen eine Demarkationslinie festgesetzt: die

sogenannte „Feuereinstellungslinie“. Das Kernstück Kaschmirs mit der weltberühmten Hauptstadt Srinagar liegt noch im Besatzungsbereich der indischen Truppen. Den kleineren Teil des Landes Kaschmir halten die Truppen Pakistans besetzt und nennen ihn *Azad Kashmir*, was soviel bedeutet wie „freies Kaschmir“.

Indiens Botschafter erklärt

Eines Abends bei einem Essen in Karachi fiel ich als einzige Europäerin dem indischen Botschafter in Pakistan, Exzellenz Roop Chang, auf. Er erkundigte sich nach meiner Nationalität; und als er erfuhr, daß ich Deutsche sei, ließ er sich mir vorstellen. Er erzählte mir, daß er in den Jahren 1945-47 in Berlin die Stellung eines *High Commissioner of India* bekleidet habe und die Deutschen sehr schätze. Wenige Tage später wurde ich von ihm und seiner schönen Frau als einziger Gast zum Tee geladen. Hier ergab sich zwanglos die Gelegenheit zu einer Aussprache über die Teilung Indiens und das damit verbundene Kaschmir-Problem. Er war bemüht, mir das Problem vom indischen Standpunkt aus zu erklären und bat mich, Fragen zu stellen.

„Wir in Europa“, so begann ich, „haben den Eindruck, daß sich die Teilung Indiens sehr ungünstig auf die weltpolitische Lage auswirkt.“

ROOP CHANG: Natürlich betrachten wir Inder die Spaltung als ein Unglück. Sie brachte Indien und Pakistan nur um einen Schritt zurück.

ICH: Vor allem im Falle einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion dürfte sich wohl die jetzige Lage verhängnisvoll auswirken, da sie eine Schwächung der Abwehrkraft des indischen Kontinents mit sich bringt.

ROOP CHANG: Im Falle einer solchen Auseinandersetzung würde man doch wohl zusammenhalten, — wieder eine Einheit bilden.

ICH: Mir möchte das zweifelhaft erscheinen angesichts der Tatsache, daß Pakistan durch seine Religion, den Islam, ein gewisses Bollwerk gegen den Bolschewismus bildet, während Indien meines Wissens stark kommunistisch durchsetzt ist und so zur Sowjetunion hinneigt.

ROOP CHANG: Gewiß sind wir sowjetfreundlich, aber nicht kommunistisch. Wenn man ein Land heute verdächtigen will, behauptet man von ihm immer, es sei kommunistisch, obgleich das gar nicht der Fall ist.

ICH: In diesem Zusammenhang sehe ich nicht klar bezüglich des Kaschmir-Problems. Da Kaschmir eine 90prozentige mohammedanische Mehrheit besitzt, müßte es doch nach den für die Teilung geltenden Grundsätzen dem mohammedanischen Pakistan und nicht dem hinduistischen Indien zugesprochen werden.

ROOP CHANG: Denken Sie in politischen Dingen konfessionell?

ICH: Wie meinen Sie das, Exzellenz?

ROOP CHANG: Nach meiner Auffassung dürfen nicht religiöse Auffassungen und Gesichtspunkte die Bildung von Staaten bestimmend beeinflussen. Würden Sie nicht die Forderung Frankreichs zurückweisen, wenn es als katholisches Land das überwiegend katholische Rheinland, Bayern, Baden, kurz große Teile Westdeutschlands beanspruchen wollte?

ICH: Eine solche Parallele läßt sich doch kaum ziehen: Katholizismus und Protestantismus sind reine Religionen; der Islam und der Hinduismus aber sind religiös gegründete nationale Lebensformen, die den Völkern ihr Gesicht geben. — Im übrigen werden, wie man hört, nicht nur in Kaschmir, sondern in ganz Indien die Mohammedaner von den Hindus unterdrückt, so daß sie nicht in führende Stellungen gelangen können.

ROOP CHANG: Das ist nicht richtig. Indien hat zum Beispiel auch Mohammedaner zu Auslandsvertretern bestellt. (Später erfuhr ich, daß indische Diplomaten islamischen Glaubens nach Persien, Libanon, Saudisch-Arabien und Ägypten geschickt worden sind.)

ICH: Sodann fühlt sich, wie man allgemein hört, Pakistan so lange gefährdet, wie Kaschmir durch Indien besetzt ist.

ROOP CHANG: Inwiefern?

ICH: Alle Flüsse, die das große pakistanische Agrarland bewässern, der Indus, der Chenab, der Jhelum durchströmen Kaschmir oder entspringen dort. So besteht die Gefahr, daß Indien durch eine Umleitung oder Sperrung dieser Flüsse die Lebensader Pakistans unterbindet. Das Tiefland wäre dann dem Hungertode preisgegeben.

ROOP CHANG: Wenn man immer das Land beanspruchen könnte, in dem das Quellgebiet eines Flusses liegt oder das ein Fluß durchströmt, so müßte man, um in Europa das Beispiel der Donau zu wählen, Deutschland sowie Österreich, Ungarn und die Slowakei Rumänien zusprechen.

ICH: Aber Indien hat schon einmal in dem gegenwärtigen Konflikt den Ravi abgesperrt, der das fruchtbare Gebiet des Pandschab bewässert. Nur in langen Verhandlungen und durch Zahlungen konnte Pakistan diesen Gefahrenherd beseitigen.

ROOP CHANG: Kaschmir will autonom bleiben.

ICH: Mir dagegen wird hier in Karachi täglich versichert, daß Kaschmir dringend den Anschluß an Pakistan wünscht, da es schon wirtschaftlich nicht allein bestehen könne. So sind für die Haltung Kaschmirs nicht nur religiöse Gesichtspunkte maßgebend.

ROOP CHANG: Madame, man sollte in kontinentalen Blocks denken, die als Einheiten dem Bolschewismus eine wirkliche Macht entgegenstellen würden: der amerikanische Kontinent, — Europa, — Afrika, — die islamische Welt bis Indonesien, — Australien.

Dies leuchtete mir ein.

Der Gouverneur des pakistanischen West-Pandschab erklärt

Das Gespräch fand an meinem letzten Abend in Karachi statt. Am nächsten Morgen flog ich nach Lahore. Diese Stadt ist das alte Kulturzentrum im Norden Pakistans. Dort erfuhr ich Näheres über den Anschlag, den man gegen die paki-



Bevölkerungsverteilung in Kaschmir

stanische Regierung, in erster Linie den Premierminister Liaquat Ali Khan, geplant hatte und der im letzten Augenblick entdeckt worden war. Der Anstifter der Revolte war der pakistanische Generalstabschef Akhbar Khan. Man sagt, daß er stark sowjetfreundlich eingestellt sei und die Politik des Ministerpräsidenten als zu „westlich“ ablehne. In der Hauptsache aber erheben seine Freunde den Vorwurf gegen den Ministerpräsidenten, daß er das Kaschmir-Problem Indien gegenüber zu vor-

sichtig und zurückhaltend behandle. Akhbar Khan und seine Anhänger drängen in fieberhafter Ungeduld darauf, den offenen Kampf gegen Indien zu beginnen.

Der Premierminister Liaquat Ali Khan kam nach Lahore. Auf einer ihm zu Ehren veranstalteten Gartengesellschaft wurde ich dem Gouverneur der pakistani-

schen Provinz West-Pandschab, Sirdar Abdurab Nishtar, vorgestellt. Ich bat den Gouverneur in seiner Eigenschaft als Minister für die Angelegenheiten Kaschmirs um ein Interview.

Sirdar Abdurab Nishtar empfing mich in seinem Palais. Er ist Pathane, einer der riesenhaften Männer des Nordwestgrenzgebiets, eine imponierende Erscheinung von aristokratischem Wesen, in England erzogen, Jurist. In den hochgeschlossenen hellfarbigen *Shenawan* gekleidet, trug er weiße weite Leinenbeinkleider und die landesübliche silbergraue Lammfellmütze.

In seinen weitausholenden Ausführungen, in denen er die Geschichte Indiens skizzierte, vertrat er grundsätzlich den Standpunkt, daß eine Teilung Indiens in einen hinduistischen und mohammedanischen Teil unvermeidlich gewesen sei, und zwar ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen. Ein Land wie Kaschmir, das eine mohammedanische Bevölkerung von 90 Prozent aufweise, müsse zu Pakistan geschlagen werden. Die Nachteile und Vorteile Indiens dürften nicht, wie es jetzt vielfach geschehe, vorwiegend unter dem Aspekt einer sowjetischen Aggression betrachtet werden. Überhaupt könne nicht die gegenwärtige allgemein-politische Situation als Gradmesser für die Zweckmäßigkeit der Teilung dienen. Der Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern reiche zurück in die früheste Vergangenheit beider Religionsgemeinschaften. Der Islam sei ein radikaler Monotheismus, der Hinduismus ein schrankenloser Polytheismus. Der Islam sei bilderfeindlich bis zum Verbot der Darstellung belebter Wesen in der Kunst, der Hinduismus sei eine ursprüngliche Heimstätte der Idolverehrung. Während der Hindu die Tötung der Kuh als eines heiligen Tieres wie ein strafwürdiges Verbrechen ansähe, gehöre die Opferung der Kuh zu den Riten der mohammedanischen Feste. Die außerordentliche Kraft des Islam habe es vermocht, seine Anhänger zu einem Gemeinwesen eigener Art zu formen. Sie habe das Denken und Fühlen des Volkes so beeinflußt, daß die Lebensgewohnheiten der Hindus und Mohammedaner völlig verschieden, ja — gegensätzlich geworden seien. Wiederholte Versuche zu den verschiedensten Zeiten, die Kluft zu überbrücken, seien gescheitert. Insbesondere gelte das von den Versuchen, eine einheitliche Religion zu schaffen. Die Gegensätze hätten zu Haß und gegenseitiger Verachtung geführt. Diese Gefühle würden besonders von den Mohammedanern als ungerechtfertigt und kränkend empfunden. Die Mohammedaner besäßen ein ausgesprochenes Überlegenheitsgefühl, das sich auf ihre hohen kulturellen Leistungen gründe, wie sie insbesondere in den glanzvollen Bauten der Moghul-Epoche ihren Ausdruck fänden.

Es sei zugegeben, daß die Teilung Indiens, die in erster Linie von ideologischen Gründen bestimmt sei, die beiden neuen Staaten in eine schwere finanzielle Lage gebracht habe. Auch strategische Schwierigkeiten seien nicht zu verkennen. Schließlich werfe die Bildung Pakistans aus einem westlichen und einem weit davon entfernten östlichen Teil neue Probleme auf ...

„Aber,“ so schloß er seine Ausführungen: „Gott hat uns diese Jahre geholfen, es erschien unmöglich, einen Staat aus dem Nichts aufzubauen. Pakistan blüht und wächst. Es ist der größte mohammedanische Staat der Welt. Kaschmir gehört zu Pakistan. Gott wird uns dazu verhelfen. —“

Über Rawalpindi zur Grenze Kaschmirs

Wenige Tage nach diesem Interview in Lahore flog ich weiter nach Rawalpindi. Es war Ende April 1951. Der trockene Sommer hatte begonnen. Ich flog mit einer kleinen Dakota-Maschine. Die Fluggäste waren wild anmutende Afghanen und Männer der Gebirgsstämme am Khaibarpaß.

Wir flogen ziemlich tief. Klar erkannte ich in dem tief zerklüfteten Gelände die damals fast ausgetrockneten Flußbetten der Kaschmirströme. Plötzlich glaubte ich,

eine Fata morgana zu erblicken. Es waren die Schneehäupter der Himalajaketten, an denen wir entlang flogen.

Rawalpindi liegt in Nordpakistan, — in den Vorbergen des Himalaja. Schon unter der britischen Herrschaft war es eine wichtige Garnison. Jetzt ist es der Sitz des Oberkommandos der pakistanischen Armee sowie des Ministeriums für die Angelegenheiten Kaschmirs.

Ich suche das Kaschmirministerium auf und trage meine Bitte vor, *Azad Kashmir* bereisen zu dürfen, eine heroische Landschaft. Am dritten Tage erhalte ich die Genehmigung. Die Armee stellt mir einen amerikanischen Wagen und einen Dolmetscher zur Verfügung.

Schon zu früher Morgenstunde brachen wir auf. Wir kommen aus der Ebene der Sandstürme und Glutwinde, wie sie nur in diesem Lande dahinfegen können. Der Fahrer fährt schnell und sehr gewandt. Die untadelige Fahrstraße, die ständig an steilen Berghängen entlang führt, ist reich an Kurven. Unablässig hupt der Fahrer, um entgegenkommende Flüchtlinge und Hirten zu warnen. Der Wagen steigt und steigt. Nach zwei Stunden haben wir die Bergstation Murree erreicht, die 2300 Meter hoch liegt. Das ist wie Darjeeling im Osthimalaja ein Erholungsort für Leute, die in der heißen Jahreszeit der staubigen Ebene entfliehen wollen. Die kleine Bergstation, deren braune Holz-Bungalows wie Vogelnester verstreut an den Berghängen kleben, ist reich an Baumwuchs. Wie erlöst trinken wir die Hochgebirgsluft. Wir suchen den Kommandeur der *Intelligence School* auf und nehmen auf der Terrasse einen kleinen Imbiß aus Keks und Früchten zu uns. Er fordert mich auf, auf dem Rückwege einige Tage als sein Gast bei ihm zu wohnen, um mich von den Strapazen der Reise zu erholen.

„Doch nun müssen Sie einen Blick auf Kaschmir werfen,“ sagt er, „ich begleite Sie.“ Von Murree aus geht der Blick weit in die Ferne. Dort zwischen haushohen wilden Pflaumenbäumen, die mit ihren weißen Blüten wie schaumige Wolken gegen einen türkisfarbenen Himmel stehen, zwischen den rosa Schleiern der Mandel-, Aprikosen- und Pfirsichblüten sehe ich zum erstenmal die einzelnen Schneehäupter der Himalaja- und Karakorum-Ketten. Bei klarem Wetter soll man sogar den Nanga Parbat erkennen können. (Dort liegt unter Lawinen die deutsche Expedition begraben, die vor einem Jahre den Aufstieg wagte.) Der Wiesengrund ist mit wilder blaublühender Iris bedeckt. Mächtige Walnußbäume, blaugrüne Zedern wachsen an den Hängen. Hier und dort rauschen eiskalte kleine Gebirgsbäche. Unten in der Ebene war alles braun und verdorrt und wartete auf den Monsun, der wieder Leben in die Natur bringt.

Bei der pakistanischen Armee

Von hier an beginnt der Abstieg in das Kaschmirtal. Der gelbe reißende Jhelumfluß, ein Nebenfluß des Indus, begleitet uns zwei Tage lang. Er braust und rauscht tief unten im breiten Gebirgstal. An seinem Rande fahren wir in beträchtlicher Höhe wieder auf einer hervorragenden Bergstraße. Der Jhelum entspringt in Tibet und ergießt sich in den Indus. Er ist einer der fünf Flüsse des Fünfstromlandes Pandschab.

Am Spätnachmittag erreichen wir Muzzaffarabad, einen kleinen, hochgelegenen Gebirgsort, der das Tal abschließt und darum schon von weitem zu sehen ist. Kurz

vorher führt eine schmale lange Hängebrücke über den Jhelum. Sie ist aus Bambusstäben und Flechtwerk gefertigt und wirkt in der gewaltigen Natur wie ein Spinnengewebe. Wenn Fremde die Einheimischen im Laufschrift über die schwankende Brücke eilen sehen, befällt sie ein unbeagliches Gefühl.

Muzzaffarabad ist in den Kämpfen um Kaschmir stark zerstört worden. Jetzt ist das Hauptquartier der pakistanischen Armee dort untergebracht. Die Stadt atmet unvorstellbare Armut. Die verwahrlosten Lehmhäuser sind meist ohne Fenster, die Bauern zerlumpt. Die Händler in den Bazarstraßen leben in fensterlosen Buden, die aus Lehm, Steinen, Bambusstäben und zerbrochenen Holzplanken zusammengefügt sind. In das arme Gebirgstal kommt durch das Militär, den Bau von Straßen, die Errichtung eines Lazarets, durch die Lastwagen und die Flüchtlingshilfe etwas Fortschritt, vor allem Belebung des Handels. Dennoch wirkt natürlich alles nur provisorisch. Man spricht von Aufbauplänen, die verwirklicht werden sollen, „wenn ganz Kaschmir an Pakistan fällt“.

Die Nacht verbringen wir im Rasthaus der Regierung. Die Kost ist trotz vorzüglicher Zubereitung durch verschiedene scharfe Gewürze und den starken Fettgehalt auf die Dauer für den Europäer schwer bekömmlich. Aber die Nachtruhe hier oben ist in dem herrlichen Gebirgsklima ein Geschenk der Götter.

Am nächsten Morgen fahren wir zum Hauptquartier. Wir kommen an einer alten mongolischen Bastion mit hohen Wachttürmen vorbei. Pakistanische Truppen sind dort stationiert. Im Hauptquartier steigt der junge Offizier ein, der uns durch die Sperren begleiten soll. Aber zunächst muß ich mich noch einmal einer ausführlichen Überprüfung meiner Personalien unterziehen, die Stunden in Anspruch nimmt.

Endlich geht es weiter. Den ganzen Tag geht es an zahllosen Sperren vorbei, an denen wir uns ausweisen müssen. Immer noch rauscht der Jhelum-Fluß tief unten im Tal. Immer noch schlängelt sich unser Weg am Gebirge entlang. Wilde, weiß-braune Gebirgsziegen an den Abhängen, Sturzbäche in den Schluchten. Habichte und mächtige Geier schweben über dem Flußbett. Jede kleine Stelle an den Hängen wird genutzt: sie trägt Reisterrassen, in denen sich große weiße Wolken spiegeln.

„Dieser Weg führt bis zu Kaschmirs Hauptstadt Srinagar“, sagt der Offizier. „Wir sind nur 78 Meilen entfernt von der schönsten Stadt der Welt. Dort ist es noch weitaus schöner als hier. Dieses Tal ist nichts im Vergleich mit Srinagar und seiner Umgebung: Kanäle mit Booten, in denen man wohnt, — ein Paradies der Vegetation, Zedernwälder, blumenbedeckte Bergwiesen, umgeben von einer Gletscherwelt. Wissen Sie, daß Kaschmir auf Sanskrit „Land der Götter“ heißt? So nah und doch so fern...“, fügt er sehnsüchtig hinzu.

Am Spätnachmittag erreichen wir Chakoli, — die Demarkationslinie. Man erwartet unwillkürlich, auch auf der anderen Seite Truppen zu sehen.

„Drüben liegen auch welche, wenn Sie das auch nicht erkennen können“, erklären mir die Offiziere, als sie mich bis zur Brücke begleiten, die das Niemandsland bildet. Einer reicht mir sein Fernglas. „Sehen Sie da oben auf dem Hügel die Wachtürme mit den indischen Posten? Sie beobachten Sie jetzt ganz genau. Die Truppen sind drüben ebenso in Deckung wie wir hier. Das ist die moderne Taktik. Sie hat nichts mit Romantik zu tun.“

Als ich zurückfahren will, heißt es, daß der Oberst mich in der Offiziersmesse zum Tee erwartet. Zunächst erkenne ich nichts, als ich den Unterstand in den Geröllhalden betrete. Völlige Dunkelheit umgibt uns. Dann gewöhnt sich das Auge daran, und man ist froh, daß man kühl und verdunkelt sitzt und daß das Tageslicht nur durch die geöffnete Bretttertür einfällt. Fünf Offiziere werden mir vor-

gestellt und nehmen mit mir an dem schnell gerichteten Teetisch Platz. Die große Gastlichkeit, die alle auszeichnet, ist auch hier zu Hause. Man hatte mein Kommen gemeldet, und so hielt der Koch heißes Gebäck und kleine frische Kuchen bereit.

Man erkennt sofort an den Umgangsformen des kaum vierzigjährigen Obersten, daß er in britischer Tradition aufgewachsen ist. Als er erfährt, daß ich Deutsche bin, ist er geradezu begeistert: „Ich habe in Afrika Rommel gegenübergestanden. Die deutschen Soldaten sind die besten der Welt. Die Deutschen sind ein großartiges Volk!“ Ich bleibe fast eine Stunde, denn die Unterhaltung mit diesem intelligenten und liebenswürdigen Offizier ist sehr aufschlußreich.

Die pakistanische Armee ist eine moderne, disziplinierte Truppe. Jeder Offizier, den ich traf, hat Fronterfahrung aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Armee ist nach britischem Vorbild aufgebaut.

Kurz vor der schnell hereinbrechenden Nacht kehren wir nach Muzzaffarabad zurück.

Flüchtlinge

Am kommenden Tage besuche ich die Flüchtlingslager. Sie sind in verfallenen Ruinen eingerichtet und tragen nur provisorischen Charakter: es sind die Lager für die gerade erst angekommenen Flüchtlinge. Man bemüht sich, planmäßig der grenzenlosen Not Herr zu werden. Die Flüchtlingsfrauen haben ausnahmslos die *Chakra*, das kleine Spinnrad, das uns von den Bildern Gandhis her bekannt ist, gerettet, — sie drehen es auf der Erde sitzend mit der Hand. Die Männer sind an den Webstühlen beschäftigt. In den Lagerräumen zeigt man mir stolz die Erzeugnisse die hier entstehen.

Sie sind für mich eine schmerzliche Enttäuschung: der Name Kaschmir ist mit dem Begriff großer künstlerischer Handfertigkeit verknüpft. Kaschmir-Schals waren einst weltberühmt. Auf der Fahrt durch Kaschmir waren wir großen Ziegenherden begegnet, die an den steilen Abhängen weideten, — malerischen tibetanischen Ziegen mit seltsam baumelnden langen Ohren und einem weißen Fell, so langhaarig, daß es fast bis zur Erde herabfällt. Aus ihrer Wolle wurden bis vor kurzem die berühmten *Pashmina*-Schals gewoben. Auch der Grund der Teppiche wird daraus gefertigt und dann bunt bestickt. Ein Wunderwerk, das Kaschmir hervorbringt, ist der sogenannte Ring-Schal: er ist 8 Meter lang und 6 Meter breit und läßt sich gleichwohl mit Leichtigkeit durch einen Ring ziehen. Danach kann man sich eine Vorstellung machen, wie hauchfein dies Gewebe ist. Den Rohstoff hierfür liefern die Haare des Fliegenden Hundes. Die Kaschmiri sind auf vielen Gebieten des Handwerks ungewöhnlich künstlerisch begabt. Sie betreiben Stickerei, zu der sie Goldfäden verwenden, und haben einen sicheren Geschmack in der Farbenzusammenstellung und der Erfindung von Mustern. Aus dem Holz der Walnußbäume fertigen sie prachtvolle Möbel an. Sehr geschickt sind sie als Flechter: Hier sind die Erzeugnisse nicht nur Körbe und Taschen, sondern auch Möbel aus der überall wachsenden Weide.

Aber die Flüchtlinge, die man hier sieht, sind ausnahmslos in Lumpen gekleidet. Männer und Frauen tragen Wolldecken, in die ein großes Loch geschnitten ist, — gerade groß genug, um den Kopf hindurchzustecken.

Was weben die Kaschmiri heute? Ich war wirklich erschüttert: man zeigte mir stolz Stapel von Hemdentuchen, die in den Lagern gewebt werden, — gewöhnliche

Erzeugnisse, wie man sie ebensogut in Chemnitz oder Manchester kaufen könnte. Als ich mein Erstaunen darüber zeigte, wurde mir bedeutet, man müsse sich dem Weltmarkt anpassen. Niemand kaufe noch die kostbaren Kaschmir-Schals. Reisende gebe es auch nicht mehr: der Fremdenverkehr ist erloschen. So versinkt Kaschmirs Kultur in dem Schmelztiegel einer verwestlichten Zivilisation.

Die Kaschmirfrauen sind wohl die schönsten Frauen des Subkontinents. Sie sind zartgliedrig und haben lichtbraune Haut und tiefschwarzes Haar. Ihre Züge sind regelmäßig, ihre Augen kindlich und keusch. Ihr Wesen ist von unendlichem Liebreiz. Sie tragen reichen Schmuck: Bündel von silbernen Ohrgehängen, die oft die Ohrläppchen zerreißen, mit Türkisen und Korallen besetzt, wie ich sie einmal bei den tibetanischen Frauen gesehen habe. Auch die großen Nasenringe und Nasenknöpfe sind mit diesen Steinen geziert, die symbolische Bedeutung haben.

Am Nachmittag des dritten Tages fahren wir nach Abbotabad. Hier besuchen wir eine von britischen Geistlichen geleitete Missionsschule. Sie hat bis 1947 in Kaschmir gearbeitet. Nachdem elf Europäer der Mission durch die hereinstürmenden Pathanen ermordet worden waren, siedelte die Schule nach Abbotabad über. Früher bot sie als Internat britischen Kindern die Gelegenheit, in dem gesunden Gebirgsklima aufzuwachsen. Jetzt ist sie Erziehungsanstalt für 260 mohammedanische Knaben der höheren Kreise. Nur 12 Mischlinge (Anglo-Inder), werden dazwischen im christlichen Glauben erzogen. Aber mitten unter den strenggläubigen Moslemkindern ist die Unterweisung in der christlichen Religion schwer durchführbar, und das umso mehr, als der Islam durch seine gesunde Realistik, die metaphysischen Spekulationen abhold ist, starke Anziehungskraft besitzt.

Kurz darauf fahren wir nach Wah. Das ist das größte Flüchtlingslager Kaschmirs, — eine trostlos anmutende Barackenstadt in toten Steinhalden nahe bei Taxila, eine Barackenstadt für 17 000 Flüchtlinge.

Es gibt fünf solche Lager für etwa 50 000 Flüchtlinge. Die anderen sind schon weitergewandert in die pakistanische Ebene. Die Männer arbeiten hier in Zementfabriken. Die Frauen spinnen, weben und werden im Nähen unterrichtet. Jede Familie lebt und kocht für sich. Unter einer Familie hat man hier stets einen Familienverband zu verstehen: der Mann nebst Frau und Kindern lebt zusammen mit seinen Eltern, Brüdern Schwestern, Schwägern und deren Kindern, sowie seinen Großeltern, Onkeln und Tanten. So bestanden die meisten Familien, die ich während meiner Reise besuchte, aus etwa 30 Personen, die ich nie auseinanderhalten konnte, — umso mehr als man einen Schwager auch als Bruder bezeichnet.

Der Kommandant des Flüchtlingslagers Wah, Major Sharif Khan, und zwei Offiziere führen mich durch die ganze Anlage. Sie ist vorbildlich organisiert. Es herrscht peinliche Sauberkeit. Ich sehe die Wohnstätten, die Lagerräume, die Unterhaltsräume mit dem unvermeidlichen Schach, einem Spiel, das ursprünglich aus Persien gekommen ist. Ich suche das Spital auf, in dem drei Ärzte ihr Möglichstes tun. Gegen die Malaria wird hier sogar prophylaktisch angekämpft.

Anschließend bittet mich der Major, dessen Frau wie die meisten Frauen Pakistans noch in der Verschleierung lebt, in sein Haus. Als wir stehend das Mahl einnehmen, berichtet er, im Lager herrsche große Aufregung. Man nehme an, ich komme von der UNO, um den Flüchtlingen zu sagen, daß sie wieder in ihre Heimat zurückkehren könnten — nach Kaschmir — ins Land der Götter.

Argentiniens Nöte

Teuerung

Das Auffälligste an der jüngsten Wirtschaftsentwicklung Argentiniens, das für viele das ersehnte Paradies ist, ist das unheimliche Steigen der Preise. Dazu kommt der Mangel, — bald fehlt dies, bald jenes. Heute gibt es keine Streichhölzer, morgen keinen Reis, dann fehlt der Kaffee, der Zucker, selbst der *Mate*. Der billige Tischwein, obwohl er reichlich im Lande gebaut wird, war zeitweilig ganz verschwunden. Die Qualität vieler Waren sinkt beunruhigend ab. Dahinter stehen Händlerringe, die für alle möglichen dunklen, zum Teil politischen Hintermänner Waren aufkaufen, den Markt stören oder einfach an der steigenden Tendenz der Preise verdienen wollen. Die *Sintesis Estadística Mensual* des Ministeriums für Technische Angelegenheiten zeigt von 1943 bis jetzt ein beunruhigendes Steigen aller Preise. Die Kosten für die Ernährung eines ungelernten Industriearbeiters und seiner Familie haben sich in dieser Zeit verdreifacht, die Kosten für Bekleidung vervierfacht, die Baukosten haben sich verfünffacht. Die Kosten für Ernährung sind in einem Rhythmus von 33 Prozent jährlich gestiegen, die Bekleidungskosten in einem Jahresrhythmus von 40 Prozent. Bei Bauten wird jetzt ein Betrag von 1300 *Pesos* für den Quadratmeter ohne Garantie für die endgültigen Kosten branchenbräuchlich zugrundegelegt.

Mittelstand in Not

Wenn schon die Lebenshaltung der ungelernten Arbeiter so durch die Teuerung bedroht ist — und sie können bei der ungeheuer starken Stellung der Gewerkschaften in Argentinien noch am ersten ihre Löhne der Teuerung angleichen —, so wird die Lage des Mittelstandes immer bedrohlicher. Er muß einfach gewisse Kulturansprüche aufrecht erhalten, die Erziehung seiner Kinder läßt sich nicht auf die Bedürfnislosigkeit einer eben erst aus dem Innern gekommenen Halbindianerfamilie herabdrücken. Dieser Mittelstand aber, dessen Lebenshaltungskosten jedes Jahr um etwa 40 Prozent steigen, kommt heute schon nicht mehr mit. Man verrät kein Geheimnis, wenn man ausspricht, daß der größte Teil der argentinischen Beamtenschaft sich schwer beim *Almacenero*, dem Lebensmittelhändler, verschuldet hat und daß ein Teil der gebildeten Berufe in schwerer Not ist. Für die geistigen Bedürfnisse bleibt da wenig — ein Buch neuer Produktion von einigermaßen größerer Bedeutung kostet bereits zwischen 50 und 100 *Pesos*.

Wer ist schuld?

Die Verantwortung für diese quälende „Teuerung“ wird von der Opposition natürlich gern der Regierung Peron zugeschoben. In Wirklichkeit hängt sie mit dem Steigen der Weltmarktpreise zusammen. Die USA beherrschen nun einmal

die Westliche Welt und legen gewissermaßen durch eine allgemeine Verteuerung der Grundstoffe die Kosten des Korea-Krieges auf alle Beteiligten und „Lieber-nicht-Beteiligten“ um. Kautschuk, Wolle, Eisen, Kohle, Baumwolle — alles ist teurer geworden. Argentinien, dem wichtige industrielle Rohstoffe fehlen, leidet auch darunter. Dazu sind die argentinischen Zölle nicht nur hoch, der sehr langsame und schleppende Zollbetrieb — weil faktisch fast alle Einfuhr über den Hafen Buenos Aires geht — kostet Zeit, und Zeit ist in der Weltwirtschaft sehr viel Geld.

Der argentinische Staat leidet wie jeder Privatmann unter der Teuerung, — und versucht wie der Privatmann seine Einkünfte zu steigern. Die Steuern wachsen. Alle Postgebühren sind verdoppelt, der Preis für Treibstoffe ist um 70 Prozent erhöht worden. Der riesige Beamtenapparat verschlingt viel, — abgesehen von den Kosten der staatlichen Handelsflotte und den Eisenbahnen kostet die Verwaltung bereits 12 410 Millionen *Pesos* von den 45 000 Millionen *Pesos* Nationaleinkommen, mit den beiden Sonderverwaltungen sogar 17 958 Millionen, also 28 Prozent, bzw. 40 Prozent. Das ist bedenklich viel für eine junge Volkswirtschaft. Auch die Gehälter des riesigen Beamtenapparates sind aufgebessert worden, müssen aber zweifellos noch weiter erhöht werden, wenn man nicht das Unwesen der *coima*, des Schmiergeldes, und vor allem der bürokratischen Verschleppung der Dinge (um den Antragsteller zu zwingen, dem bearbeitenden Beamten „hintenrum“ etwas zukommen zu lassen) noch mehr ins Kraut schießen lassen oder gar wieder so unangenehme Überraschungen erleben will wie die drei Eisenbahnerstreiks Ende 1950 und Anfang 1951.

Auch in der Privatwirtschaft hat man — von Juni 1950 bis jetzt um 19 Prozent! — die Löhne und Gehälter erhöhen müssen. Der Geldumlauf ist von 7 805 Millionen *Pesos* im Jahre 1945 auf 24 027 Millionen im Jahre 1950 gestiegen. Das alles sieht wie eine Inflation aus. Es ist aber keine. Bei einer echten Inflation steht einer übergroßen Menge Geldes eine zu kleine Menge von verkäuflichen Produkten gegenüber. Man kann nicht sagen, daß etwa die argentinische Produktion als solche notleidend wäre. Im Jahre 1940 betrug der Wert der Gesamtproduktion 5 260 Millionen *Pesos*, 1948 lag er bei 8 650 Millionen *Pesos* und 1950 auf 7 120 Millionen *Pesos*. Die Schwierigkeit liegt also nicht auf der Produktionsseite. Auch die borniertesten Gegner des Präsidenten Peron geben zu, daß der industrielle Produktionsapparat Argentiniens unter ihm ganz erheblich erweitert und gesteigert worden ist. Und gerade die steigenden Weltmarktpreise für Wolle, Fleisch, Fett und Getreide geben auch der argentinischen Landwirtschaft Auftrieb. Es liegt also nicht an der Produktion. Es ist auch genug Arbeit vorhanden — wer nur irgend will, kann soviel Arbeit finden wie er will.

Eher schon ist das rasche Steigen der Bevölkerung ein Grund für die Krise. 1945 betrug die argentinische Bevölkerung 15 546 000 Menschen. 1950 war sie auf 17 430 000 Menschen angewachsen. Teilt man den Gesamtwert der erzeugten Güter durch die Zahl der Einwohner, so kommt man nach dem Pesostande von 1943 zu folgenden Summen auf den Kopf des einzelnen Landeseinwohners: 1945: 347; 1946: 388; 1947: 486; 1948: 525; 1949: 477; 1950: 413 *Pesos*.

Nutznieß der Soldatensozialismus

Auf den Höhepunkt des Jahres 1948, als Argentinien mit großen Vorräten an Gold und Forderungen aus dem Kriege gekommen war, folgte ein spürbares Absinken. Die Summe der Güter, die auf den Einzelnen entfallen, wird immer kleiner. Das liegt zum kleineren Teil an der Übersetzung des Behördenapparates — zuviel Menschen verwalten, zu wenig produzieren. Die *tramitaciones*, der Aktengang, verschlingen viel zu viel Zeit.

Das liegt aber noch stärker an den Arbeitern. Gegenüber der Leistung der Arbeiter im Jahre 1939 ist die Durchschnittsleistung des argentinischen Arbeiters im Jahre 1950 12 Prozent niedriger. Die Regierung versucht, durch Arbeitswettbewerbe und Auszeichnung besonders tüchtiger Arbeiter die Leistung zu heben. Aber damit ist der allgemeinen Neigung zum „Blaumachen“ oder zum Vertrödeln der Arbeitszeit nicht abgeholfen. Der Arbeiter ist so lange verhätschelt worden, seine Stellung im Betriebe ist rechtlich so überwältigend gegenüber der des *Patron* geworden, daß er sich nur noch wenig anstrengt. Er weiß ja, daß er noch eine dicke Entschädigung bekommen muß, wenn der verzweifelte Unternehmer ihn schließlich vor die Tür setzt. Auch daß er ihm keinen Grund gibt, ohne Entschädigung entlassen zu werden, dafür ist er *vivo*, schlau, raffiniert, durchtrieben. Es fehlt einem erheblichen Teil der aus Indios, Sizilianern, der alleruntersten Schicht Südspaniens und Nachkommen der *Gauchos* zusammengesetzten Arbeiterschaft jener Geist harter Pflichttreue, wie sie etwa unser westfälischer Arbeiter hat.

Und darin, daß diejenigen, für die Präsident Peron sich mit seinem grundständigen „Soldaten-Sozialismus“ einsetzt, eine große Sozialarbeit mehr ausnützen als tragen, liegt die Tragödie in dem Kampf um den nationalen Arbeiterstaat, den der Präsident und die besten der Peronisten führen.

BERICHTE

Unsere Berichte ersetzen nicht die Nachrichten, die von einer Zeitung gebracht werden. Wohl aber ergänzen sie die laufenden Nachrichten durch Mitteilungen, für die in der Presse kaum Platz ist. Sie bemühen sich um Berichterstattung ohne eigene Stellungnahme.

IN DIESEM HEFT

Danzig	Großbritannien	Rumänien
Nigerien	Sowjetunion	Ägypten
USA	Polen	Korea
Österreich	Samoa	Ungarn
		Ekuador

Drang nach Westen in Österreich

Die Volkszählung in Österreich vom 1. 6. 1951 - die letzte fand am 22. 3. 1934 statt - ergab:

	1934	1951
Gesamtbevölkerung	6 760 233	6 918 959 + 2,3 %
Großstadtbewohner		35 %
Kleinstädte u. Märkte über 1000 E.		25 %
Siedlungen unter 1000 E. u. Einzelhöfe		40 %
Landwirtschaftliche Bevölkerung		knapp 30 %
Bevölkerungsdichte (Bundesdurchschnitt)		82,5 pro qkm
Haushaltungen		2,22 Mill.
Personenzahl je Haushalt	3,7	3,1 — 16,2 %
Wohnhäuser		891 500
Haushaltungen je Wohnhaus (Bundesdurchschnitt)		2,5
Personen je Wohnhaus		7,75
Bodenfläche des Bundesgebietes		8 350 000 ha
davon Alpenzone		57 %
Flach- und Hügelland		32 %
Hochland (Granitlandstufe d. böhm. Masse)		11 %
Landwirtschaftliche Betriebe		etwa 450 000
davon bis 5 ha Nutzfläche		255 000
5— 50 ha ldw. Nutzfläche		187 000
50—100 ha „ „		3 700

Diese Zahlen zeigen die Tatsache, daß trotz fortschreitender Industrialisierung und Verstädterung 40 Prozent, also etwa 3 Millionen Menschen, in ländlichen Siedlungen unter 1000 E. leben, obwohl Österreich mit 35 Prozent Großstadtbevölkerung nach Australien und Großbritannien an dritter Stelle aller Länder der Welt steht. Die geringe Bevölkerungszunahme von nur 2,3 Prozent trotz der starken Einwanderung von Heimatlosen und Vertriebenen dürfte nur zum Teil durch die Kriegsverluste zu erklären sein. Sie läßt ebenso wie das Absinken der Personenzahl je Haushalt Schlußfolgerungen auf ein Absinken der Geburtenzahlen zu.

Im Jahre 1934 betrug die Bevölkerung der drei östlichen Bundesländer (jetzt Sowjetische Besatzungszone), Wien (Land), Niederösterreich und Burgenland, zusammen 54,5 % der österreichischen Einwohnerschaft.

Sie ist bis 1951 auf 47,5 % zurückgegangen. Dagegen ist die Gesamtbevölkerung der sechs westlichen (jetzt von den Westalliierten besetzten) Bundesländer von 45,5 % auf 52,5 % gestiegen.

62 der politischen Bezirke Österreichs (entsprechen annähernd den Landkreisen) von insgesamt 92 erhielten einen Einwohnerzuwachs, die 30 Bezirke, deren Einwohnerzahl zurückgegangen ist, liegen in Niederösterreich und im Burgenland.

Es ergibt sich demnach eine beachtliche Ost-Westwanderung innerhalb des Bundesgebietes. Ihre Ursachen sind zu einem Teil in der Neuerrichtung und Erweiterung von Industriezentren in den westlichen Bundesländern zu suchen (Hermann-Göring-Werke, jetzt VÖST in Linz, Aluminiumwerk Ranshofen, Zellwollefabrik Lenzing, Steyrwerke u. v. a. m.), die zwischen 1938 und 1945 erfolgt sind, teilweise in der Bevorzugung der

Die Bundesländer

Bundesland	Bevölkerungszahl	Dichte pro qkm	Personenzahl je Haushalt
Wien	1 760 784 — 15,6 ‰	1 448,7	2,4
Niederösterreich	1 249 610 — 3,6 ‰	68	3,2
Oberösterreich	1 107 562 + 22,7 ‰	92,5	3,4
Steiermark	1 106 581 + 9 ‰	67,5	3,4
Kärnten	474 180 + 17 ‰	49,7	3,8
Tirol	426 499 + 22,2 ‰	33,7	3,7
Salzburg (Land)	324 117 + 31,9 ‰	49,3	3,4
Burgenland	275 911 — 7,8 ‰	69,6	3,8
Vorarlberg	193 715 + 24,7 ‰	74,5	3,8

Die wichtigsten Städte

	Bevölkerungszahl		Änderung	Personenzahl je Wohnhaus
	1934	1951		
Wien	2 086 300	1 760 784	— 15,6 ‰	18,7
Graz (Steiermark)		226 271		12,1
Linz (Oberösterreich)		185 177	+ 60,6 ‰	18,4
Salzburg (Stadt)		100 096	+ 43,5 ‰	12,4
Innsbruck (Tirol)		94 599		16,7
Klagenfurt (Kärnten)		62 792		9,4

nichtsovietischen Besatzungszonen durch Heimatvertriebene sowie in der Abwanderung von Bombenflüchtlingen aus Wien und von österreichischen Einwohnern vor der zurückweichenden Ostfront im Jahre 1945. Auch die geringeren Geburtenzahlen Wiens gegenüber den westlichen Bundesländern dürften eine gewisse Rolle spielen, sowie die Lage Wiens an der östlichen Peripherie des Bundesgebietes, denn seine einstige Rolle als zentrales Zuwanderungsziel für alle Kronländer der alten Donaumonarchie ist fortgefallen.

F. K.

Freiheit für die Minderheiten

In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen entfaltete der Verband der Europäischen Minderheiten, in dem die deutschen Volksgruppen eine führende Stellung einnahmen, eine rege Tätigkeit. Es gelang ihm, den Minderheiten beim Völkerbund Beachtung zu schaffen und die Grundlagen für ein Volksgruppenrecht zu legen. Bei der Wiederaufnahme der Minderheitenschutzarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg spielten die deutschen Volksgruppen nicht mehr eine führende Rolle.

Anfang Juni tagte der *Conseil fédéral des minorités et régions européennes* in Kopenhagen, nachdem er 1949 die erste größere Tagung in Versailles abgehalten und die Arbeit mit einer großen Tagung 1950 in Leeuwarden in der niederländischen Provinz Friesland, also im Gebiet der westfriesischen Volksgruppe, fortgesetzt hatte. Diesem Verband gehören echte Volksgruppen an, die durch ihre Sprache oder andere kulturelle Äußerungen ein eigenständiges Sonderdasein in der Bevölkerung eines Staatsgebietes führen, aber auch Vertreter von Sonderinteressen bestimmter Landschaften, also „Regionalisten“ oder „Partikularisten“, die wohl landschaftliche Besonderheiten ihrer „Region“, nicht aber einen Volkstumsuntergrund zur Grundlage ihrer Politik machen. So fanden sich in Kopenhagen Vertreter der Schotten, Waliser, Basken, Bretonen, Wallonen, Westfriesen, Nordfriesen, Helgoländer, Finnlandschweden sowie Teilnehmer aus der Picardie, dem Aosta-Tal, dem Tessin, Cornwall und Deutsche aus Nordschleswig sowie dänisch Gesinnte aus Südschleswig, dazu Deutsche aus Südtirol zusammen. Ursprünglich hatte Dr. Baum-

gartner von der Bayernpartei zum Präsidium des Rates gehört — an dessen Spitze der dänische Außenminister Ole Björn Kraft steht —, er war aber weder in Leeuwarden noch in Kopenhagen anwesend. In der Person Krafts wird die Verbindung zum Europarat in Straßburg hergestellt, denn er ist dessen Vizepräsident.

Der Generalsekretär des Kongresses, Poul Skadegaard, Mitglied der dänischen Delegation im Europarat, begrüßte als Gastgeber die Delegierten der Minderheiten. Die europäischen Schwierigkeiten seien dadurch so kompliziert worden, daß man schon in Versailles, noch mehr aber jetzt, die kleinen und schwachen Staaten und Volksgruppen im Spiel der politischen Kräfte wenig oder kaum berücksichtigt habe. Auf diesen Anspruch des belgischen Politikers Spaak wurde noch mehrfach hingewiesen. Die drei Aufgaben des Kongresses waren 1. eine für beide Seiten befriedigende Behandlung des „Schleswig-Problems“, 2. das Suchen von Wegen zur Herstellung einer kulturellen Wechselwirkung zwischen den einzelnen Ländern und Volksgruppen, 3. die Verstärkung der Organisation des Verbandes der Minderheiten.

Unter maßgeblicher Mitwirkung des deutschen Vertreters aus Nordschleswig wurde eine für beide Teile annehmbare Formulierung über Schleswig gefunden, wobei entsprechend dem Wunsch der Deutschen festgestellt wurde, daß die wirtschaftliche Existenz der Minderheitsangehörigen gewährleistet sein müsse. In der Entschließung wird die Bildung eines europäischen Gerichtshofes gefordert, der bei Streitigkeiten zwischen den Staaten und ihren Minderheiten entscheiden soll. Abweichend von der römischen Konvention (über die Menschenrechte) des Ministerausschusses im Europarat, die nur Staaten das Recht zur Anrufung des Gerichtshofes geben will, fordert der Kongreß, daß auch Einzelpersonen, Gruppen oder Vereinigungen — ob sie zu einer Minderheit gehören oder nicht — das Recht auf Gehör vor dem Gerichtshof haben sollen.

Es wurde beschlossen, ein dauerndes Büro zunächst in Kopenhagen einzurichten, in dem alle Dokumentationen über Minderheiten gesammelt werden sollen.

Der Franzose M. Marc warnte eindringlich vor den Gefahren des „Etatismus“ und

wandte sich dagegen, daß bisher im Verhältnis der Völker und Staaten untereinander die Zahl maßgebend gewesen sei, wohingegen es darauf ankomme, daß man sich nach der „Qualität“, nach den „fundamentalen Tatsachen, den Volksgruppen und Minderheiten“ richten solle. Man müsse dem Generalsekretär des Verbandes alle Unterlagen geben, damit er die Rechte der Minderheiten überall wirkungsvoll vertreten könne.

Während bisher nur Englisch und Französisch Verhandlungssprachen waren, wurde gemäß der Tradition der Minderheitenarbeit und der Bedeutung der deutschen Beteiligung auf Antrag der deutschen Volksgruppenvertreter aus Nordschleswig die deutsche Verhandlungssprache als gleichberechtigt anerkannt.

In das Präsidium wurden neu gewählt: Miss Charles aus Cornwall, R. Jörgensen von der dänischen Minderheit in Südschleswig und Carsten Boysen aus Nordfriesland. Die ursprünglich angesetzte Studienfahrt in den deutsch-dänischen Grenzraum fiel aus, die Teilnehmer begnügten sich mit einer Besichtigungsfahrt auf der Insel Seeland.

Für die beiden deutschen Volksgruppen in Nordschleswig und Südtirol, in denen allein die in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts entwickelte politische Lebensform „Volksgruppe“ die fürchterliche „Bereinigung“ des Zweiten Weltkrieges überlebt hat, bieten diese Kongresse eine willkommene Gelegenheit, ihre Sorgen vor der europäischen Öffentlichkeit vorzutragen. Dafür gibt es keine andere Stelle, solange selbst in der kleinen, vom Sturm verschonten Restzone alteuropäischer Ordnung Etatismus und engherziger Nationalismus noch immer auf das Einschmelzen eigenständiger Volksgruppen oder Minderheiten in ein „Staatsvolk“ bedacht sind.

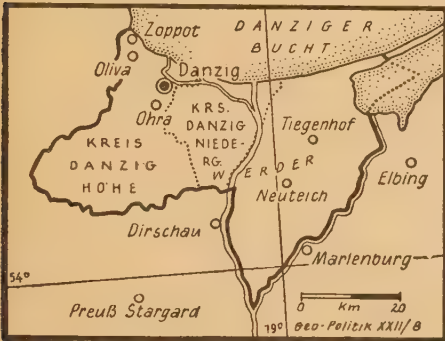
Die klassische Heimat deutscher und nicht-deutscher Volksgruppenentwicklung, Ostmitteleuropa, war nicht vertreten.

P.

Danziger Wahlen

Auf Grund des Artikels 100ff. des Friedens von Versailles wurde am 10. Januar 1920 die Stadt Danzig und ihre Umgebung vom Deutschen Reich getrennt und am 15. November 1920 zum selbständigen Staat erklärt. Das Staatsgebiet umfaßte 1951 qkm einschließlich einer Wasserfläche von 58 qkm

des Frischen Haffs. Es war außer den beiden Städten Danzig und Zoppot eingeteilt in die drei Landkreise Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großes Werder. Die Einwohnerzahl betrug 1919 357 000, 1939 403 000. Die Freie Stadt war ein souveräner Staat unter dem Schutz des Völkerbundes. Sie besaß eine eigene Zollverwaltung im Rahmen eines gemeinsamen Zollgebiets mit der Republik Polen. Die polnische Regierung vertrat Danzig nach außen entsprechend den Wünschen des Danziger Senats. 2,5 bis 3,5 Prozent der Bevölkerung bekannten sich bei Wahlen zum polnischen Volkstum.



Durch die Potsdamer Beschlüsse wurde das Gebiet der ehemaligen Freien Stadt, das vom 1. September 1939 an wieder zum Deutschen Reich gehört hatte, gemeinsam mit den anderen nordostdeutschen Provinzen unter polnische Verwaltung gestellt. Die Bevölkerung wurde, soweit sie den Beschuß überlebt und sich nicht über See in Sicherheit gebracht hatte, vertrieben.

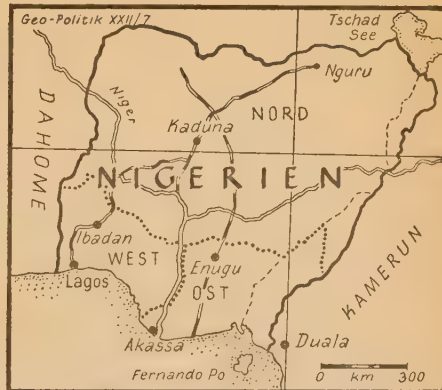
Die Danziger sind der Ansicht, daß ihnen mindestens der in Versailles zugebilligte Status zukomme, wenn man schon das Rad der Geschichte zurückdrehen wolle. Sie bemühen sich durch ihre Organisation, den „Bund der Danziger“, um den Gewinn einer „Danziger Staatsbürgerschaft“, die gesondert von den Entscheidungen über die nie vom Reich getrennten Deutschen zum Recht auf die alte Heimat führen soll. 120 000 Danziger wurden im Bundesgebiet als stimmberechtigt ermittelt. Aus ihrer Mitte wurden am 3. Juni 53 Wahlmänner gewählt (20 allein in Schleswig-Holstein). Die Wahlmänner traten am 24. Juni in Lübeck zur Wahl der Danziger Volksvertretung in einer Stärke von 36 Abgeordneten zusammen. Die Volksvertretung wählte am 5. August eine Spitze mit regierungsfähnlichen Vollmachten, dar-

unter Rechtsanwalt Dr. Sternfeld-Lübeck als „Präsident“ und Rechtsanwalt Dr. Langguth-Hamburg als „Vizepräsident und Sachbearbeiter für auswärtige Angelegenheiten“. Diese gewählte Vertretung der Danziger will sich an die Mitgliedsstaaten der UNO und an den Internationalen Gerichtshof im Haag mit dem Ersuchen um Wiederherstellung ihrer Rechte wenden.

Nigerien erhält eine Verfassung

Am 1. Juli wurde die neue Verfassung für die britische Kolonie Nigerien in Westafrika verkündet. Sie gibt den mit der Verwaltungsorganisation von 1946 unternommenen Versuch, die Kolonie mit ihren annähernd 30 Millionen Menschen als einheitliches Gebiet zu behandeln, auf und will offensichtlich durch eine föderalistische Politik dem gesamt-nigerischen Nationalismus des *National Council of Nigeria and the Cameroons* und seinem Führer Dr. Azikiwe das Wasser abgraben.

Der neue Verwaltungsgrundsatz geht von der unbestreitbaren Tatsache aus, daß erst die britische Herrschaft die Länder und Völ-



ker der heutigen Kolonie zu einer gemeinsamen Ordnung zusammengebracht hat (1906 Zusammenschluß von „Südnigerien“ und der ursprünglich von der Goldküste aus verwalteten Kolonie „Lagos“, 1914 Unterstellung der Emirate Nordnigeriens unter den gemeinsamen Gouverneur, erst 1947 Teilnahme von Vertretern des Nordens an den Sitzungen des Gesetzgebenden Rats). Jetzt wird das Gesamtgebiet, das den vierfachen Flächenumfang Großbritanniens hat, in drei Territorien eingeteilt: Nord, West und Ost,

die noch im Jahre 1951 ihre Parlamente wählen sollen.

Über die Hälfte der Bevölkerung wohnt im Norden, der lange Zeit hindurch das klassische Gebiet der „indirekten Herrschaftsmethode“ Großbritanniens war, in der sich die Weißen möglichst zurückhielten und die traditionellen eingeborenen Herrscher, in diesem Falle die muslimischen Emire, nur „berieten“. Der Islam im Norden ist konservativ.

Im Westen der südlichen Landschaften herrscht das Volk der Yoruba vor, in dem der Islam modernere Ansichten vertritt. Außerdem gibt es hier aber auch zahlreiche andere ethnische Gruppen, z. B. die eigenwilligen Bini. Azikiwe N.C.N.C. erfaßt die politisch aktiven Gruppen des aufgeklärten Elements. Die britischen Behörden stellen mit Genugtuung fest, daß neuerdings die Yoruba-Organisation *Egbe Omo Oduduwa* ein gemäßigtes Gegengewicht gegen die N.C.N.C. bildet.

Der Osten, dem die Ibo das Gepräge geben, ist der islamischen Mission nicht erlegen. Auf dem Umweg über die Bekehrung zum Christentum oder ohne diese Vermittlung sind die Ibo zu modernem Denken und politischer Aktivität gebracht worden. Ihre armen Böden sind landwirtschaftlich überbevölkert, sie gehen auch in anderen Bezirken der Kolonie auf Arbeitssuche in den Bergwerken, im Handel, in der Verwaltung. Ausbrüche wie die Bergarbeiterunruhen in der Hauptstadt der Ostprovinz Enugu im Jahre 1949 werden den Ibo in die Schuhe geschoben.

Die Wahlen für die Provinzparlamente in den drei Hauptstädten Enugu, Kaduna und Ibadan sollen indirekt sein. Die Abgeordneten der Regionalparlamente ihrerseits sollen 136 von den 148 Abgeordneten des Zentralparlaments in Lagos wählen, 12 Sitze sind für Beamte und Vertreter der Geschäftswelt reserviert. Britische Berichterstatter sind der Ansicht, daß die doppelte Komplikation der indirekten Wahlen und des Föderalismus die Gefahr ausschließt, daß nach dem Vorbild von Kwame Nkrumah an der Goldküste eine Gruppe oder gar ein einzelner Mann die Führung an sich reißen könne. Die aktiveren Gruppen der Yoruba und der Ibo rechnen damit, daß die konservativen Elemente des Nordens ihr zahlenmäßiges Gewicht im Zentralparlament hemmend zur Geltung bringen werden.

Die nigerischen Gewerkschaften sind gut organisiert und scheuen vor Machtproben nicht zurück. Eine Gruppe junger Eingeborener aus Nigerien hat im Sommer 1951 ihr Studium an Universitäten der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands aufgenommen. Die Kommunisten halten es für nicht schwierig, Kaders in Nigerien bilden zu können.

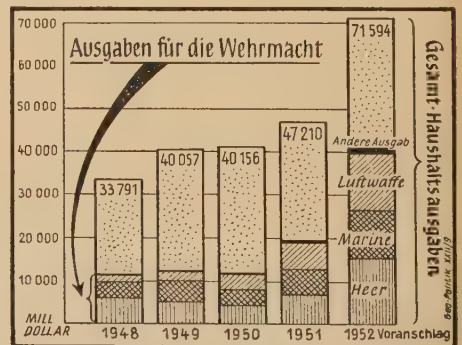
Im Februar 1916 besetzten britische Kolonialtruppen den angrenzenden Gebietsstreifen Kameruns, in dem heute über eine Million Bantu- oder Sudaneger leben. Das B-Mandat von 1922 wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Treuhänderschaft für die Vereinten Nationen umgewandelt. Der Norden des Gebiets ist auf drei Provinzen der Nordregion Nigeriens aufgeteilt, der Süden bildet zwei Provinzen im Rahmen der Ostregion.

Quellen: Sir Alan Burns, *History of Nigeria*, 4 Allen & Unwin, London 1948; Daryll Forde & Richenda Scott, *The Native Economies of Nigeria*, Faber, London 1946.

*

Kampf der Wehrmachtsteile um Haushaltsmittel und Prestige

Unter dem Verteidigungsminister General Marshall ging in den USA die Rivalität der Wehrmachtsteile weiter wie zu den Zeiten, als Luftwaffe und Marine in öffentlichen Sitzungen von Kongreßausschüssen aufeinanderprallten. General Marshall sagte, die Luftwaffe benötige mit Rücksicht auf ihre



Aufgaben in Europa mehr als den bisherigen Anteil. Im Haushaltsjahr 1952 soll nach den bisherigen Plänen das Heer 20,7 Milliarden Dollars, die Marine 15,1 und die Luftwaffe 19,8 erhalten. Der Gesamtetat für die Wehrmacht soll 60,7 Milliarden betragen. 1953 wollen die Oberbefehlshaber 70 Milliarden fordern, von denen über 40 an die Luftwaffe gehen sollen.

Verantwortliche Politiker sind sich ebenso über die Notwendigkeit zu dieser Gewichtsverlagerung wie über die Gefahr im klaren: eine einsatzfähige Großluftwaffe verleitet zum Gedanken an einen Präventivkrieg und außerdem zu der Vorstellung, man könne einen Sieg „billig“ haben. Eine teure Luftwaffe soll Ausgaben für das Heer sparen!

Die Marine hat mit ihrem Oberbefehlshaber Admiral Sherman einen gewichtigen Fürsprecher verloren. Sie hat an ihrer Akademie in Newport, Rhode Island, am 18. August einen Lehrstuhl für Kriegsgeschichte errichtet, der in der Nachfolge von Admiral Alfred Thayer Mahan eine neue Lehre von der Seemacht entwickeln soll. Die Teilnehmer des ersten Lehrgangs werden ein Konteradmiral und vier oder fünf Kapitäne

z. S. sowie ein Oberst der Seesoldaten (*Marines*) sein. In den Akten der Seekriegsakademie hat sich ein Stück gefunden, mit dem der erste Kommandant Admiral Luce die „theoretische“ Arbeit Mahans im Jahre 1888 rechtfertigte: „Es wird schwierig sein, einen Mann auf maßgeblichem Posten zu finden, der den Wert der hier geleisteten Arbeit zu würdigen weiß“.

Das amerikanische Heer schloß am 3. August 90 Kadetten aus der Kriegsschule Westpoint aus, weil sie im Examen gemogelt und damit den „Ehrenkodex“ verletzt hatten, der seit 150 Jahren den Geist des alten europäischen Offizierkorps in das Kader der amerikanischen Berufsoffiziere zu pflanzen sucht.

Ergebnisse der britischen Volkszählung

Im Juli wurden die vorläufigen Ergebnisse der britischen Volkszählung vom 8. April 1951 veröffentlicht. Danach ist die Bevölkerung der Britischen Inseln wie folgt angewachsen (in Tausend):

	1851	1901	1921	1931	1951
England	16,765	30,509	35,230	37,359	41,148
Wales	1,163	2,019	2,656	2,593	2,597
Schottland	2,889	4,472	4,882	4,843	5,096
Großbritannien	20,816	37,000	42,769	44,795	48,841
Nordirland	1,443	1,237	1,258	1,243	1,370
Vereinigtes Königreich	22,259	38,237	44,027	46,038	50,210
Insel Man und Kanalinseln	143	150	151	143	158
Republik Irland	5,112	3,222	3,096	2,933	2,959
Britische Inseln	27,514	41,609	47,274	49,114	53,327

Das seit dem Ersten Weltkrieg zu beobachtende überdurchschnittliche Wachstum der Region Großlondon hat sich fortgesetzt trotz der Luftkriegserfahrungen des Zweiten Weltkrieges, allerdings anders als in der Zwischenkriegsperiode jetzt besonders im Ring der äußersten Vororte. Außerdem haben die Industriebezirke im nördlichen Mittelengland überdurchschnittlich gewonnen. Dagegen ist das Wachstum Nordenglands, wo sich im 19. Jahrhundert Industrie und Bevölkerung halbierte, unter Durchschnitt geblieben, ebenso deuten die schottischen Ziffern auf Abwanderung. Die Einwohnerzahl des Fürstentums Wales ist seit 1931 stationär geblieben, dieses Land hat also seinen gesamten Bevölkerungsüberschuß abgegeben.

Die in der britischen Presse betonte Zunahme der „Landbevölkerung“ kann nicht als echt angenommen werden, solange nicht

durch genauere Ergebnisse die Bedeutung der Eingemeindungspraxis und der Ausbreitung städtischer Agglomerationen in benachbarte Landgemeinden festgestellt ist. Die Agglomeration London hatte 8,346 Millionen Einwohner (New York 1950 12,832 Millionen).

Amerikanisch-Samoa

Die amerikanischen Stützpunkte in Polynesien (Hawaii, Canton und Enderbury, Samoa) waren während des Zweiten Weltkrieges von besonderer Bedeutung, weil sie nach dem Verlust der Philippinen und Mikronesiens (Guam) einen Verbindungsweg durch die Südsee nach Neuseeland und Australien sowie an die Front auf den Salomonen und auf Neuguinea offenhielten.

Nachdem Hawaii durch die Masseneinwanderung aus pazifischen, amerikanischen und europäischen Ländern, durch den Bau der

Marinebasis Pearl Harbour, den Handels-schiffsverkehr in Honolulu und die Anlage großer Plantagen weitgehend „amerikanisiert“ worden ist, hat erst der Zweite Weltkrieg einen umwälzenden Einfluß auf Amerikanisch-Samoa gehabt. Am 23. Februar 1951 ging die Verwaltung von der Marine an das amerikanische Innenministerium über, das den Newyorker Phelps als ersten zivilen Gouverneur entsandte. Der Gouverneur lehnt das geplante Grundgesetz (*Organic Act*) für Samoa ab, weil es zwar eine theoretische Gleichberechtigung der Samoaner mit anderen amerikanischen Staatsbürgern vorsieht, aber den Schutz des Grundeigentums aufhebt. Die Angleichung des Privatrechts würde das Sippeneigentum des *matai*-Systems zerbrechen und die Samoaner der Konkurrenz amerikanischer und chinesischer Einwanderer preisgeben. Die Marine ließ die Stammesorganisation ungestört. Jetzt sind die hundert Samoaner, die unter dem Namen *fit a fit a* in der amerikanischen Marine dienen, von der Inselgruppe weggegangen. Etwa 200 junge Männer und Mädchen besuchen die Höhere Schule in Pago Pago und lernen dort Englisch sowie moderne Landwirtschaftsmethoden. Die Amerikaner wollen die Kopra-Ausfuhr steigern, außerdem Kakao und Vanille anpflanzen. Eine Fischkonservenfabrik konnte sich nicht halten. Man sucht nach Möglichkeiten zum Lebensunterhalt der Einwohner, deren Zahl sich seit der amerikanischen Besitzergreifung 1899 verdreifacht hat, so daß jetzt 19000 Menschen auf Tutuila und den zwei kleineren Inseln der amerikanischen Gruppe leben.

Die amerikanische Öffentlichkeit ist sich im September 1951 erneut ihrer Kolonie im Südwestpazifik bewußt geworden, als in San Francisco der Beistandspakt mit Australien und Neuseeland unterzeichnet wurde.

*

Marschall Shukow und Admiral Kusnezow kehren wieder

Der Kreml hat seine Entscheidung zugunsten eines sowjetischen Interessengebiets Polen, also gegen Deutschland, erneut bestätigt. Diese Entscheidung wurde im Juli 1944 gefällt, als das Lubliner Komitee entstand. Damals legte sich die Sowjetregierung nicht nur auf die Oder, sondern auch die westliche Neiße als künftige deutsch-polnische

Grenze fest; weniger aus politischen und wirtschaftlichen Gründen als aus militärisch-strategischen Erwägungen des sowjetischen Oberkommandos, an dessen Spitze der Marschall der Sowjetunion Georgi Konstantinowitsch Shukow stand. Marschall Shukow stand am 23. Juli 1951 in Warschau auf der Ehrentribüne neben Molotow und erklärte: „Durch den Vormarsch der Sowjetarmee bis zur Oder und westlichen Neiße erhielt das polnische Volk alte polnische Gebiete zurück, die sich längere Zeit hindurch unter der Herrschaft deutscher Kapitalisten und Grundbesitzer befunden haben.“

Shukow war der bedeutendste sowjetische Heerführer des Zweiten Weltkrieges. Den Sieger von Moskau, Stalingrad und Berlin nannten die Moskowiter *Spassitelj* (Erretter, Erlöser). Seine Popularität überschattete bei weitem die Stalins. Sie wurde ihm nach Kriegsende zum Verhängnis. Im Herbst 1946 erfolgte ein umfassendes Revirement im Oberkommando, das es Stalin ermöglichte, die Rote Armee, die jetzt Sowjetarmee genannt werden mußte und sich in einer Teil-Demobilmachung befand, wieder seiner Kontrolle zu unterwerfen. Partei und Staatspolizei erhielten damals wieder den Vorrang vor der Wehrmacht. Shukow wurde als Oberbefehlshaber des Heeres abberufen und durch Marschall Konjew ersetzt.

Die wildesten Gerüchte rankten sich um seine Person. Als Oberbefehlshaber des Wehrkreises Odessa habe er einen Anschlag auf Stalin verübt und sei in ein Schweigelager im Hohen Norden deportiert worden. Tatsächlich war Shukow nie nach Odessa kommandiert worden. Er hatte die ganze Zeit seinen Sitz in Swerdlowsk und war als Oberbefehlshaber des Wehrkreises Ural(-Nord) für die Ausbildung wesentlicher Teile der Sowjetarmee verantwortlich. Im März 1950 wurde er vom Ural-Gebiet als Abgeordneter in die Erste Kammer des Obersten Rates der Sowjetunion entsandt.

Die Hof-Historiographen hatten unterdessen dafür gesorgt, daß das Hauptverdienst für die militärischen Erfolge im Zweiten Weltkrieg nicht Shukow, sondern Stalin und Shukows Rivalen Marschall Wassilewskij zuerkannt wurde. Im Stalingrad-Film wurde Marschall Shukow einfach unterschlagen. Als im Herbst 1948 die sowjetische Aufrüstung begann und Shukows Freund Marschall

Timoschenko wieder an die Öffentlichkeit trat, erwartete man allgemein auch eine Wiederkehr des Eroberers von Berlin.

Doch man zog den aus der Parteikarriere hervorgegangenen Marschall Wassilewskij als Wehr- (später Kriegs-) Minister vor. Die kritische Situation, in die sich der Kreml durch das Wettrüsten und die innenpolitischen Auswirkungen des Koreakrieges (agrarpolitische Krise, Spannungen zwischen Großrussen und Ukrainern) hineinmanövriert hatte, zwang Stalin, — vermutlich auf das Drängen Marschall Timoschenkos und der übrigen militärischen Fachleute, — Shukow wieder aus der Versenkung herauszuholen.

Als Shukow im Namen der gesamten sowjetischen Wehrmacht (einschließlich der Kriegsmarine) seine Begrüßungsansprache an die polnische Armee richtete, wurde es klar, daß ein Revirement unmittelbar bevorstand. Es fiel auf, daß der Kriegsminister Wassilewskij (ein Duzfreund Molotows) bereits bei der Feier des Tages der Sowjetischen Luftwaffe in Tuschino am 8. Juli 1951 gefehlt hatte. Am 24. Juli wurde der Wassilewskij nahestehende Admiral Jumaschew als Kriegsmarineminister durch Admiral N. G. Kusnezow ersetzt, der während des Zweiten Weltkrieges eng mit den Marschällen Timoschenko und Shukow zusammengearbeitet hatte. (Der russische Name Kusnezow entspricht dem deutschen Namen Schmid bzw. Schmidt und ist sehr häufig in der Sowjetunion anzutreffen. Eine ganze Reihe von Trägern dieses Namens bekleiden hohe Staatsstellungen und sind daher leicht zu verwechseln.)

Admiral Nikolai Gerasimowitsch Kusnezow ist bäuerlicher Herkunft. Er wurde 1902 geboren und ist somit sieben Jahre jünger als Admiral Jumaschew. Während des Bürgerkrieges diente er als Matrose auf einem Schiff der nördlichen Dwina-Flottille. Er beendete anschließend die Seekriegsschule Frunse in Leningrad und trat 1924 der Kommunistischen Partei bei. 1929 wurde Kusnezow Erster Seeoffizier und anschließend Befehlshaber des Kreuzers „Tscherwona Ukraina“ im Schwarzen Meer. Nach Absolvierung der Marineakademie Woroschilow im Jahre 1932 widmete sich Kusnezow erfolgreich der artilleristischen Ausbildung der Roten Kriegsmarine. 1938 zum Oberbefehlshaber der Fernost-Flotte ernannt, wurde Kusnezow im Zuge der Säuberung 1939 an Stelle von Frinowskij (dem früheren Stell-

vertreter des NKWD-Chefs Jeshow) Volkskommissar für Kriegsmarine und damit Oberbefehlshaber der gesamten sowjetischen Seestreitkräfte. Mit dieser Beförderung war seine Ernennung zum Vollmitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei verbunden. Kusnezow hat sich stets mehr in seinem Beruf als in der Politik ausgezeichnet und auf Grund seines Könnens, verbunden mit einem bescheidenen und zurückhaltenden Auftreten, in der Roten Flotte eine weitgehende Popularität genossen. Er verstand es, die Ausbildung der Kriegsmarine auf ein beachtliches Niveau zu heben, und er trat für eine enge Zusammenarbeit mit den anderen Wehrmachtsteilen ein. Größere Lorbeeren im Kriege konnte nur Kusnezows Nachfolger als Befehlshaber der Fernost-Flotte, Admiral Jumaschew, in dem kurzen Krieg gegen Japan unter dem Oberbefehl Marschall Wassilewskijs ernten. Die Beherrschung der Meerenge von Tschushima mag Jumaschew bereits damals zusammen mit dem Bild einer großen sowjetischen Pazifikflotte als Leitbild vorgeschwebt haben. Jedenfalls trat er für einen allseitigen Ausbau der sowjetischen Kriegsmarine nach dem Kriege ein. Als im Zuge des allgemeinen Revirements nach Shukow und Timoschenko auch Kusnezow im März 1947 seines Postens enthoben wurde, konnte Jumaschew an die Verwirklichung seiner weitgespannten Pläne herantreten. Ihm gelang es, die Annahme des Fünfjahrplanes der Kriegsmarine durchzusetzen, der den Aufbau einer modernen U-Boot-Flotte von 1000 Einheiten vorsah. Im Februar 1950 wurde die Kriegsmarine erneut verselbstständigt und Jumaschew zum Kriegsmarineminister gemacht. Die beschränkte Leistungsfähigkeit der sowjetischen Rüstungsindustrie setzte dem Marinebauprogramm Jumaschews von vornherein Grenzen. Von der sowjetischen Luftwaffe wurde es angefeindet, von den Seemächten des Westens als unverhüllte Angriffsdrohung empfunden. Wenn man von den persönlichen Hintergründen absieht, scheint daher die Ersetzung Jumaschews durch seinen Vorgänger Kusnezow, verbunden mit einer stärkeren Zusammenfassung der einzelnen Wehrmachtsteile unter einem einheitlichen Oberkommando, grundsätzlichen Charakter zu tragen. Vielleicht soll der einstweilige Verzicht auf den sowjetischen Großmachtsanspruch zur See die These von der „Saturierten Großmacht“

unterbauen, die neuerdings vom sowjetischen Historiker Tarle im höchsten Auftrag im Anklang an Bismarck entwickelt worden ist.

Bo.

Aussiedlung aus Osteuropas Großstädten

Seit dem Mai 1951 sind wieder massenweise Zwangsumsiedlungen in ganz Ostmitteleuropa im Gange, über die sich erst jetzt ein gewisser Überblick gewinnen läßt, wenn auch zuverlässige Zahlenangaben kaum zu erhalten sind.

Die Sowjets verfolgen bei diesen neuen Massenumsiedlungen vier Ziele:

1. „Unerwünschte“ Bevölkerungsteile aus den großen Städten und den Grenzgebieten zu entfernen.

2. Diesen „Unerwünschten“ durch zerstreute Ansiedlung oder Einweisung in Lager jeden Zusammenhalt zu nehmen und sie möglichst zu dezimieren.

3. Die großen Städte und die Grenzgebiete nach Möglichkeit vollständig mit „zuverlässigen Elementen“, d. h. Aktivisten und Parteimitgliedern, zu besetzen.

4. Arbeitskräfte in die Industrie- und Aulagegebiete zu bringen, wo trotz der bisherigen Maßnahmen noch Arbeitermangel herrscht.

Die neuen Aktionen begannen mit einem Erlass der polnischen Regierung vom 15. Mai, durch den die Bevölkerung in fünf Klassen eingeteilt wurde: 1. Aktivisten, 2. Parteimitglieder, 3. Staatliche Funktionäre, 4. Loyale Staatsbürger und 5. „Soziale Parasiten“, das sind „Ausbeuter“: ehemalige Guts- und Fabrikbesitzer, Kapitalisten, höhere Offiziere des Pilsudskiregimes, Anders-Anhänger, reaktionäre Geistliche, Mönche und Nonnen.

Diese „sozialen Parasiten“ wurden aus den Großstädten Warschau, Krakau und Posen in entfernte Landgebiete gebracht, und eine Krakauer Zeitung schrieb dazu: „In unserem Lande dürfen weder Feinde des Staates noch solche Leute, die mit ihnen eng verbunden waren, das Vorrecht haben, Wohnungen in Großstädten besetzt zu halten. Diese verbrecherischen Elemente sollten wenigstens aus unseren großen Städten, wo schöpferische Arbeit geleistet wird, verschwinden.“

Von dem gleichen Schicksal wurden auch die „Unerwünschten“ in Prag und Preßburg in der Tschechoslowakei, in Bukarest und Klausenburg in Rumänien und in Sofia,

Warna und Plovdiv in Bulgarien betroffen, ein Beweis für die zentrale Steuerung der Aktion, die im Juli auch die Sowjetzone Deutschlands ergriff. Dort sind derartige Umsiedlungen bisher aus Dresden, Leipzig, Bautzen, Chemnitz und Zwickau bekannt geworden, bis Anfang August war die Zahl von 25 000 erreicht. Über die Verschickungsorte ist jedoch noch nichts bekannt.

Es war zufälligerweise ein Pole, Mathias von Miechow, der zu Beginn des 16. Jahrhunderts staunend schrieb: „Sie führen in Moskowien die Menschen von einem Ort zum andern an neue Siedlungen und tauschen die Fortgeführten durch andere aus“. Heute ist es der gleiche Grundsatz, der die Siedlungsbereiche des polnischen wie des deutschen, des madjarischen wie des rumänischen Volkes unheilvoll verändert.

Der Kreml folgt mit dem Umsiedlungssystem einmal mehr seinem gern apostrophierten Urbild: dem Moskauer Staat Iwans III. und Iwans IV. Dort war es bereits Prinzip, aus jedem neu unterworfenen Fürstentum den Adel auszusiedeln und ihn an die Ostgrenze des Moskauer Reiches zu verteilen, während zuverlässige Untertanen des Zaren in den neuen Gebieten angesiedelt wurden. Es gab für diese immer wieder angewandte Form der Zwangsverpflanzung einen Fachausdruck: *razwod* (Auseinanderführung), und noch das geistige Haupt der Dekabristen, Pestel, löste in seinem Entwurf einer föderalistischen Verfassung für Rußland 1825 das Problem der Juden und Kaukasier ebenfalls durch den *razwod*. Es ist deshalb verständlich, daß derartige sowjetische Maßnahmen innerhalb der großrussischen Sowjetrepublik oft ohne großen Widerspruch hingenommen werden. Ihre Anwendung in den Satellitenstaaten hat aber den lebhaften Protest der Bürger dieser Staaten in der Emigration, insbesondere der Ungarn in den USA hervorgerufen, in England wie in Holland wurde zu Hilfsaktionen aufgerufen, und die Internationale Liga für Menschenrechte sandte einen Protest an die Vereinten Nationen.

Von deutscher Seite wird man daran erinnern müssen, daß diese neuen Austreibungen nicht unmenschlicher sind als die der deutschen Heimatvertriebenen, gegen die der Westen nicht protestiert hat, und daß auch jetzt wieder in großem Umfang Deutsche betroffen sind. Es ist das gleiche Prinzip, das

sich gestern vorwiegend gegen die Deutschen wandte, heute nur gewisse soziale Gruppen erfaßt, aber morgen weitere Schichten der Völker im Sowjetbereich einbeziehen kann.

G. R.

Das Ende der alten Zeit in Budapest

Die Aristokratie Ungarns besaß Verbindungen quer durch Europa. Sie war befreundet und versippt mit dem Adel Belgiens und Englands, Italiens und Spaniens. Noch im Untergang bringt sie es fertig, Gesellschaften zu verbreiten:

Nachdem sie ihre Entscheidungen über das Schicksal der Welt getroffen hatten, saßen die drei Machthaber in Jalta bei einer Flasche Wein zusammen. Präsident Roosevelt nahm sich eine Zigarette aus einem Etui, auf das graviert war: „Zur liebevollen Erinnerung an Deine Frau Eleanor“. Winston Churchills Zigarren kamen aus einem Behälter, den die Worte schmückten: „Das britische Volk in ewiger Dankbarkeit an W. C.“. Am stolzesten aber war Generalissimus Stalin über sein Zigarettenetui. Es war mit Diamanten und Rubinen besetzt und trug die Inschrift: „Seiner Kaiserlichen und Königlichen Majestät Franz Josef die Offiziere des 33. Dragoner-Regiments“.

Ein Budapesteser Gericht verhandelte im Juli 1951 gegen einen jungen Mann, der gegen 9 Uhr abends in eine Nachbarwohnung eingebrochen sein sollte. Weinend bemühte sich die alte Mutter des Angeklagten um ein Alibi: „Er kann es nicht gewesen sein. Um 9 Uhr sendet doch immer der Londoner Rundfunk in madjarischer Sprache, und seit zwei Jahren hat mein Junge nicht eine einzige Sendung versäumt.“ Der Staatsanwalt unterbrach: „Sie irren sich, gute Frau, London hat seine madjarische Sendung erst um 1/210 Uhr.“

Die ungarische Streichholzindustrie war lange ein Sorgenkind der Wirtschaftsbehörden, denn sie erfüllte ihr Soll nicht. Plötzlich aber konnte bekanntgegeben werden, daß sie das Planziel sogar um 20% überschritten habe. Sie hatte die Streichhölzer um die Hälfte ihrer Größe gekürzt.

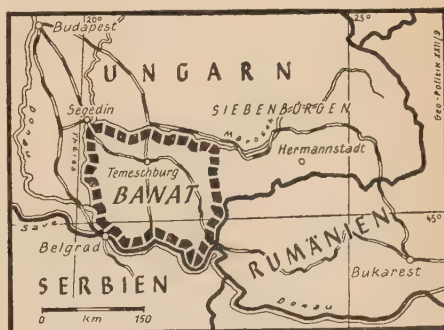
Das spanische Wochenblatt *Fechas*, das sich am 19. Juni 1951 diese Geschichten von ungarischen Flüchtlingen berichten läßt, gibt als Ansicht seiner Gewährsmänner, die „weder Geld noch Mut zur Flucht“ haben,

wieder, daß Ungarn „von einem Kriege träumt, in dem es seine Freiheit wieder gewinnen kann“.

Wie gefährlich diese Träume sind, zeigt der erneute Angriff des Regimes auf den katholischen Klerus, der in der Verurteilung des Erzbischofs Grosz gipfelte, und zeigt die Verbannung der „Unzuverlässigen“ aus der ehemaligen Aristokratie und dem Mittelstand in die nordöstlichen Grenzgebiete. Der Aufenthalt in der Millionenstadt Budapest, bei dem sich trotz des sorgfältigen Überwachungssystems noch immer Möglichkeiten bieten, wird untersagt. Die Verdächtigen werden samt ihren Familien mit geringem Gepäck in Dörfer am Rande der Karpathen verschickt. Amerikanische Berichte sprechen von 50 000 Verbannungen dieser Art. Es fällt auf, daß in der amerikanischen Emigration gerade diejenigen madjarischen Politiker (frühere Anhänger oder Führer der „Kleinlandwirte“-Partei) die Unmenschlichkeit dieser Austreibung aus der Vaterstadt betonen, die selbst 1945 und 1946 gemeinsam mit den Kommunisten die Verantwortung für die Austreibung der Donauschwaben aus dem ungarischen Staatsgebiet trugen.

Deportation der Banater

Die mit der Sowjetunion zwangsverbündete Volksdemokratie Rumäniens räumt seit dem 17. Juni 1951 einen 50 km tiefen Streifen an der jugoslawischen Grenze von der



Zivilbevölkerung. Sie legt eine Sperrzone zwischen sich und das Jugoslawien Titos, das zu Recht oder Unrecht als Verbündeter des „Westens“ gerechnet wird.

Das Banat liegt nördlich der Donau, ostwärts der Theiß und südlich der Marosch. Nach den Türkensiegen des Prinzen Eugen

und dem Frieden von Passarowitz besiedelten Mercy, Maria Theresia und Kaiser Josef II. planmäßig das reiche Land mit Deutschen („Schwaben“), Rumänen, Serben, Madjaren und anderen Volkszugehörigen. Der Friede von Trianon ließ nur einen schmalen Streifen bei Ungarn, teilte das Hauptgebiet zwischen Jugoslawien und Rumänien. Früher lag das Banat an der Grenze des Abendlandes mit der Front nach Süden, heute gilt der Staat Titos als Vorposten des Abendlandes, die Front im Banat sieht nach Nordosten.

Das reiche Bauermland eignet sich in seinem Boden und seiner Bevölkerung nicht zum Vorposten des Sowjetblocks. Nicht zufällig mußte im Sommer 1949 der große Prozeß gegen die antikommunistische Widerstandsgruppe des rumänischen Obersten Utza in Temeschburg durchgeführt werden. Obwohl die Behörden Titos flüchtende Rumänen nicht sehr liebenswürdig empfingen, gab es hier doch immer noch ein Tor nach Westen für die rumänische Opposition. Nur hier kann auf dem Landwege Hilfe kommen. Die Sowjets bauen im Banat auf dem Berge Muntele Mic eine Abschuß-Basis für V-Waffen. Sie halten starke Garnisonen in Temeschburg, Arad und Reschitza und geben den Oberbefehl nicht an Rumänen ab.

Bei Temeschburg liegt die kominformtreue „Armee der freien Jugoslawen“ unter



Petar Popiwoda. Jugoslawische Staatsangehörige, die sich nicht eindeutig als Gegner Titos bekannten, wurden mit einer Frist von drei Tagen ausgewiesen (rumänische Begleitmannschaften benutzten die Ausweisungs-transporte zur eigenen Flucht über die Grenze). Banater Serben wurden ins Innere Rumäniens abtransportiert. Auch die Städte Turnu-Severin, Orschowa und Baile Herculane wurden zum großen Teil geräumt. Die

Wirkung des titofeindlichen Senders Temeschburg, der am 8. Mai „für die Minderheiten“ eröffnet worden war, genügte nicht zur Herstellung unbedingt zuverlässiger Gefühle bei den serbischen Bauern.

Mit besonderer Härte trafen die Räumungen den stärksten Bevölkerungsteil des Banats, die Deutschen. Man kann damit rechnen, daß sie heute noch etwa 250 000 Seelen (von 350 000 im Jahre 1943) ausmachen. Nach dem Putsch der Rumänen 1944 gelang es einer SS-Division, einige Dörfer nördlich von Temeschburg zu entsetzen und einen Teil der dortigen deutschen Bauern unter ihrem Schutz zu evakuieren. Der größte Teil der deutschen Ansiedler im Banat blieb jedoch in der Heimat. Ihre Höfe wurden enteignet, oft aber konnten sie als Pächter der neuen Herren, die zumeist aus der Walachei kamen, auf dem eigenen Hof arbeiten. Der Grund- und Hausbesitz der Deutschen in den Städten wurde ebenfalls enteignet. Das Verhältnis zur Kommunistischen Partei war kühl, das zu den andersvölkischen Heimatgenossen im Banat wegen des gemeinsamen schweren Schicksals gut.

Die neue Ausweisung trifft die Deutschen besonders hart, da sie nach einer kurzen Periode, während der ein großer Teil der männlichen und auch ein Teil der weiblichen Bevölkerung als Arbeitsklaven in die Sowjetunion abtransportiert worden war, gerade im Begriff standen, sich unter den erschwerten Bedingungen durch Tüchtigkeit und Fleiß wieder eine geachtete Stellung zu verschaffen. Die Verschleppungen sind besonders unmenschlich, weil die Familien rücksichtslos zerrissen werden. Die Eltern dürfen nur Kinder bis zu 12 Jahren mitnehmen, die älteren werden den kommunistischen Jugendorganisationen zur „Betreuung“ übergeben. Der rumänische Sicherheitsdienst (MAI) hatte bereits Wochen vorher durch besondere Kommandos die Erfassung von politisch nicht ganz „einwandfreien“ Personen durchgeführt. Dadurch, daß etwa 15–20 Prozent der Erfassten Serben und Rumänen sind, konnte nach außen hin der Schein gewahrt werden, daß die Vernichtungsaktion nicht ausgesprochen gegen die Schwaben gerichtet sei. Die Deportation wird je nach der Eintragung in eine weiße, blaue oder rote Liste durchgeführt. Weiße Meldebefehle erhalten vor allem Arbeitsbehinderte und überhaupt „soziale Fälle“, arbeitsfähige Jahrgänge wer-

den auf blaue Gestellungsbefehle einberufen. Facharbeiter mit „zweifelhafter“ politischer Einstellung erhalten rote Scheine. Die Weißen werden in das berüchtigte Massenlager Sculeni am Pruth eingeliefert, auf dessen engem Raum Greise, Kranke und Kinder innerhalb des mit Starkstrom geladenen Stacheldrahts sich mühsam gegen den unwirtlichen Steppenwind schützen. Die Ausgesiedelten werden in der öden Baragansteppe in der östlichen Walachei ausgesetzt, wo sie ohne irgendwelche Hilfsmittel versuchen müssen, sich in Erdhöhlen und durch die Bearbeitung des versumpften Bodens eine neue Heimat zu schaffen.

Die Bukarester Tageszeitung *Romania Libera* bemerkt dazu unter der Überschrift „Eine neue Landwirtschaft erblüht in der Baragan“ nach einem Bericht über die Fruchtbarmachung der Steppe:

... „Zugleich finden auch bedeutende Umgruppierungen der Bevölkerung statt, die mit der erweiterten Industrialisierung unseres Landes eng verbunden sind. Somit wurde die Landwirtschaft in den Grenzgebieten, die bisher ein Mittel im kapitalistischen Ausbeutungssystem der Massen war, reorganisiert, von klassenfeindlichen Elementen gesäubert und direkt in die Hände des werktätigen Volkes gelegt und damit in seinen Dienst gestellt...“

Der Sender Beromünster, der im Gebiet der westlichen Zivilisation liegt, kommentiert die Massenausweisungen damit, daß es sich bei den aus ihrer Heimat Vertriebenen um „unzuverlässige Elemente“ handele.

Sever Fruncea

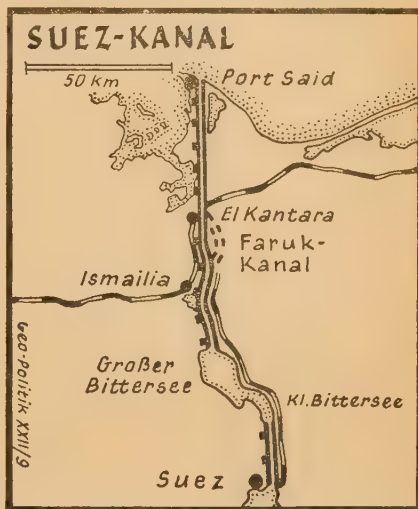
*

Der Suezkanal

Großbritannien, Frankreich und die USA brachten am 16. August im Sicherheitsrat der UNO eine Resolution ein, daß Ägypten eine weitere Behinderung der Schifffahrt durch den Suezkanal untersagt werden solle. Der ägyptische Vertreter bestritt die Stimmberechtigung der Ratsmitglieder, die als Kanalbenutzer Partei seien.

Ägypten hat die Durchfahrt von Tankern, die Öl in die Raffinerie von Haifa bringen wollen, untersagt. Schiffe, die Häfen Israels angelaufen haben, dürfen ägyptische Hafenanlagen nicht benutzen. Schiffe werden auf

Ladung für Israel durchsucht. Schon am 12. Juli hatte Israel den Sicherheitsrat angerufen. Ägypten beruft sich darauf, daß es im Kriegszustand mit Israel steht und nach der Kanalkonvention das Recht hat, zu seiner eigenen Landesverteidigung das Durchfahrtsrecht zu beschränken. Es kann darauf hinweisen, daß Großbritannien den Kanal seinerseits keineswegs der internationalen Schifffahrt frei zur Verfügung gehalten, sondern in beiden Weltkriegen nach Maß-



gabe seines eigenen militärischen Interesses behandelt hat.

Im Hintergrund des aktuellen Konflikts steht der ägyptische Wunsch, in den Genuß der vollen Hoheitsrechte über das ganze Staatsgebiet zu kommen und die durch den Vertrag von 1936 britischen Sicherungstruppen vorbehaltene „Kanalzone“ abzuschaffen. Ägypten ist der Ansicht, daß es bei Abschluß des Vertrags angesichts des Italienisch-Abessinischen Krieges ungebührlich unter Druck gesetzt worden sei. England erhielt damals das Recht zum Unterhalten von Garnisonen bis 1956. Ägypten wünscht keine Garnisonen, auch nicht Schutzgarnisonen einer verbündeten Macht, wenn ihre Anwesenheit ein Überbleibsel aus der Zeit seiner Niederlagen und seiner Besetzung darstellt. Ägypten lehnte eine Teilnahme an der gesamtafrikanischen Verteidigungskonferenz, die in Nairobi am 21. August zusammentrat, ab, bevor nicht die britischen Truppen sein Hoheitsgebiet verlassen hatten.

Der Verkehr durch den Kanal ist so stark gewachsen, daß die Ausweichmöglichkeiten in den Seen und an einigen breiteren Stellen nicht mehr genügen. Deshalb wird seit 1949 zwischen El Kantara und Ismailia ein Seitenkanal, der „Faruk-Kanal“, von knapp 10 km Länge gebaut, der nur für den Süd-Nordverkehr bestimmt ist. Vom 15. September 1951 an hat die Kanalgesellschaft die Durchfahrtgebühren für beladene Schiffe um 6, für Schiffe im Ballast um 17 Prozent ermäßigt. Die Gesellschaft hat Dividenden in Höhe bis zu 40 Prozent ausgeschüttet (nach dem Goldwert des Franken). Ein ägyptisches Gesetz vom 29. Juli 1947 bestimmte, daß in jeder Kapitalgesellschaft 40 Prozent der Aufsichtsratssitze für Ägypter reserviert sein mußten. Am 7. März 1949 wurde durch eine Konvention festgelegt, daß bis 1956 die Franzosen 3 von ihren 18 und die Engländer 2 von ihren 10 Sitzen an Ägypter geben, so daß dann 7 von den 32 Mitgliedern des Aufsichtsrates Ägypter sind. Die ägyptische Regierung soll 7 Prozent des Jahresgewinnes erhalten. Am 17. November 1968 läuft die für 99 Jahre gültige Konzession der Gesellschaft ab, dann wird der Kanal Eigentum des Staates, durch dessen Gebiet er läuft. Wenn sich Ägypten vor dem Endjahr um stärkeren Einfluß bemüht, nimmt es damit am Streben nach „Nationalisierung“ ausländischer Anlagen teil, das gegenwärtig ein wichtiger Zug im Vorderen Orient ist. Im März 1951 wurde im ägyptischen Parlament ein Antrag auf Nationalisierung der Kanalgesellschaft eingebracht.

*

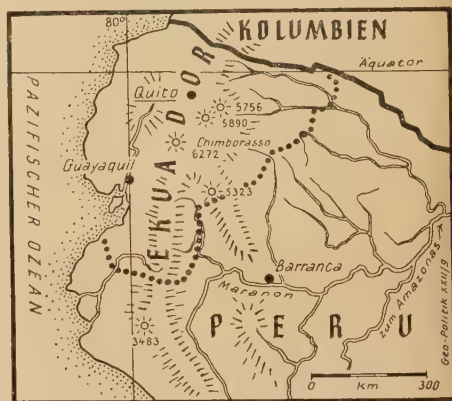
Südkorea stellt Forderungen

Am 16. August überreichte der Botschafter der Republik (Süd)Korea in Washington eine Note, in der er die sofortige Zahlung von 100 Millionen Dollars als Entgelt für Leistungen und Lieferungen der Südkoreaner an die amerikanischen Streitkräfte seit Beginn des Koreakrieges fordert. Die Amerikaner betonen, daß bei dieser Forderung die korea-

nische Währung zu hoch umgerechnet sei, daß keine Verpflichtung zur Rückzahlung von Leistungen in dem gemeinsamen Krieg bestehe und daß seit Beginn des Krieges verschiedene amerikanische Dienststellen 350 Millionen Dollars für Hilfeleistung an Korea ausgeben hätten.

Ekuador und der Amazonasstrom

Am 10. August benutzte Präsident Galo Plaza von Ekuador seine Jahresbotschaft an den Kongreß in Quito zu einem Appell an die USA, Brasilien, Chile und Argentinien um Unterstützung bei neuen Verhandlungen mit Peru über einen Zugang Ekuadors an den



Amazonenstrom. 1942 unterzeichneten die beiden Staaten in Rio de Janeiro ein Protokoll, das die bestehende Grenze bestätigte und von den jetzt angesprochenen Ländern sowie von Chile garantiert wurde. Dieses Protokoll beendete damals Schießereien, die 1941 an der Grenze ausgebrochen waren, es entschied im wesentlichen zugunsten der peruanischen Ansprüche. Sowohl in Quito wie in Lima gehen auch jetzt wieder Berichte über Grenzzwischenfälle ein. Der Streit geht auf die Teilung des Kontinents zwischen San Martin und Bolivar im Jahre 1822 zurück. Die neue Erwähnung des Konflikts folgt auf einen Besuch des Präsidenten Galo Plaza, der selbst aus New York stammt, in den USA.

AUS DEM SCHRIFTTUM

Dialektisches Denken und geistige Überlieferung in China

Wird Marx durch Stalin entthront?

KIAUS MEHNERT ist durch die beiläufige Bemerkung eines Freundes dazu veranlaßt worden, sich mit der Geschichtslehre des Stalinismus zu beschäftigen. Er legt seine Ansichten darüber in einer kleinen Schrift nunmehr vor:

WELTREVOLUTION DURCH WELTGESCHICHTE. *Schriftenreihe der Deutschen Europa-Akademie Heft 9, Hoelzner Verlag, Kitzingen, o. J., 80 Seiten.*

Mehnert geht von dem Gegensatz aus, den er in der Darstellung der russischen Geschichte durch M. N. Pokrowskij vor und durch Frau M. N. Pankratowa nach 1934 gefunden hat, und er sieht die Erklärung dafür in dem von Stalin und Molotow am 16. Mai 1934 unterzeichneten Erlaß über den Geschichtsunterricht.

Mit den „Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus“ hat sich auch Georg von Rauch unter Heranziehung zahlreicher Quellen in einem ausführlichen Referat im Europa-Archiv 1950 beschäftigt. Rauch kommt zu einer im wesentlichen positiven Wertung der sachlichen Leistung. Er sieht die materialistische Geschichtsauffassung des Kommunismus zeitweise von wiederaufkommenden großrussisch-nationalistischen und selbst panslawistischen Tendenzen bedroht oder, wie er sich ausdrückt, mit ihnen „in dialektischer Verknüpfung“, aber seit 1943 doch bereits wieder so stark im Aufstieg, daß sogar in der Parteigeschichte die faktische Überlegenheit des großrussischen Anteils am Bolschewismus zu kurz komme.

Mehnert jedoch sieht im Wandel der Darstellung historischer Probleme in der Sowjetunion nicht eine natürliche geistesgeschichtliche Entwicklung, sondern einen bewußt gesteuerten, ja anbefohlenen Versuch zur Erreichung politischer Ziele. Schon der Umstand, daß eine „Geschichte der UdSSR“ von Frau Pankratowa sich nicht auf die Zeit nach der Oktoberrevolution von 1917 und nicht auf das heutige Gebiet der Sowjetunion beschränkt, scheint ihm verdächtig. Noch verdächtiger ist ihm, daß ein Historiker, der den

Verfall des bosporischen Reiches auf den Fortfall römischer Hilfe zurückführte, deswegen kritisiert und auf das Primat innerer Gründe hingewiesen wurde, und er schließt aus dieser Kritik auf ein geradezu krankhaftes Bestreben, alles, was auf dem Boden der heutigen Sowjetunion geschehen ist, als autochthon und frei von ausländischen Einflüssen hinzustellen, — selbst wenn es sich um einen Verfall handelte. Aus den sehr vernünftigen Einwänden Stalins gegen die aller Philologie Hohn sprechende Marrsche Sprachtheorie — nach Stalin ein typisches Beispiel von „Vulgärmarxismus“ — wird gefolgert, daß der Sieg der russischen Sprache über alle andern prophezeit werde.

Mehnerts Argwohn, daß hinter der neueren sowjetischen Geschichtstheorie nichts anderes stecke als großrussisch-nationalistische Propaganda — ausgerechnet auf Befehl des Georgiers Stalin! — und daß diese und die Wendung zum Imperialismus, der eine Reichssprache und Reichsschrift brauche, auch aus dem Ausflug Stalins in die Linguistik hervorgehe, führt ihn beim Suchen nach einer historischen Parallele zu der Ablösung bisher gebrauchter Schriftarten für in der Sowjetunion gesprochene Sprachen durch die kyrillische Schrift auf die Behistun-Inschrift des Perserkönigs Darius: aus ihr spreche der gleiche Geist wie aus den fünf Linguistik-Briefen Stalins. Das mag sein, aber nicht in dem von Mehnert angenommenen Sinne. Diese Inschrift gibt die Proklamation des Königs nämlich nicht, wie Mehnert offenbar annimmt, nur in persischer Sprache und noch dazu in einer von Darius für diesen Zweck eigens konstruierten Schrift wieder, sondern in allen drei Hauptsprachen des Landes — Persisch, Babylonisch und Elamitisch — und in drei verschiedenen Schriftsystemen. In der Sowjetunion hat jede der Unions- und Autonomen Republiken, jedes Autonome Gebiet und jeder Nationale Bezirk das Recht, die Amtssprache selbst zu bestimmen, und in allen Schulen wird der Unterricht in der Muttersprache erteilt, neben die bei nichtrussischer Muttersprache das Russische als erste Fremdsprache tritt.

Bei russischer Muttersprache ist im Westen der Union meist das Deutsche erste Fremdsprache.

Die Hauptthese Mehnerts lautet: Bis 1934 hat die sowjetische Geschichtsschreibung die Aufgabe gehabt, am Beispiel Rußlands die Allgemeingültigkeit von — so sagt Mehnert — Marx' „ehernen Gesetzen der Geschichte“ und damit den Vorrang des Allgemeinen vor dem Besonderen zu beweisen. Jetzt sei ihr die Aufgabe gestellt, das Gegenteil zu beweisen, nämlich den Vorrang des Besonderen vor dem Allgemeinen, des Sowjetstaates vor der Menschheit und somit zu erklären, warum das russische Volk — entgegen der Lehre von Marx — auserwählt gewesen sei, den Sozialismus zu verwirklichen, ehe der Kapitalismus überall reif für die Revolution geworden sei.

Mehnert selbst bezeichnet seine These mit Recht als Hypothese. Hinter ihr aber steht die These, der Marxismus sei ein Dogma. Was sagen die Marxisten dazu?

Engels selbst hat bereits gesagt: *„Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln“*.

Lenin schrieb 1899 in seinem Aufsatz „Unser Programm“: *„Wir betrachten die Theorie von Marx absolut nicht als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur den Grundstein zu jener Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten in allen Richtungen weiterentwickeln müssen, wenn sie nicht im Leben zurückbleiben wollen. Wir sind der Meinung, daß für die russischen Sozialisten die selbständige Ausarbeitung der Theorie von Marx besonders nötig ist, denn diese Theorie gibt nur allgemeine Richtlinien, die im einzelnen in England anders als in Frankreich, in Frankreich anders als in Deutschland und in Deutschland anders als in Rußland zur Anwendung gelangen“*.

Von Stalin, der sich schon 1917 für einen schöpferischen und gegen einen dogmatischen Marxismus aussprach, gibt es unzählige Äußerungen gleichen Sinnes. Es genügt zu zitieren, was er Anfang 1947 in einer Diskussion mit Professor Rasin über die Bedeutung von Clausewitz sagte: *„Man kann nicht Fortschritte machen und die Wissenschaft voranbringen, ohne die veralteten Thesen und Äußerungen einer kritischen Analyse zu unterziehen. Das bezieht sich nicht nur auf die Autoritäten der Kriegstheorie, sondern auch auf die Klassiker des Marxismus“*.

Mao Tse-tung schließlich hat gesagt: *„Der Marxismus-Leninismus steht nicht am Ende der Entdeckung der Wahrheit, sondern er setzt die Aufgabe, der Erkenntnis der Wahrheit durch die Praxis die Bahn zu öffnen, fort“*. Der dialektische Materialismus ist ihm nicht nur eine Anleitung zum Handeln, sondern auch — und vornehmlich — eine Anleitung zum Denken.

Mehnert hält nicht bloß den Marxismus für ein Dogma und Lenin und Stalin also für schlechte Marxisten, er scheint auch seine Vorstellung vom Inhalt des Marxismus auf den vormarxistischen utopischen Sozialismus zu gründen, wenn er auf S. 50 sagt: *„das Ziel der Menschheitsentwicklung ist für den Marxisten das Paradies auf Erden oder — organisatorisch gesprochen — der Sozialismus-Kommunismus“*. Diese Auffassung ignoriert vollständig die durch Marx-Engels vollzogene Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Das Ziel der Menschheitsentwicklung mag der Anhänger einer geoffenbarten Religion zu kennen glauben. Der Marxist gründet deduktiv auf das Studium des kurzen uns bekannten Stücks des Weges, den die Menschheit bisher gegangen ist, seine Vorstellung von der Richtung, die der Weg in nächster Zukunft nehmen dürfte.

Nur auf Grund seiner These und Hypothese kann Mehnert, wie er es tut, Stalin auf dem „Wege von der Dialektik zur Magie“, „aus der dünnen Luft eiskalter Dialektik in die schwüle Hitze einer magischen Heilslehre“ vermuten und von einer „Entthronung von Marx“ sprechen. In der seiner Meinung nach seit 1934 systematisch vorbereiteten und ausgearbeiteten „Lehre vom auserwählten russischen Volk“ sieht Mehnert nichts weniger als das Ende der internationalen Solidarität, an die das Kommunistische Manifest des Jahres 1848 mit den Worten appellierte: *„Proletarier aller Länder! Vereint Euch!“* Der Titoismus sei die Folge.

✻ *Maoismus und Marxismus*

Es soll hier nicht untersucht werden, ob und inwieweit die Vorstellungen richtig sind, die sich die nichtkommunistische Welt im allgemeinen von dem sogenannten Titoismus macht. Schriften von Tito selbst, die uns einen Einblick in seine Ideenwelt und seine Gedankenarbeit geben könnten, sind nicht

bekannt geworden. Hingegen kennen wir eine Anzahl von Schriften Mao Tse-tungs, von dem Außenstehende gelegentlich zum mindesten eine praktische Politik nach Art der von Tito befolgten erwarten, wenn sie nicht sogar bei ihm eine gleiche Geistesrichtung, die gleiche Einstellung zur Theorie des Marxismus voraussetzen.

MAO TSE-TUNG, der chinesische Bauernsohn, der heute an der Spitze der Chinesischen Volksrepublik steht, hat seine Grundideen im Juli 1937 in einer Rede entwickelt, die er vor den Studenten von Yenan hielt. Sie ist betitelt „Über die Praxis“ und liegt seit Juni 1951 in einer englischen Fassung vor:

ON PRACTICE. ON THE RELATION BETWEEN KNOWLEDGE AND PRACTICE — BETWEEN KNOWING AND DOING. Peking 1951, 23 Seiten.

Es verdient vermerkt zu werden, daß der Herausgeber die offenbar sehr sorgfältige Übersetzung doch nur eine „versuchsweise“ nennt, eine angesichts des nicht ganz einfachen Inhalts verständliche Bescheidenheit.

In der englischen Presse wie auch anderswo ist die Neuherausgabe dieser Schrift als Zeichen von Streitigkeiten in der Kommunistischen Partei Chinas gewertet worden. Das kann auf den Inhalt der Schrift, die zu neun Zehnteln erkenntnistheoretischen Charakters ist, nicht gestützt werden. Doch haben chinesische Zeitungen die Schrift zum Anlaß für Angriffe auf divergente Meinungen genommen, die offenbar vorhanden sind.

Um Mao Tse-tungs Gedankengänge zu verstehen, muß darauf hingewiesen werden, daß für Marx, wie er es in der Vorrede zur 2. Auflage des „Kapital“ formuliert hat, „das Ideale nichts anderes ist als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle“. Mao Tse-tung fragt, wie sich dieser Vorgang des Umsetzens und Übersetzens abspiele, und gibt zur Illustrierung dessen, was bei ihm materialistische Dialektik (im Gegensatz zur idealistischen Hegels) bedeutet, die folgende Darstellung.

Das erste Stadium des Prozesses ist die Wahrnehmung durch die Sinne, das perzeptive Stadium der Erfahrung, der direkt gewonnenen eigenen oder der indirekt durch Wort und Schrift erhaltenen Erfahrung eines andern. Dieser Prozeß der Aufnahme vollzieht sich teils im Gegenüber zur existenten Natur, teils im sozialen Leben, in der menschlichen Gemeinschaft, daherfalls in der Wirk-

lichkeit, in der Praxis. Die Häufung der Erfahrungen führt zu einem Sättigungsgrad, in dem — sozusagen im Wege der Mutation — aus dem quantitativen Vorgang ein qualitativer wird und eine Vorstellung, eine Theorie des Wahrgenommenen entsteht. Die Vorstellungen verbinden sich zu logischen Folgerungen, und so wird in einem komplizierten graduellen Prozeß aus perzeptivem Wissen rationales Wissen. Beide sind voneinander verschieden und sind doch untrennbar miteinander verbunden. Aus der Praxis geboren, muß das rationale Wissen in der Praxis erst wieder erprobt werden, um zu beweisen, daß der Prozeß der Rationalisierung richtig verlaufen ist und die in großer Zahl vorhandenen Fehlerquellen vermieden sind. Im Besitz des rationalen Wissens erst ist man imstande, sein perzeptives Wissen zu intensivieren, so daß ein ständiger Austausch von perzeptivem und rationalem Wissen, eine nie abreißende Verbindung der Theorie mit der Praxis notwendig ist.

Das ist eine Darstellung, die der von Engels in der „Dialektik der Natur“ gemachten Parallelisierung der dialektischen Entwicklung als Übergang von quantitativen zu qualitativen Vorgängen mit entsprechenden Erscheinungen an den „Knotenpunkten“ in der Physik — den „Konstanten“ bei der Veränderung des Aggregatzustandes zum Beispiel — und in der Chemie entspricht. Eine solche Darstellung ist wohl nicht gänzlich neu, aber, von Mao kommend, doch der Beachtung wert, und mehr noch sind es seine weiteren Gedankengänge.

Mao Tse-tung betont als Hauptcharakteristikum dialektischen Denkens in seiner Auffassung, daß Objekt und Subjekt nicht zu trennen sind, daß mit der objektiven Entwicklung auch die subjektive Entwicklung fortschreite, daß der Denkprozeß selbst sich mit der Entwicklung der Objekte wie der Subjekte ändern müsse. Das Universum allein habe eine absolute Entwicklung, jeder Einzelprozeß nur eine relative. So sei auch im großen Strom der absoluten Wahrheit das menschliche Wissen um einen Einzelvorgang nur relativ wahr, wahr lediglich im gegebenen Stadium der Entwicklung. Dessen sollte sich jeder einzelne Mensch immer bewußt sein, sich selber kritisch gegenüberstellen und die in den Grenzen seiner Fähigkeiten liegende relative Wahrheit nicht für

die absolute Wahrheit nehmen. Die Begrenztheit seiner Erkenntnismöglichkeiten verpflichtete den Menschen zur Bescheidenheit.

Mao Tse-tung beruft sich wiederholt auf Marx, Lenin und Stalin, aber die Form des Vortrags dieser Gedanken zum mindesten ist seine eigene, und er exemplifiziert die Anwendbarkeit der dialektischen Methode auf soziale Erscheinungen mit chinesischen Situationen. Aber ist nur die Form sein Eigen?

Liu Schao-tschi, sein treuer Mitarbeiter und selbst ein bedeutender Theoretiker, hat die Bedeutung Mao Tse-tungs in seinem Bericht „Über die Partei“ an den siebten Parteikongreß der Chinesischen Kommunistischen Partei vom 14. Mai 1945 wie folgt umrissen: „Als Theoretiker ist er kühn und schöpferisch. Er verwirft gewisse Grundsätze und Schlüsse des Marxismus, die veraltet sind oder auf die konkreten Verhältnisse in China nicht angewandt werden können. Er ersetzt sie durch neue Grundsätze und durch neue Schlüsse, die den historischen Gegebenheiten in China entsprechen“. Und von dem Gedankenwerk Mao Tse-tungs sagt er: „Es ist eine Verbindung marxistisch-leninistischer Theorien mit den praktischen Erfahrungen in der Chinesischen Revolution. Es ist Kommunismus und Marxismus in Anwendung auf China. Es ist ebenso sehr chinesisch wie durch und durch marxistisch“.

Dieses Gedankenwerk Mao Tse-tungs, das man Maoismus nennen könnte, ist das ideologische Rüstzeug der Kommunistischen Partei Chinas. Im Grundprogramm der Partei heißt es im zweiten Abschnitt:

„Die Kommunistische Partei Chinas läßt sich in ihrer gesamten Arbeit von den Lehren leiten, die die leninistisch-marxistischen Theorien mit der realen Wirklichkeit der Chinesischen Revolution vereinigen; von dem Gedankenwerk Mao Tse-tungs. Sie bekämpft alle Abweichungen durch Dogmatiker und Empiriker. Gestützt auf Marx' dialektischen Materialismus und historischen Materialismus, übernimmt die Kommunistische Partei Chinas mit Kritik das historische Erbe Chinas und des Auslands und lehnt die Weltanschauung sowohl des Idealismus als auch des mechanischen Materialismus ab.“

Das sind sehr klare und sehr bemerkenswerte Worte. Liu Schao-tschi hat in Erörterung dieses Programmpunktes den Maoismus,

wie wir weiter sagen wollen, charakterisiert als die „Theorie der Revolution und des nationalen Wiederaufbaus Chinas, gestützt auf eine eingehende Analyse der gegenwärtigen Weltlage im allgemeinen und der Situation in China im besonderen“. Diese Theorie müsse Gegebenheiten berücksichtigen, wie sie niemals zuvor und nirgends gerade in dieser Form existiert hätten. Bei ihrer Formulierung sei nichts mit der Wiederholung marxistischer Formeln zu erreichen, wie manche der ersten chinesischen Marxisten glaubten, es bedürfe vielmehr eines wahrhaft wissenschaftlichen und revolutionären Geistes, der mit marxistisch-leninistischen Methoden genau so objektiv und selbständig an die in China durch wirtschaftliche Verhältnisse, halbkolonialen Status und die spezifischen sozialen und historischen Gegebenheiten bestehende Situation die analytische Sonde lege, wie es Lenin selbst und Stalin im Rußland des Imperialismus getan hätten. Es handele sich — so sagt Liu Schao-tschi — um die einzigartige und unendlich schwere Aufgabe, den Marxismus systematisch auf China zu übertragen und ihn aus einer europäischen Form in eine chinesische überzuführen. Nur der grenzenlose Optimismus Mao Tse-tungs, verbunden mit seinen großen Fähigkeiten auf theoretischem und praktischem Gebiet habe die Adaptierung des Marxismus an die chinesischen Verhältnisse und damit die beispiellose Ausdehnung des Marxismus möglich gemacht.

Den Inhalt und den praktischen Ausdruck des Maoismus als Theorie der Chinesischen Revolution wiederzugeben, ist hier nicht beabsichtigt. Was gezeigt werden sollte, war die Methodik von Mao Tse-tungs Denken, wie er sie selbst formuliert hat, nicht sein Resultat. Zweifellos ist diese Methodik materialistisch-dialektisch, und auf dem Boden unserer europäischen Kultur erwachsen mit Wurzeln bei den Vorsokratikern. Aber ist sie chinesischem Denken fremd?

Denkt Ostasien anders?

LILLY ABEGG, aus einer Schweizer Familie mit Generationen alten Verbindungen zu Ostasien stammend, selbst in Japan erzogen und viele Jahre in Japan und China als Beobachterin tätig, hat in ihrem letzten Buch

OSTASIEN DENKT ANDERS. Versuch einer Analyse des west-östlichen Gegensatzes, Atlantis Verlag, Zürich 1949, 422 Seiten,

den Versuch einer Analyse des west-östlichen Gegensatzes gemacht und ist zu dem Schluß gekommen: „Ostasien denkt anders“ — das ist ein kühnes Wort von fast kabarettistischem Klang, und kühn ist es allerdings, von einem Denken „Ostasiens“ zu sprechen. Sind chinesisches und japanisches Denken sich wirklich so ähnlich und nur durch die wenigen Merkmale unterschieden, denen Frau Abegg ein knappes halbes Dutzend der 422 Seiten ihres Buches widmet? Und kann man annehmen, daß dieses Denken sich in drei Jahrtausenden nicht gewandelt habe?

Es ist ein ungeheurer, zudem in eher verwirrender als klärender Weise gegliederter Stoff, der mehr zusammengestellt als verarbeitet worden ist, und die Darstellung erfolgt unter weitgehender Verwendung der Terminologie der Freud-Jung'schen Schule, was dem diesem Kreis fernstehenden Leser die Lektüre nicht gerade erleichtert. Wer sich etwas eingehender mit China beschäftigt hat, wird besonderen Anlaß zur Kritik haben, wird manche Beobachtung nicht bestätigen können und manche bestätigte Beobachtung anders interpretieren. Aber das tut der Bedeutung dieses ersten Werkes auf einem neuen Gebiet keinen Abbruch. Es soll hier, der Anregung dieses Buches folgend, das Wesentliche der Art chinesischen Denkens — nicht „ostasiatischen“ — umrissen werden.

Das beste Zeugnis für das Denken ist die Sprache, in die es sich kleidet. Die Sprachen unseres Kulturkreises, die indogermanischen und die semitischen, haben bei aller Verschiedenheit das Eine gemeinsam: sie haben grammatische Kategorien wie Substantiv, Adjektiv, Verb, Adverb, und sie haben eine Syntax, die dem Satz das Skelett: Substantiv-Verb-Objekt, gibt. Das Chinesische hat die gleiche Syntax und ordnet wie unsere Sprachen den Satz unter Betonung des vorangestellten Subjekts, dem zunächst das Verb und dann erst das Objekt folgt. Viele Sprachen, vor allem die der großen Familie der früher sogenannten ural-altaischen Sprachen — vom Mandschurisch-Mongolischen über das Türkische bis zum Finnischen und Ungarischen — und auch das Japanische, lassen dem Subjekt das Objekt folgen und als letztes Glied das Verb. Wenn man will, kann man im Satzbau unserer und der chinesischen Sprache eine auf das Aktive gerichtete Denkweise sehen.

Besteht hier in der Syntax also Gleichheit, so fehlt diese völlig, was die grammatischen Kategorien angeht. Fest umrissene Kategorien, denen jedes Wort seinem Bau nach unmißverständlich zugeordnet werden kann, gibt es im Chinesischen überhaupt nicht. Was bei uns, in vielen Sprachen noch durch Artikel und auf andere Weise überbetonte — weil sonst schon eindeutig erkennbare — Kategorie ist, wird im Chinesischen in der bloßen Funktion sichtbar. Dasselbe Wort kann, je nach der Stellung im Satz und je nach dem Zusammenhang, „Mensch“, „menschlich“, „menschlich behandeln“, „als Mensch ansehen“ bedeuten. Ja, es kann in dem gleichen Satz in zwei Funktionen erscheinen wie in dem oft zitierten Wort des Konfuzius „menschlich behandeln die Menschen“, die Menschen: es gibt nämlich in der chinesischen Schriftsprache — in der gesprochenen Sprache ist es anders — keinen Unterschied von Einzahl und Mehrzahl und es gibt überhaupt keine Flexion, keine Deklination, keine Konjugation. Das hindert aber nicht die Verständlichkeit und tut der Eindeutigkeit der Aussage keinen Schaden. Es hat nicht gehindert, daß auch die kompliziertesten Gedankengänge, vor fast zweitausend Jahren, indischer und, in unsern Tagen, europäischer Denker mit einer Genauigkeit adäquate Wiedergabe in chinesischen Übersetzungen gefunden haben, die der Genauigkeit von Übersetzungen innerhalb unserer Sprachen nicht nachsteht.

Aus diesen Dingen läßt sich bei aller gebotenen Vorsicht zum mindesten doch wohl der Schluß — ein negativer — ziehen, daß das chinesische Denken nicht zum Kategorisieren, nicht zum Apodiktischen neigt. Es erscheint nur natürlich, daß man sich in dem Volk, das eine solche Sprache spricht, nicht mit der Grammatik beschäftigt hat, wie es auch natürlich scheint, daß die erste Sprache, die überhaupt einen Grammatiker gefunden hat, das Sanskrit gewesen ist, die ausgebildetste und regelmäßigste aller indogermanischen Sprachen. Das geschah im 4. vorchristlichen Jahrhundert durch Panini. Erst zwei Jahrhunderte später, nachdem griechische Philosophen in Indien und möglicher Weise auch indische in Griechenland gewesen waren, wurde die erste Grammatik einer Sprache unseres Kulturkreises, der griechischen, geschrieben. Daß von dieser Beschäftigung mit der Grammatik aber wie-

der eine gewaltige Beeinflussung des indischen und europäischen Denkens in der Richtung auf Kategorisierung erfolgt ist, unterliegt gar keinem Zweifel. Nur das Denken in Kategorien ermöglichte die Entwicklung der idealistischen Philosophie.

Schwieriger ist eine Folgerung im positiven Sinne aus der Natur der chinesischen Sprache. Vielleicht ist es aber doch mehr als Spielerei, wenn der Gedanke kommt, daß sich mit der Verschiebung der Betonung auf die Funktion; mit der Möglichkeit also, Subjekt und Objekt ohne Formveränderung auszutauschen, die gleiche Geistesrichtung offenbart, die in der chinesischen Auffassung von der Polarität (Yin und Yang) zum Ausdruck kommt, in der Neigung zur Relation, in der Bevorzugung des Relativen vor dem Absoluten, kurz, in dem, was de Groot als Universalismus bezeichnet und wofür Lily Abegg das Wort Ganzheit benutzt. Vielleicht hängt damit auch zusammen, daß es im chinesischen Denken keinen persönlichen Gott, keine Schöpfung, keinen Begriff der Erbsünde, keine Offenbarung gibt. Für den Chinesen ist der Mensch nicht aus einem Paradies vertrieben, und es erwartet ihn kein Paradies, und in seinem Leben regieren ihn keine göttlichen Gebote, sondern die von Menschen für ihr Zusammenleben als zweckmäßig erkannten Regeln des Anstands.

Dieser Geistesrichtung entsprechend hat man in China, als man Ende des vorigen Jahrhunderts in engere Fühlung mit der Philosophie des Westens kam, kein Interesse für deren idealistische Schulen gezeigt. Stuart Mill, Spencer und Huxley, das waren die ersten europäischen Philosophen, die Übersetzer und Schüler fanden. Von den moderneren waren es vor allem die Pragmatisten William James und J. Dewey, die Einfluß gewannen. Dewey selbst und Bertrand Russell wurden zu Vorlesungen nach China geladen, ersterer zweimal. Auch Driesch hat dort Vorträge gehalten, und über Kant, Fichte, Hegel, Eucken, Bergson ist einiges geschrieben (fast nichts von ihnen übersetzt) worden. Es hat jedoch nur wenig und bei sehr wenigen Interesse gefunden. Bis zum Jahre 1919 konzentrierte sich das Interesse zuerst auf den englischen Rationalismus.

Im Jahre 1919 erschien dann der erste größere Aufsatz über Marx und den dialektischen Materialismus in zwei Nummern einer chinesischen Zeitschrift. Bis dahin

kannte China als letzte Autorität der Gesellschaftswissenschaft eigentlich nur Adam Smith. Erst die russische Oktoberrevolution von 1917 gab Professoren der Peking-Universität Veranlassung, sich mit dem Sozialismus zu beschäftigen. Einer von ihnen, Li Tatschao (1927 auf Befehl von Tschang Tso-lin erdrosselt), war der Verfasser jener Artikel über Marx. Ein junger Student aus Hunan, Mao Tse-tung, war ein paar Monate vorher von ihm an die Universitätsbibliothek empfohlen worden, wo er im Lesesaal den Besuchern die Zeitungen aushändigte. In seiner Heimat hatte er die englischen Philosophen in populärer Darstellung kennengelernt. Hier in Peking hatten ihn zuerst die Schriften russischer Anarchisten (Bakunin, Kropotkin) in ihren Bann gezogen. Nun las er etwas über Marx — und bald schloß er sich einer Gruppe von Professoren und Studenten an, die ergründen wollten, was das für eine Sache sei, wofür die Bolschewisten in Rußland zu kämpfen behaupteten. Zwei Jahre später war Mao Tse-tung Mitglied der neu gegründeten Kommunistischen Partei Chinas. Heute ist er nicht nur ihr Führer und das Haupt der von ihm geschaffenen Chinesischen Volksrepublik, sondern auch der größte Theoretiker des dialektischen und historischen Materialismus in China, ein Philosoph und Staatsmann.

Erst allmählich ist seit jener ersten Veröffentlichung im Jahre 1919 die marxistische Literatur in China angewachsen. In den letzten Jahren allerdings hat sie schneller an Umfang zugenommen, aber noch sind viele bedeutende Werke unübersetzt und die Zahl derjenigen, die sie in russischer Sprache lesen können, ist klein. Auch die Zahl derer, die sie in anderer als chinesischer Übersetzung zu lesen vermögen, ist nicht groß. So haben die Veröffentlichungen von Mao Tse-tung selbst und von andern chinesischen Theoretikern des Marxismus wie Liu Schao-tschü eine umso größere Bedeutung für China, — aber nicht nur für China.

Wer die Entwicklung in China verstehen will, hat die Verpflichtung, sich damit zu beschäftigen, ob er sonst dem dialektischen Materialismus Interesse entgegenbringt oder nicht, und ganz unabhängig davon, wie er der politischen Bewegung gegenübersteht, die glaubt, sich auf dessen Theorie berufen zu können. Dabei wird man gut tun, nicht zu übersehen, daß im chinesischen Denken seit

alters und vielleicht schon in der Anlage Tendenzen vorhanden sind, die einer Rezeption materialistischen Gedankenguts, gleichviel welcher Prägung, ungemein entgegenkommen.

Herbert Mueller

Das moderne Japan als Forschungsaufgabe

Unsere Gegenwart und die noch unmittelbar lebendige Vergangenheit liefern dem, der sehen will, genügend Beispiele dafür, wie man in neuen Situationen plötzlich und meist vergeblich nach Fach- und Sachkenntnissen auf bis dahin vernachlässigten Gebieten sucht. Was dann an Kenntnissen gerade noch aufzutreiben ist, wird mit Gold oder auch mit Blut bezahlt.

Sporadisch wird aus der Einsicht, daß solche Mangelware sich nicht nach dem Muster einer Umstellung von Kühlschränken auf Panzer produzieren läßt, der Ruf nach Osteuropakennern erhoben. Aber auch für Ostasien gilt dasselbe. Auch dort ist eine lebendige Beobachtung und Erfahrung im Lande selbst nicht mehr möglich, auch dort besteht die Gefahr, daß sich das deutsche In-der-Ecke-Stehen auf den geistigen Horizont auswirkt. Zum „eisernen“ Vorhang, — diesem „eisernen“ Bestand journalistischer Meterware — hat sich bequemerweise ein „Bambus“-Vorhang gesellt; nur haben die Produzenten unseres „Welt-Bildes“ noch nicht entdeckt, daß vor Japan vielleicht ein „seidener“ Vorhang hängt. Was aber nützt die Berufung auf „Vorhänge“? Kenntnis ist vielleicht immer nur ein Blick durch Vorhänge, und, richtig beleuchtet, sind alle Vorhänge irgendwie durchscheinend. Die Schwierigkeiten für eine zuverlässige, kritisch geklärte Kenntnis Ostasiens sind tatsächlich größer geworden; aber sind nicht auch die Anstrengungen, die zu überwinden und eine solche Kenntnis zu gewinnen, erlahmt? Erfüllt die Wissenschaft noch ihre Aufgaben?

Mit diesen aus der täglichen Arbeit aufsteigenden Fragen begibt sich der Japankundler an die Lektüre von Ludwig Meckings Japan-Band. Mecking ist Geograph und kennt Japan bis zum Ende der zwanziger Jahre aus eigenen Studienreisen. Seine Kenntnis der folgenden zwei Jahrzehnte ist fast ausschließlich aus Veröffentlichungen in europäischen Sprachen geschöpft. Für eine handliche, kurzgefaßte Länderkunde ist diese Ba-

sis immerhin einigermaßen tragfähig, insbesondere nachdem seit Kriegsende in Amerika das geographische Standardwerk von Glenn Thomas Trewartha (*Japan. A Physical, Cultural and Regional Geography, University of Wisconsin 1945*) und die ausführliche Analyse der modernen japanischen Wirtschaft von Jerome B. Cohen (*Japan's Economy in War and Reconstruction, Minneapolis 1949*) vorliegen. Nimmt man dazu noch das vom Verfasser nicht benutzte Werk von G. B. Sansom (*Japan. A Short Cultural History, London 1931*) und für die neueste Entwicklung die Nachkriegsausgaben des *Japan Year Book*, so ist damit der Bereich der nächstliegenden genaueren Informationsquellen umschrieben.

Meckings „Kleine Länderkunde“ Japans hat sich ein höheres Ziel gesteckt, als lediglich sachlich und nüchtern auf kleinem Raum grundlegende Fakten über die heutige Wirklichkeit zusammenzutragen. Der Ausschnitt des Materials (— die Lücken erstrecken sich auch auf wichtige geographische Bereiche wie Bodenschätze oder Anbaugebiete —), den sie in lockerer Folge vorüberziehen läßt, ist auf einen Generalnenner gebracht, der mit dem Untertitel „Meerbestimmtes Land“ formuliert ist; auf der Woge dieses Untertitels läßt sich der Verfasser dann auch über die Grenzen der Geographie hinaus in die Gefilde des Volkstums, der Kultur und des geschichtlichen Schicksals tragen. Aus der „Analyse der Meereslage“ sollen sich die „raum- und volksformenden Kräfte“ ergeben (127). Japan ist nach Ansicht des Verfassers „ozeanische Großform“ (138).

Abgesehen davon, daß die Japankunde sich endlich anschickt, das Stadium der „Deutungen“ zu verlassen, kann diese neue Formel auch nur wenig überzeugen. Wenn es sich ergibt, daß die „große geographische Folgerichtigkeit“ Japan letzten Endes „zum Verhängnis wurde“ (27), so erscheint es doch ratsam, den Ausgangspunkt noch einmal kritisch zu überprüfen.

Die Meereslage Japans als natürliche Gegebenheit konnte von seinen Menschen geistig-geschichtlich von vornherein in zwei entgegengesetzten Richtungen aufgegriffen werden, als *Insularität* und als *Maritimität*; das Meer konnte Isolierung und Schutz oder aber Verbindung und Bewegungsfeld sein. Außerdem aber darf bei einer

ernsthaften Untersuchung dieser Frage auch nicht der weite Bereich der Zwischenlösungen außer acht gelassen werden: zwischen den geographischen Teilräumen können Unterschiede bestehen, im Verlauf der Geschichte können die Richtungen wechseln, Mischungen aus beiden Momenten können sich ergeben.

Einer zusammenfassenden Beurteilung erscheint in Japan gerade die Stärke des Moments der Insularität erstaunlich. Fischfang und Wassertransport im Schelfbereich begründen noch nicht eine Maritimität; und die neuen Entwicklungen seit Japans Eingliederung in den Weltverkehr sind doch wohl eindeutig aus dem Blickpunkt der Macht zu sehen — pointiert formuliert: Japan hat die Maritimität als zivilisatorische Errungenschaft des Westens, zum Zweck der Existenzsicherung übernommen. Damit ist aber die ältere Dialektik zwischen Raum und Mensch nicht aufgehoben.

Aber wenn schon überhaupt Beschreibungen Asiens gern aus der Perspektive eines längst nicht mehr berechtigten europäischen Überlegenheitsgefühls heraus vorgetragen werden, so wird leider im Falle Japans dieser Standpunkt noch immer nicht selten um eine romantische und idyllische Note bereichert. Im Interesse einer Reinigung der Atmosphäre ist es aber nötig, auch auf die letzten Reste wehmütiger Reminiszenzen an Altjapan (vgl. S. 88 ff. u. a.; ferner die meisten Illustrationen) und idealisierender Betrachtung eines mythischen Schintoglaubens (137) zu verzichten. Der Japaner selbst legt keinen Wert darauf, in dieser Sicht gesehen zu werden, und wir versperren uns damit eher den Zugang zu seinem heutigen Fühlen und Denken, als daß wir ihn öffnen.

Zweitens wird der Blick durch den Vorhang nicht damit erleichtert, daß an die Stellen, die dem Verfasser unklar sind, in der Annahme, daß sich im Zweifelsfall nichts geändert hat, frühere Erfahrungen und Kenntnisse gerückt werden. Nachdem man

im „großzügigen Überblick“ über mehrere Jahrtausende chinesischer Geschichte zwingend bewiesen zu haben meinte, der chinesische Koloß verdaue grundsätzlich alles in ihn Hineingestülpte mit Lässigkeit oder gebe es notfalls unverdaut an stillem Ort und in ungefährlicher Form wieder von sich, war man überrascht, ihn plötzlich grundlegend gewandelt zu sehen.

Es scheint danach angebracht, auch den geruhsamen Standpunkt, Japan werde bei seiner erwiesenen Rezeptivität und der damit verbundenen Fähigkeit, mit sich selbst identisch zu bleiben, über kurz oder lang in der alten Mitte auspendeln, aufzugeben und scharf die Auswirkungen der Niederlage und der neuen Situation zu beobachten. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist dafür nicht ungeeignet: die kurzfristigen Schockwirkungen sind überwunden, die Verarbeitung der neuen Lage ist im Gange.

Aber zwischen der Einsicht in diese Aufgabe und ihrer Verwirklichung stehen als unumgängliche Voraussetzung erhebliche Anstrengungen um Beschaffung und Verarbeitung neuesten japanischen Materials. Hier liegt der eigentliche Engpaß. Er ist in der vorliegenden Länderkunde dadurch umgangen, daß der Verfasser eine noch vor Kriegsende fertiggestellte Arbeit vorlegt und im Text nur wenige und deutlich erkennbare Erweiterungen über den Stand von etwa 1943 hinaus vornimmt. Ein größerer Tabellenanhang versucht zwar, die Darstellung durch neuere Zahlen zu modernisieren, aber auch sein letztes Datum ist überwiegend 1947. Diese Zahlen vermögen vergleichende Schlußfolgerungen nicht zu tragen.

Günther Wenck

Ludwig Mecking, *Japan. Meerbestimmtes Land*. Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart 1951. 179 Seiten. Mit 15 Figuren im Text, 27 Abbildungen auf 16 Kunstdrucktafeln, 33 Tabellen im statistischen Anhang und 1 Übersichtskarte. DM 9,50.

FREIE AUSSPRACHE

Die Schriftleitung übernimmt keine Verantwortung für die in diesem Teil der Zeitschrift geäußerten Ansichten oder ihre Form. Sie ändert die Einsendungen in keiner Weise, behält sich aber Kürzungen im Einverständnis mit dem Verfasser aus Raumgründen vor. Auf eine möglichst breite Auswahl verschiedenartigster Meinungen legt sie Wert.

Zur Senatsuntersuchung über General MacArthurs Entlassung

Sehr geehrte Herren!

Mit großem Interesse habe ich die Art zur Kenntnis genommen, mit der Sie im Juliheft Ihrer Zeitschrift ausführlich über die Untersuchung berichten, die der amerikanische Senat über die Entlassung General MacArthurs angestellt hat. Bei aller Zurückhaltung des Kommentars wird doch die Sorge deutlich, die den Bearbeiter des Berichts ebenso wie uns bewegt. Weil die Bestrebungen der britischen Friedensbewegung außerhalb unserer Insel ebenso häufig mißverstanden werden wie das Motiv Aneurin Bevan's bei seinem Ausscheiden aus der britischen Regierung, darf ich Ihnen kurz darüber berichten. Ich vermute, daß auch die Besorgnis der deutschen Friedensfreunde gelegentlich politisch verdächtigt wird, und freue mich umso mehr, daß Ihre Zeitschrift Stimmen der Vernunft und des Verständnisses für die nichteuropäischen Völker mutig Raum gibt.

Wie die meisten Völker ist auch das britische heute tief interessiert an allen Fragen und Ereignissen, bei denen es um Krieg oder Frieden geht. Es ist betroffen darüber, daß nach einem Krieg der ungeheuerlichsten Zerstörungen ein echter Friede, mit dem man so sicher gerechnet hatte, noch immer nicht verwirklicht worden ist, und es fühlt sich dauernd bedrückt vom Gedanken an einen neuen Krieg, der nach dem Urteil von Sachverständigen noch viel furchtbarer als der vorige sein wird.

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, daß im britischen Volk heute eine Stimmung der Furcht herrscht, oder daß es bereit wäre, einen Frieden um jeden Preis zu erkaufen. Trotz der schweren Lasten aus dem vorigen Krieg und der neuen Verzicht zugunsten der Wiederaufrüstung ist das Land dabei, sich für die Möglichkeit eines neuen Krieges zu wappnen. Es gibt sogar eine bedeutende Gruppe, die die Meinung vertritt, daß sich das Verteidigungsprogramm in seinem jetzigen Ausmaß nicht verwirklichen läßt, ohne

den Lebensstandard der breiten Massen beträchtlich zu senken. Wenn die Gewerkschaften sich damit nicht abfinden wollen, wird eine inflatorische Spirale in Gang kommen, bei der die Löhne dauernd den ständig steigenden Preisen nachjagen. Diese Richtung ist der Meinung, daß die Erhaltung eines anständigen Lebensstandards eine ebenso wirksame Verteidigung gegen den Kommunismus darstellt wie die Unterhaltung einer großen Wehrmacht. Diese Ansicht war auch der entscheidende Grund für den kürzlichen Rücktritt zweier Minister. Der Streit geht nur darum, wie weit das Land sich eine Aufrüstung leisten kann, und wie man diese Aufrüstung finanzieren soll. Abgesehen von den extremen Pazifisten, die den Krieg aus Prinzip ablehnen, besteht allgemeine Entschlossenheit zur Wiederaufrüstung, sowohl zur Selbstverteidigung als auch zur Erfüllung der im Rahmen der Vereinten Nationen bestehenden Verpflichtungen. In den Ansichten der britischen Friedensbewegung spiegelt sich diese allgemeine Haltung zu den Ereignissen der Weltpolitik. Sie entspringt weder einer Panikstimmung, noch gründet sie sich auf eine wirklichkeitsfremde Auffassung der Weltlage. Man bemüht sich vielmehr um die Erkenntnis der tatsächlichen Probleme und Gegebenheiten, die zum Kriege zu führen drohen, versucht die Schaffung einer gut informierten öffentlichen Meinung und sucht die Regierung zu einer Politik zu veranlassen, die am besten der Erhaltung des Friedens zu dienen scheint.

Die Bewegung für Frieden mit China (Peace with China Movement) bietet ein Beispiel für die Art, in der die moderne Friedensbewegung arbeitet. Sie bildete sich im Dezember des vergangenen Jahres, als die unmittelbare Gefahr zu drohen schien, daß sich der Konflikt in Korea zu einem richtigen Krieg ausweiten könne. Nach einer großen öffentlichen Versammlung in London wurde ein Ausschuß gebildet, in dem sich

neben bekannten Persönlichkeiten aus kirchlichen und nichtkirchlichen Kreisen Angehörige aller politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zusammenfanden. Dann wurden überall Versammlungen abgehalten. Die Bewegung legte ihre Ansicht von den eigentlichen Gründen der chinesischen Intervention in Korea dar. Danach stand der chinesischen Regierung ein Recht auf den ihr verweigerten Ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu. Die 1943 in Kairo und 1945 in Potsdam China offiziell zugesprochene Insel Formosa war zu einer von Amerika verteidigten Basis des Tschiang Kai-schek-Regimes geworden, das die Chinesen ablehnten. Der Vormarsch an die mandschurische Grenze unter einem Oberbefehlshaber, der sich selber als Anführer eines „Kreuzzuges“ und als „Befreier“ Asiens vom Kommunismus bezeichnet hat, war eine grobe Herausforderung, besonders im Hinblick auf frühere chinesische Erfahrungen mit Angriffen von Korea aus.

Die Friedensbewegung hat sicherlich dazu beigetragen, ein übereiltes Handeln zu verhindern, das aller Wahrscheinlichkeit nach den Konflikt zu einem Weltkrieg ausgeweitet hätte. Sie hat gezeigt, daß das britische Volk nicht bereit war, den Kurs MacArthurs gutzuheißen.

Was bei der neuen Friedensbewegung in England besonders auffällt, ist die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Friedensgesellschaften. Um des gemeinsamen Handelns willen verzichtet man bewußt auf die Betonung der sonst vorhandenen Gegensätze. So hat man es viel leichter, die Öffentlichkeit anzusprechen. Eine am 10. Juli in Oxford abgehaltene Konferenz gab ein gutes Beispiel für diese Zusammenarbeit. Ortsgruppen der britischen Friedensgesellschaften, der politischen Parteien und der Gewerkschaften bildeten einen Ausschuß zur Vorbereitung einer Delegiertenkonferenz. Alle politischen, kirchlichen und sozialpolitischen Organisationen im Umkreis von Oxford waren eingeladen worden, und 50 Vereinigungen entsandten Delegierte. Das Koreaproblem wurde im Sinne der „Bewegung für Frieden mit China“ behandelt, und es wurde auch über die Frage der deutschen Wiederaufrüstung gesprochen, die in England mit großer Besorgnis verfolgt wird. Trotz einer gewissen Wiederaufrüstung in der deutschen Sowjetzone erklärte sich die Konferenz gegen die Wiederaufrüstung

Westdeutschlands mit der Begründung, daß ein großer Teil des deutschen Volkes dagegen sei, daß sie das Wiederaufleben des Nazismus beschleunigen und die Kriegsgefahr erhöhen würde.

In England sieht man immer klarer, daß die Neigung zum Kommunismus unter den farbigen Völkern eine Reaktion gegen den westlichen Imperialismus und eine Folge ihres erschütternd niedrigen Lebensstandards darstellt. Aber die augenblickliche Last der Wiederaufrüstung engt die Möglichkeiten wirtschaftlicher Hilfeleistung weitgehend ein. Der Nationale Friedensrat (National Peace Council), dem mehr als vierzig britische Friedensgesellschaften angeschlossen sind, hat kürzlich eine Broschüre „Britain's Path to Freedom“ veröffentlicht. U. a. wird darin auf die Errichtung eines internationalen Fonds gedrängt zur Leistung von wirtschaftlicher und technischer Unterstützung an die unterentwickelten Länder in Übereinstimmung mit den von Walter Reuther und Lord Boyd Orr vertretenen Richtlinien sowie mit Punkt Vier von Präsident Trumans Programm.

„Für solch einen Plan sollte England sich einsetzen und einen Teil der Summe, den es sonst für die Rüstung gebraucht hätte, bereitstellen, um auf diese Art andere Staaten dazu herauszufordern, mit entsprechenden Beiträgen das Ihre zu tun“. In einem Schreiben an die Presse vom 12. Februar vertrat der britische Verleger Victor Gollancz denselben Standpunkt und forderte England auf, einen Wettkampf neuer Art ins Leben zu rufen, der den Werken des Friedens gewidmet sein solle. „So könnte das internationale Gespräch, indem es zu internationaler Zusammenarbeit führen würde, einen fruchtbaren Inhalt bekommen anstelle eines unfruchtbaren. So könnte das Hintreiben auf einen Krieg, das aus der einseitigen Hingabe an nationale zum Schaden internationaler Interessen entsteht, in die entgegengesetzte Richtung gedreht werden. So könnte sich endlich das Schwert zur Pflugschar wandeln.“ Gollancz rief weiter zu erneuten Bemühungen um eine Verständigung mit Rußland auf, „nicht in Kriegsstimmung des Krieges, sondern Friedensstimmung“, und bat alle, die den Ausführungen seines Briefes zustimmten, ihm eine Postkarte zu schicken. Innerhalb weniger Wochen kamen mehr als 10 000 Karten, und man beschloß, sich in einer Organisation zur Förderung der in dem Brief

von Gollancz niedergelegten Gedanken zusammenzuschließen. So entstand die Vereinigung für den Weltfrieden (Association for World Peace) mit Gollancz als Vorsitzendem und bekannten Persönlichkeiten aus dem kirchlichen und weltlichen Leben als Mitgliedern des Vorstandes. Die beiden kürzlich zurückgetretenen Kabinettsmitglieder haben eine Broschüre mit dem Titel „One Way Only“ herausgegeben, in der auch diese Politik befürwortet wird.

Die Weltlage bleibt weiterhin außerordentlich kritisch, und es wäre töricht, die furchtbaren Gefahren zu unterschätzen. Aber die Friedensbewegung in England wird weiterarbeiten, — nicht nur zur Erhaltung des Maßes an Frieden, das wir jetzt haben, sondern für die Schaffung einer gerechten und sicheren Weltordnung.

J. B. Saunders

Sehr geehrte Herren!

Ihre Darstellung der MacArthur-Untersuchung hat den moralischen Ton eines Abscheus gegen Machtpolitik und greift damit den Brief von Britannicus in Heft 4 wieder auf.

Britannicus behauptet zwar, er sei kein Pazifist, aber was kann er denn sonst schon sein, wenn er Clausewitz' Überzeugung, daß der Krieg „ein Mittel der Politik“ sei, verabscheuungswürdig findet. Meiner Meinung nach hielt Clausewitz den Krieg für eine andere Form der Politik, „eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Es ist schwer einzusehen, was an dieser Überzeugung falsch sein soll, denn sie wird in der ganzen Welt von allen vertreten, die in einem souveränen Staate die Macht in der Hand haben. Es ist eine Überzeugung, die sich seit der Frühzeit des Nationalismus bei jedem Volke findet und die wahrscheinlich noch viel älteren Datums ist. Clausewitz brachte sie lediglich auf eine theoretische Formel, und Guderian hat sie aufgegriffen. In der Politik geht es immer um die Macht, auch in der „gemeinsamen Vaterstadt“, und es muß daher Mittel geben, um diese Macht zu erlangen und zu behaupten. Leider ist eines dieser Mittel der Krieg, und man kommt nicht darum herum, den Krieg als solches Mittel anzuerkennen, wenn man den Sinn dessen, was Politik ist, überhaupt verstehen will.

Wenn es der englischen Regierung im Jahre 1939 nicht klar war, daß der Krieg ein „Mittel der Politik“ ist, warum erklärte sie dann Deutschland den Krieg, als der Hammerschlag im Osten fiel? War das nicht ein Präventivkrieg, ein Krieg zum Schutze des eigenen Landes, ehe der Hammer dort auch zuschlug? War denn der Mann, der am 3. September 1939 der Welt verkündete, daß England Deutschland den Krieg erklärt habe, kein Politiker? Ganz offenbar wollte er dem Schlag des anderen zuvorkommen. Während der andere seinen Nachbar im Osten mit Hammerschlägen traktierte, nahm England von sich aus den Hammer auf, um ihn damit zünftig zu bearbeiten. Und wenn ein anderer englischer Politiker keinerlei Angst vor dem russischen Einfluß hatte, warum legte er dann nahe, man solle einen Schlag gegen den „empfindlichen Unterleib Europas“ führen?

Das deutsche Volk wurde ein Opfer der historischen Umstände, in die es verwickelt ist. Vielleicht hat Guderian recht mit der Feststellung, daß die Westmächte jetzt einsehen, was für ein Fehler es war, die deutsche Militärmacht völlig zu zerschlagen. Es wäre doch sonderbar, wenn NATO bei dem Interesse, das es für die Remilitarisierung Westdeutschlands bezeugt, nicht an den notwendigen Beitrag zur Schaffung eines „starken zuverlässigen Schutzwalles“ dächte, der damit geliefert würde. Oder möchte Britannicus etwa auf die Hilfe Westdeutschlands verzichten wollen? Die militärischen Führer Westeuropas sind jedenfalls anderer Ansicht.

Herr Rudel stellt gewisse Bedingungen auf, unter denen er geneigt wäre, sich mit der deutschen Aufrüstung einverstanden zu erklären. Ist dagegen etwas einzuwenden? Gehören denn Gedankenfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung nicht zur Demokratie, der „Kunst des Zusammenlebens in einer gemeinsamen Vaterstadt“? Warum sollte Herr Rudel (oder wer sonst es immer sein mag) den „gewiegten Politikern, die von berufswegen derlei Dinge miteinander zu verhandeln haben“, es überlassen, die Bedingungen zu stellen? Wer muß denn im nächsten Kriege seine Haut zu Markte tragen? Ich kann wirklich nicht einsehen, warum der Durchschnittsdeutsche nicht das Recht haben sollte, sich Gedanken darüber zu machen, welche Bedingungen für ihn die günstigsten sind, ehe er wieder die feldgraue Uniform anzieht. Wenn es genü-

gend Deutsche gäbe, die einigermaßen einen Begriff davon haben, was annehmbare Bedingungen sind, könnten sie vielleicht das Ohr der deutschen Politiker finden (die hören schon irgendwie hin!), und die Politiker könnten Nutzen daraus ziehen. Schließlich, wenn es in einem Kriege um die Demokratie geht, ist es durchaus berechtigt, sich solche Gedanken zu machen.

Gerade weil Herr Rudel der Typ des laienhaften Deutschen ist, demonstriert er so überzeugend die Wirksamkeit der deutschen Propaganda in den Jahren 1933 bis 1945. Das aber ist die Basis, auf der sich die Westmächte mit ihrem westdeutschen Alliierten zu treffen versuchen. Leider gibt es aber noch einen anderen Grund, weswegen die Deutschen Rußland nicht mögen. Die deutschen Soldaten waren in Rußland und haben die Verhältnisse mit eigenen Augen gesehen. Sie kennen den russischen Winter und haben gegen die Russen gekämpft. Das alles hat einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen, und wenn ein Deutscher diese Erinnerungen in sich wachruft, so kann man wohl verstehen, daß es ihn nicht gerade danach gelüstet, Spitzenreiterdienste für einen neuen „Drang nach dem Osten“ zu leisten. Der Durchschnittsdeutsche sieht die Dinge in einem ganz anderen Lichte als der Nichtkontinentale. Weiß er denn, welchem Interesse der Krieg dient, in den er verwickelt wird? Von 1945 bis 1948 mußte er in allen vier Besatzungszonen Hunger leiden, und Freunde hatte er keine. Von 1948 an ist es ihm allmählich besser gegangen, aber es wurde ihm auch klar, daß das wärmende Feuer von den Funken eines sich langsam erhitzenden „kalten“ Krieges kommt. Freiheit und Demokratie sind Schlagworte, die der Deutsche täglich vom Westen wie vom Osten her vernimmt. Wie aber wird es nach dem nächsten Kriege mit Freiheit und Demokratie bestellt sein?

Glaubt Britannicus wirklich, daß es den Westmächten im Grunde darum geht, Seite an Seite mit den deutschen Soldaten zu kämpfen, um Deutschland in seinem Verteidigungskampfe zu unterstützen? Warum ist man dann den Nazis in ihrem „Freiheitskampfe gegen den Osten“ nicht beigesprungen? Will Britannicus etwa behaupten, daß Adolf Hitler nicht die Hilfe des Westens aufgerufen habe? Hat Westdeutschland jetzt etwa eine solche Hilfe erbeten? Vielleicht

könnte man hier einen anderen Vergleich mit dem Vorschlaghammer ziehen: Der Nachbar vom dritten Hause rechts redet nicht mit dem Nachbarn vom ersten Hause rechts und gibt dem Nachbarn im zweiten einen Hammer, damit er sich vor dem „bösen“ Nachbarn schützen kann. Es ist doch wohl offensichtlich, daß das Ganze wieder auf die Grundsituation, einen Machtkampf, hinausläuft.

Ein „sicherer Frieden für alle Völker auf der Erde“ ist ganz gewiß ein wundervolles Ideal und — Schlagwort. Wir haben die Vierzehn Punkte ausprobiert; die Vier Freiheiten haben sich als Fehlschlag erwiesen genau so wie der Völkerbund, und die Vereinten Nationen haben keinen allzu großen Widerhall (vgl. NATO und die Kominform). Die Industrialisierung Westeuropas setzte der Pax Britannica ein Ende, und Hitlers Neue Ordnung fand ihren Schlußpunkt in einem Berliner Bunker. In welcher Richtung liegt das Interesse von Britannicus: möchte er einfach „Freiheit“ haben (etwas womit übrigens schon Napoleon hausieren ging) oder zieht er eine Proletarische Revolution vor, um mit dem ekligen Kriege ein für allemal Schluß zu machen? Zu seiner grenzenlosen Überraschung wird er dann vielleicht feststellen, daß selbst nach einer Proletarischen Revolution (sollte sie stattfinden) zwischen den sozialistischen Staaten der Welt Krieg geführt wird. Leider ist es eben so, daß der Kampf um die Macht so lange dauern wird, wie Menschen auf dieser Erde wohnen. Wir werden wohl immer wieder versuchen, durch eine Art dialektischer Methode den Sprung in eine bessere Welt zu wagen, aber es wird letzten Endes immer wieder auf einen Machtkampf hinauskommen. Da aber in der „Kunst des Zusammenlebens“ die Politik das Mittel ist, um Macht zu erlangen, ist der Krieg doch vielleicht ein „Mittel der Politik“. Ja, wenn der Krieg tatsächlich zur Erlangung der Macht verhilft, muß er als ein Mittel der Politik betrachtet werden. Es ist also schwer einzusehen, inwiefern er eine Negierung der Politik sei.

Ich danke Ihnen, sehr geehrte Herren, für die Zeit und den Raum (hier nicht zu verwechseln mit Guderians Raum), die Sie mir zur Verfügung gestellt haben.

Ihr sehr ergebener
Edward J. Lahart

Sehr geehrte Herren,

Da Sie im Juliheft Ihrer Zeitschrift Auszüge aus den Protokollen der MacArthur-Untersuchungskommission des amerikanischen Senats gebracht haben, wäre ich Ihnen für den Abdruck eines Briefes dankbar, der die Meinung einer großen Gruppe amerikanischen Bürger zu den dort behandelten Fragen wiederzugeben sucht. Der Text ist von Louis Mayer am 10. Februar 1948 als „Offener Brief an Präsident Truman“ veröffentlicht worden.

Zu Mayers Person darf ich sagen: er ist weder Kommunist noch fellow traveller, sondern Freund und Mitarbeiter Albert Schweitzers. Seine Vorfahren stammen aus Deutschland, seine Familie besaß eine Fabrik in Milwaukee, er selbst ist von Beruf Maler und Bildhauer. Man soll nicht glauben, daß die „Stimme Amerikas“ nur aus dem Mund von Strategen der „militärischen“ oder der „psychologischen“ Kriegführung erklingt. Sie klingt auch aus Louis Mayers Brief wie aus den Äußerungen zahlreicher anderer amerikanischer Bürger.

Als Freund Louis Mayers glaube ich mich berechtigt, um Abdruck des Briefes zu bitten:

„Lieber Präsident Truman,

Ihre Würdigung Gandhis und Ihr Rat, man solle seinem Beispiel folgen, hat mich sehr beeindruckt. Denn es war gewiß auffallend, daß ein Hindu, (der sein Volk im Kampf um Freiheit führte) die christlichen Ideale verwirklichte, während die Führer der sogenannten „christlichen Welt“ — indem sie mit den Lippen den Glauben ihrer Väter verkündeten — die Lehre Christi beiseite schoben und sich im verheerenden Kampf um die Vorherrschaft betätigten. Und es ist ebenso auffallend, daß Nehru, der nicht immer mit den politischen Ansichten Gandhis sympathisierte, einen Tag des Fastens und Gebets verordnete, um Indien in seinen Zielen im Geiste Gandhis zu ermutigen und zu bestärken.

Natürlich ist es für eine junge und schwache Nation wie Indien leichter, sich zu erniedrigen und Buße zu tun für den Anteil, den sie an der jetzigen Verkehrtheit der Beziehungen zwischen den Menschen gehabt hat. Wenn aber wir als die reichste und mächtigste Nation der Erde das gleiche täten, würden wir der übrigen Welt so lächer-

lich vorkommen wie die Predigten von Paulus den Griechen. Jedoch möchten wir gern „unser Christentum“ — auch wenn es nur scheinbar ist — betonen und den Eindruck erwecken, daß wir seinen Lehren nachleben.

Es steht uns nicht gut an, in Sack und Asche Buße zu tun; wir wollen mit Taten Beispiel geben:

„Wer der Erste unter Euch sein möchte, laßt diesen Euern Diener sein“ — ist das nicht der Grundsatz, der dem Marshall-Plan zugrunde liegt?

Soeben habe ich einen Aufruf zur Unterstützung des Marshall-Plans erhalten. Er ist von dem früheren Marineminister Henry L. Stimson sehr geschickt verfaßt. Der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, der hinter diesem Aufruf stand, ist der frühere Kriegsminister Robert P. Patterson. Die guten Absichten dieses Planes würden überzeugend erscheinen, wenn sie nicht von den Oberbefehlshabern unserer drei Wehrmachtteile befürwortet würden. Ihre Namen werden Verdacht erregen — nicht nur bei den Russen, sondern bei allen, die sich noch des Anteils erinnern, den sie an der Führung des Krieges hatten, der allein die Ursache der furchterlichen Zerstörungen und des Elends ist, die sie jetzt wieder gutmachen wollen.

Kein Leser dieses Aufrufs könnte behaupten, er sei im Geiste der Demut und mit einem reuigen Herzen verfaßt worden! Es wird deutlich, daß die in Aussicht gestellte Hilfe gewährt werden soll nicht, um Not und Elend zu lindern — für die wir in erster Linie verantwortlich waren — sondern aus Sorge um unsere gefährdeten zukünftigen Interessen, und um diese zu schützen! Nur dem Teil Europas etwas zu geben, auf dessen Unterstützung wir in dem Kriege glauben rechnen zu können, für den wir uns schon jetzt in jeder Weise vorbereiten, und zwar mit Summen, die viel höher sind als die geplanten Beträge für „Hilfe“ selbst, — all das macht uns klar, daß sogar diese „Hilfe“ nur Teil einer üblen Politik der Kriegsvorbereitung ist.

Mir scheint, wenn wir im Geiste Gandhis und der Lehren Christi tätig wären, müßten wir vor allem der Verbreitung von Angst vor einem drohenden Krieg entgegenwirken. Wir könnten das nicht wirksamer tun, als wenn wir unsere Gegner aufforderten, mit uns in der Abrüstung und im Verzicht auf

alle Vorteile militärischer Bewaffnung und Rüstung zu wetteifern. Um unseren nationalen Ehrgeiz zu stillen, sollten wir gleichzeitig jede mögliche Anstrengung nicht nur für einen europäischen, sondern für einen Weltzusammenschluß machen. Um den Verdacht selbstsüchtigen Handelns zu beseitigen, sollte unsere Hilfe für die „Habenichtse“ über die internationale Umschlagstelle „UNO“ dargeboten werden — obgleich diese Organisation unvollständig ist, solange die Besiegten nicht die gleiche Stimme wie die Sieger des letzten Krieges besitzen.

Der Militarismus verewigt Furcht und führt nur zu verräterischen Bündnissen — nicht zum Frieden und zur Freiheit. Die Allgemeine Wehrpflicht kann nur zu einer Verpreußung Amerikas beitragen. Und wenn wir Europa nur organisieren wollen, damit es unseren Zielen und Absichten dient, — dann, so scheint es mir, folgen wir Hitler und nicht Gandhi.

Ich hoffe, wir zeigen der Welt doch noch, daß unser Hauptziel Friede und Freiheit für die ganze Welt ist.“

Carl Strauss

Wünscht Eisenhower wirklich keine Hessen?

Sehr geehrte Herren!

Professor Laun schreibt auf S. 287 des gegenwärtigen Jahrgangs Ihrer Zeitschrift: „Der Deutsche, der sich einmal zur „Verteidigung“ Westdeutschlands dem Kommando einer westeuropäischen Armee oder zur „Verteidigung“ Ostdeutschlands dem einer osteuropäischen Armee unterstellt hat, ist zu strengstem militärischem Gehorsam verpflichtet und kann nicht die Bedingung stellen, er wolle nur solange mitkämpfen, als diese Armee auch für deutsche Interessen kämpft“.

Sie haben schon im Februar darauf hingewiesen (S. 145), daß die deutschen Männer im Dienst der westlichen Besatzungsmächte „unter dem Zwang der politischen Verhältnisse damit rechnen“ müssen, „wieder eingekleidet und bewaffnet zu werden“. Der damalige Einsender wollte diese Männer gegen den Vorwurf, „Landsknechte“ zu sein, in Schutz nehmen. Auch heute noch trifft der Vorwurf die Männer selbst nicht. Aber der „Zwang der politischen Verhältnisse“ hat die Fahrbereitschaften des deutschen Hilfskorps bei der britischen „Rheinarmee“ (German

Service Organisation = GSO) in schwere innere Konflikte gebracht.

Die Fahrer sind in sogenannten „Einheiten“ zusammengefaßt, die rund 500 Mann stark sind. Sie stehen unter britischem Kommando, das sich diskret Supervisory Staff nennt. Den Einheiten wird „ziviler Charakter“ zugeschrieben, aber sie sind in Kasernen untergebracht und nehmen an den britischen Truppenmanövern teil. Uniformierung steht bevor, das wird zwangsläufig die Grußpflicht mit sich bringen. Die Bezahlung hat sich in letzter Zeit verschlechtert, besonders bei den Verheirateten, deren Zahl man gerne zugunsten der „Beweglichkeit“ der Einheit reduzieren möchte. Zur Zeit ist wieder einmal ein großes Tauziehen der deutschen Interessenvertreter mit der britischen „Rheinarmee“ im Gange, und man befürchtet zum Herbst eine erneute Verschärfung durch die Bildung einer sogenannten „Europäischen Legion“.

Die GSO-Leute fragen:

1. Wer vertritt die Interessen der deutschen Männer in dieser Dienstorganisation vom deutschen Standpunkt aus?

2. Wer sorgt für die Sicherstellung ihrer sozialen Forderungen?

Daß diese Fragen den GSO-Mann nicht ohne Grund bewegen, kann man daraus ersehen, daß sie in ähnlicher Form vom Bundestag gestellt worden sind. Es wird mit den GSO-Männern ein nicht ganz ehrliches Spiel getrieben. Man läßt ihnen laufend voneinander abweichende Informationen zukommen. So behauptete die „Rheinarmee“, daß der neue Vertrag mit Bundesregierung und Gewerkschaften abgesprochen worden sei, während Vertreter der Gewerkschaften angaben, daß sie keinesfalls den Vertrag gutgeheißen und sich schließlich von den Beratungen ganz zurückgezogen hätten. Durch die Große Anfrage der SPD im Bundestag kam schließlich heraus, daß die Bundesregierung nachträglich über den neuen Vertrag informiert worden ist.

Wie ist die rechtliche Stellung dieser rund 40 000 Menschen? Offensichtlich hat sich die Besatzungsmacht bei dieser Organisation einige Rechte vorbehalten, die mit dem Grundgesetz nicht ganz zu vereinbaren sind, oder sollte gar mit einer Nachschuborganisation, die die Friedensstärke der ehemaligen deutschen Nachschubtruppe weit übertrifft, ein Vorgriff auf eine deutsche Beteiligung an der europäischen Verteidigung getan worden sein?

Wir haben genug Beispiele nach dem letzten Kriege erlebt, in denen Gruppen, die nicht bombenfest mit beiden Füßen auf dem Boden des Rechts standen, diffamiert und bis aufs Blut gepeinigt wurden. Wie würde ein Sieger die Leute der GSO beurteilen, wenn sie ihm in die Hände fielen? Am 23. Mai wurde in jedem der 85 Lager eine Proklamation verlesen, deren Punkt 33 lautete: „Die Bediensteten können ohne Genehmigung der Besatzungsmacht nicht von einem deutschen Gericht verhört werden, wenn sie beschuldigt werden, eine strafbare Handlung bei der Erfüllung von Pflichten oder der Leistung von Diensten für die alliierten Streitkräfte begangen zu haben“.

Ich halte es für richtig, daß die allgemeine Aufmerksamkeit mehr als bisher auf dieses Problem gerichtet wird, damit rechtzeitig Fragen geklärt werden, deren zu späte Beantwortung einmal verhängnisvoll werden kann, und die Verantwortung nun den Stellen gegeben wird, die dafür geschaffen worden sind. Man darf nicht den einzelnen Mann sich mit ihr abquälen lassen.

Günther Simon

Zum Gedächtnis von Bernhard Harms

Sehr geehrte Herren!

Am 30. März 1951 wäre Bernhard Harms (gestorben 21. September 1939 in Berlin) 75 Jahre alt geworden, einer der bedeutendsten Exponenten der deutschen Wirtschaftswissenschaft in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und eine ihrer interessantesten Figuren überhaupt. 1876 in Ostfriesland geboren, jung auf einen Lehrstuhl gekommen, ist er noch in den Traditionen der sogenannten Historischen Schule der deutschen Nationalökonomie aufgewachsen und unter dem Einfluß von Friedrich Naumann zunächst vor allem an sozialpolitischen Problemen interessiert gewesen. Sein akademischer Weg führte ihn von Tübingen über Jena und Hohenheim an die Universität Kiel, wo er von 1907 bis 1933 als einer der führenden Köpfe gewirkt und bis zu seinem Tode ein Ordinariat innegehabt hat.

Zu Beginn seiner Kieler Jahre hat er die Wendung zu seiner eigentlichen Lebensarbeit vollzogen. Sie hatte das Ziel, die deutsche Wirtschaftswissenschaft, die hinter der Wirtschaftswirklichkeit sichtlich zurückgeblieben

war, von den engräumigen historischen auf die weiträumigen systematischen Zusammenhänge zu lenken und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu erforschen. Obgleich seine „Weltwirtschaftslehre“ methodisch umstritten geblieben ist, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Harms die deutsche Weltwirtschaftsforschung in großem Stil begründet und in Bewegung gebracht hat. Zugleich hat er als einer der ersten seines Faches erkannt, daß die Sozialwissenschaften ähnlich wie die Naturwissenschaften des großen wissenschaftlichen Apparats bedurften, der die Materialsammlung und die Materialauswertung mit modernen Methoden betreiben müsse, wenn sie den wachsenden Ansprüchen gerecht werden sollten, die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspraxis an sie stellten. So vielseitig die wissenschaftlichen Arbeiten von Harms auch gewesen sein mögen, sein eigentliches Lebenswerk ist das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel geworden.

Das Institut für Weltwirtschaft, oder wie Harms es ursprünglich genannt hat, das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft, ist ein so vollendeter Ausdruck seines Wesens und all seiner wissenschaftlichen Bestrebungen und so sehr ein Ganzes aus genialer Konzeption, daß es eine Einrichtung ganz eigener Art geworden ist. Das Verschiedenste fügt sich an diesem Werk zueinander, so wie sich im Wesen von Bernhard Harms eine Fülle von Widersprüchen auflöst. Es gibt viele Wirtschaftsforschungsinstitute, die hervorragende Wissenschaft, und viele, die ausgezeichnete praktische Arbeit leisten, aber es gibt keines, in dem die praktische Arbeit so sehr aus dem geistigen Kapital gespeist wird, das die streng wissenschaftliche Forschung anhäuft, und die wissenschaftliche Forschung so viel Nutzen aus der praktischen Arbeit zieht wie im Lebenswerk von Bernhard Harms. Es gibt viele Universitätsinstitute mit der Würde akademischer Forschung, und es gibt viele Forschungsstätten mit kommerziellem Einschlag, aber es gibt im Bereich der Wirtschaftswissenschaft keine Institution, in der sich akademische Atmosphäre und kommerzielle Sachlichkeit so mischen wie im Kieler Institut, das die Vereinigung des Professors und des Unternehmers in der Persönlichkeit von Harms widerspiegelt. Dabei hat Harms auch noch Forschung und Lehre verbunden dadurch, daß er die Stu-

dentem in sein Institut eingegliedert, die Lehre durch die Forschung, die Forschung durch die Lehre befruchtet und einen Mitarbeiterstab aufgebaut hat, der sich ständig von unten ergänzt, und dessen reifste Spitzen immer wieder in die Professuren abwandern, eine hochschulpädagogische Leistung, die einzigartig ist.

Die gleiche Harmonie findet sich im organisatorischen Aufbau wieder. Alle Glieder des Instituts sind in einer unerhörten Gleichgewichtigkeit aufeinander abgestimmt. Harms hat eine der größten sozialwissenschaftlichen Spezialbibliotheken geschaffen und neben sie ein Wirtschafts-Archiv gestellt, das mit ganz anderen Methoden arbeitet wie die Bibliothek, diese aber in allem ergänzt, was bibliothekarisch nicht erfassbar ist. Auf der Materialbasis hat er eine Forschung aufgebaut, die die Materialgrundlage zugleich ausnutzt und befruchtet. Er hat Publikationsorgane begründet, vor allem die Zeitschrift „Weltwirtschaftliches Archiv“, die die Forschungen des Instituts nach außen tragen und fremde Forschung mit dem Institut verbinden, ihrerseits aber auch wieder durch Austausch mit fremdem Material dem Ausbau der Materialsammlungen dienen. Keines dieser Glieder könnte ohne die anderen die gleiche Fruchtbarkeit aufweisen. Jedes einzelne Glied aber und das Ganze sind durch ein enges Netz von internationaler Korrespondenz mit den gelehrten Einrichtungen ihres Faches im Ausland und vielen Institutionen der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftspraxis eng verbunden, wie Harms dies schon in den ersten Entwürfen zu seinem Werk geplant hatte.

Von der Grundlage des Instituts aus hat Harms eine rege hochschulpolitische Tätigkeit entfaltet, die weit über den Rahmen des Instituts hinausging. Er war führend beteiligt im Verein für Sozialpolitik und in der Vereinigung sozialwissenschaftlicher Hochschullehrer; er ist der Begründer der Deutschen Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung gewesen, die in wohlfundierten Kursen die hohe Beamtenschaft der Ministerien in Fühlung mit den Sozialwissenschaften gehalten hat. Er hat die Friedrich-List-Ge-

sellschaft gegründet, die vor allem mit großen wirtschaftspolitischen Tagungen hervorgetreten ist. Schließlich hat er auch noch die Wirtschafts-Enquête geleitet, die in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die wissenschaftliche Grundlage für die deutsche Wirtschaftspolitik erarbeiten sollte. Politische Ämter hat er dagegen trotz aller forensischen Aktivität nicht übernommen, weil ihm dies mit der Grundkonzeption seines Lebenswerkes nicht verträglich schien.

Harms hat sein Werk kurz vor dem Ersten Weltkrieg begründet, vielen Widerständen aus der zünftigen Wissenschaft und aus der Verwaltungsbürokratie zum Trotz, unterstützt durch bedeutende Mäzene wie vor allem Heinrich Diederichsen, die er für sein Werk gewonnen hatte. Über Kriege, Revolutionen und Inflationen hinweg hat das Institut alle Krisen in seinem ursprünglichen Geist überdauert. Harms selbst ist 1933 die Leitung aus der Hand gerissen worden, was nicht wenig zu seinem Tode beigetragen haben mag; aber er hat sein Institut bis zum Frühjahr seines Todesjahres wenigstens aus der Ferne noch betreuen können. Seine Nachfolger haben, jeder in seiner Art, sich mit neuen auf sie eindringenden Problemen auseinandersetzen müssen. Das Institut hat, schon allein aus dem Gesetz seines Wachstums heraus, manche Veränderungen im äußeren Aufbau und in den inneren Proportionen erfahren. Das Erstaunlichste an der nunmehr 40jährigen Geschichte des Lebenswerkes von Bernhard Harms aber ist, daß weder Mißgeschick noch Unverstand — auch Harms selbst hat gelegentlich Fehler gemacht — weder Stürme von außen noch Zersetzung von innen seine Grundstruktur wesentlich haben ändern können. Die Institutsidee setzt sich als solche immer wieder durch. Das Institut kehrt sogar nach gelegentlichen Verzerrungen wie selbstverständlich zu der Harmonie zurück, die ihm die Konzeption seines Schöpfers verliehen hat. Wenn wir seines Gründers Bernhard Harms gedenken, dann müssen wir uns dieses seines Werkes erinnern, mit dem er seinen Nachruhm begründet hat.

Andreas Predöhl

Wie steht es mit unserem Allgemeinwissen?

In den USA ergab eine Befragung von 4750 Studenten auf die nachstehend herausgegriffenen Fragen folgendes Bild:

<i>Fragen</i>	<i>Antworten</i>
Einwohnerzahl in den USA? (s.T.d.W. S. 37)	Zwischen 1 Million und 20 Milliarden
Erdbewohner? (s.T.d.W. S. 35—37)	75 Prozent nannten zwischen 100 Millionen und 200 Milliarden
Einwohnerzahl von Kanada? (s.T.d.W. S. 36)	98 Prozent kannten die Zahl nicht
Die fünf größten Städte der USA? (s.T.d.W. S. 26)	Nur 18 von 4750 Befragten wußten sie
Einwohnerzahl von New York? (s.T.d.W. S. 26)	Zwischen 500 000 und 30 Millionen
Urzeitzonen in den USA? (s.T.d.W. S. 249)	Keiner von 4750 Befragten wußte sie

Und bei uns?

Prüfen Sie sich selbst, Ihre Verwandten und Bekannten und beantworten Sie z. B. nur diese Fragen: Wie heißen unsere Planeten? (S. 11) — Wieviele Kubikmeter hat eine Register-tonne? (S. 51) — Wie ist das Atomgewicht von Uran? (S. 73) — Wie alt kann eine Eiche werden? (S. 119) — Wann war die literarische Epoche der Vorklassik? (S. 128) — Wie heißen die Nobelpreisträger von 1901—1949? (S. 158) — Wann hat Karl XII. von Schweden, wann André Marie Ampère gelebt? (S. 229, 245) — Wie lautet der Pythagoreische Lehrsatz? (S. 251) — Wie heißen die Olympiasieger von 1948? (S. 264) — Was bedeuten die internationalen Abkürzungen? (S. 290).

Auf diese und andere Fragen antwortet Ihnen das

TASCHENBUCH DES WISSENSWERTEN

— 320 S. mit 8 Vierfarbtafeln, Dünndruck, flexibler Ganzleinenband nur DM 6,60 —

das in der Tasche getragen oder auf dem Schreibtisch stets griffbereit sein sollte.

CARL WINTER UNIVERSITÄTSVERLAG HEIDELBERG

Bereits in zweiter Auflage liegt vor:

ATLAS ZUR WELTGESCHICHTE

Bearbeitet von
Oberstudiendirektor *K. Leonhardt*

Mit 75 vielfarbigen Karten und Plänen im Großformat (25×34,5 cm). In mehrfarbigem starkem Umschlag mit Leinenrücken.

DM 5.40

LEHRMITTEL-VERLAG GmbH. OFFENBURG/BADEN



Das Blatt aller derer, die das Ehrenkleid des deutschen Soldaten getragen haben.

Die DSZ ist überall für 40 Pfg. im Einzelhandel erhältlich. Abonnementsbestellungen nehmen die Postämter und der Verlag, München 25, Kyreinstr. 8 entgegen.

(Bitte hier abtrennen und als Drucksache an die „DEUTSCHE SOLDATEN-ZEITUNG“, München 25, Kyreinstr. 8, einsenden.)

BESTELLSCHEIN

Hierdurch bestelle ich die „DEUTSCHE SOLDATEN-ZEITUNG“. Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnementspreis monatlich DM 1.60 zuzüglich 9 Pfg. Bestellgeld, auf die Dauer eines viertel/halben Jahres.

Mein Abonnement verlängert sich um die gleiche Zeitdauer, sofern es nicht 4 Wochen vor Ablauf der Verpflichtungsdauer schriftlich von mir beim Verlag gekündigt wird.

Name:

Genaue Anschrift:

(Bitte diese Angaben möglichst in Druckschrift zu machen.)

Ort und Datum: